



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF März 2008



Monatsbericht des BMF März 2008

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2007	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	30
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Bundeshaushalt 2008 – Soll-Bericht	37
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2007	61
Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	65
Die Stiftung „Geld und Währung“ – eine erste Bilanz	71
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	77
Statistiken und Dokumentationen	95
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	98
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	122
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	126

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Bundeshaushalt 2008 setzt die Bundesregierung ihre erfolgreiche Strategie einer Kombination aus Haushaltskonsolidierung und Wachstumsförderung fort. Ausgabensteigerungen beim Elterngeld und im Bereich Bildung und Forschung, zum Beispiel durch Erhöhung des BAföG, verbessern Deutschlands Wachstums- und Beschäftigungspotenzial und ermöglichen breiten Bevölkerungsschichten eine Teilhabe am Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig geht die Nettoneuverschuldung mit geplanten 11,9 Mrd. € um weitere 2,4 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr zurück. Die strukturelle Konsolidierung der vergangenen Jahre hat nicht nur die aktuelle Lage, sondern auch die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erheblich verbessert. Für 2011 bleibt es beim Ziel des ausgeglichenen Bundeshaushalts. Die Erreichung dieses Ziels bedarf aber erheblicher weiterer Anstrengungen, was u. a. bedeutet, dass über die beschlossenen Maßnahmen hinaus kein finanzpolitischer Spielraum für zusätzliche Ausgaben oder Steuersenkungen besteht.

Auch der Internationale Währungsfonds (IWF) zeigt sich in seinem jüngsten Bericht zur Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland beeindruckt von der deutlichen Verbesserung der Wirtschafts- und Finanzlage. Der IWF wertet dies als einen Erfolg der Reformpolitik der Bundesregierung und mahnt eindringlich die Fortsetzung dieses Kurses an. Kurzfristig muss nach Einschätzung des IWF das Augenmerk vor allem der Wahrung der Finanzmarktstabilität gelten, auch wenn Deutschland die Turbulenzen bislang vergleichsweise gut abgefedert hat. Ein Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Kostendynamik im Bereich der Gesundheitsversorgung sind nach Ansicht des IWF wichtige



Herausforderungen für die deutsche Politik in der mittleren Frist.

Von den wirtschaftlichen Fortschritten in Deutschland sollen möglichst viele Bürger profitieren. Dem dient nicht zuletzt der bundesstaatliche Finanzausgleich, der die Finanzkraft der Bundesländer angleicht. Dieses System sichert auch den weniger finanzkräftigen Ländern ausreichende Mittel, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben eigenstaatlich zu erfüllen.

Zum 1. Januar 2002 wurde die Stiftung „Geld und Währung“ gegründet, die das Bewusstsein in der Öffentlichkeit für die Bedeutung stabilen Geldes erhalten und fördern soll. Das Stiftungskapital in Höhe von rd. 100 Mio. € wurde aus dem Verkauf der 1-DM-Goldmünze im Jahr 2001 erwirtschaftet. Hauptaktivität der Stiftung ist die Unterstützung des neu gegründeten „Institute for Monetary and Financial Stability“ an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Ein Stipendienprogramm und ein Graduiertenkolleg unterstützen Promotionsvorhaben, die einen thematischen Bezug zur Geldwertstabilität aufweisen.

Die Auswirkungen der Finanzmarktstürzen stellen auch für das Wachstum der Schwellenländer ein Risiko dar. Erfreulicherweise sind diese bislang nicht im gleichen Maße wie einige Industrieländer betroffen. Die in den vergangenen Jahren erheblich angewachsenen Währungsreserven bilden in vielen Schwellenländern einen wertvollen Puffer gegen die Entwicklungen auf den internationalen Finanz-

märkten. Die meisten Schwellenländer sind heute weit weniger anfällig für Krisensituationen als noch vor zehn Jahren. Allerdings stellen zunehmende Inflationsgefahren, bedingt vor allem durch steigende Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise, nicht zu vernachlässigende Risiken für die makroökonomische Stabilität vieler Schwellenländer dar.



Dr. Thomas Mirow
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2007	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	30
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes lagen bis einschließlich Februar mit 58,5 Mrd. € um 2,4 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (+ 1,4 Mrd. €).

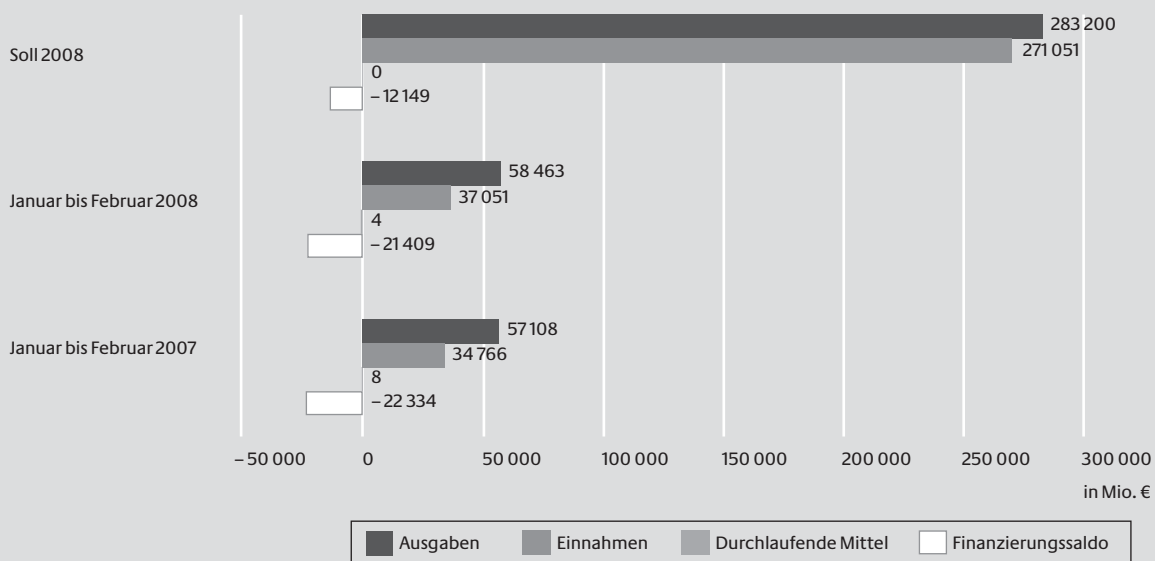
Die Steigerung blieb damit aber deutlich unter dem Veranschlagungsniveau für das Gesamtjahr 2008 (+ 4,7%) zurück.

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2008	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis Februar 2008
Ausgaben (Mrd. €)	283,2	58,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	2,4
Einnahmen (Mrd. €)	271,1	37,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,0	6,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	238,0	32,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,4	4,4
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 12,1	- 21,4
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 27,7
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 11,9	6,1

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Während die Einnahmen im Januar noch leicht unter dem Vorjahresergebnis lagen, steigerten sie sich im Februar mit 37,1 Mrd. € um 2,3 Mrd. € (+ 6,6 %) gegenüber dem entsprechenden Vergleichszeitraum. Mit 32,5 Mrd. € übertrafen die Steuereinnahmen das Vorjahresergebnis um

1,4 Mrd. € (+ 4,4 %). Auch die Verwaltungseinnahmen legten deutlich um 25,4 % auf 4,5 Mrd. € zu. Hierzu hat im Wesentlichen die erste Abschlagszahlung des Eingliederungsbeitrags der Bundesagentur für Arbeit beigetragen.

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2008		Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2007		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	49 353	50 045	9 119	15,6	8 535	14,9	6,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 373	4 985	1 432	2,4	1 264	2,2	13,3
Verteidigung	28 540	29 299	5 352	9,2	4 760	8,3	12,4
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 930	6 043	990	1,7	1 328	2,3	- 25,5
Finanzverwaltung	3 093	3 471	433	0,7	443	0,8	- 2,3
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 837	13 758	1 663	2,8	1 630	2,9	2,0
BAföG	1 092	1 297	301	0,5	281	0,5	7,1
Forschung und Entwicklung	7 146	7 835	503	0,9	766	1,3	- 34,3
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	139 751	140 322	28 694	49,1	27 825	48,7	3,1
Sozialversicherung	75 520	75 664	17 959	30,7	17 906	31,4	0,3
Arbeitslosenversicherung	6 468	7 583	1 264	2,2	1 078	1,9	17,3
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 679	34 895	5 663	9,7	5 804	10,2	- 2,4
darunter: Arbeitslosengeld II	22 654	20 880	3 834	6,6	4 064	7,1	- 5,7
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 332	3 900	660	1,1	701	1,2	- 5,8
Wohngeld	876	1 000	67	0,1	89	0,2	- 24,7
Erziehungsgeld	2 001	474	179	0,3	465	0,8	- 61,5
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 513	2 332	494	0,8	521	0,9	- 5,2
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	853	999	135	0,2	113	0,2	19,5
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 743	1 771	198	0,3	249	0,4	- 20,5
Wohnungswesen	1 225	1 223	165	0,3	223	0,4	- 26,0
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 605	5 975	2 283	3,9	2 107	3,7	8,4
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 023	711	141	0,2	71	0,1	98,6
Kohlenbergbau	1 772	1 900	1 817	3,1	1 698	3,0	7,0
Gewährleistungen	697	1 065	65	0,1	78	0,1	- 16,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 802	11 149	1 459	2,5	1 379	2,4	5,8
Straßen (ohne GVFG)	5 871	7 296	493	0,8	454	0,8	8,6
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 904	15 319	810	1,4	1 102	1,9	- 26,5
Bundeseisenbahnvermögen	5 263	5 054	93	0,2	634	1,1	- 85,3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 965	3 719	219	0,4	432	0,8	- 49,3
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 601	43 862	14 104	24,1	14 167	24,8	- 0,4
Zinsausgaben	38 721	41 818	13 623	23,3	13 963	24,5	- 2,4
Ausgaben zusammen	270 450	283 200	58 463	100,0	57 108	100,0	2,4

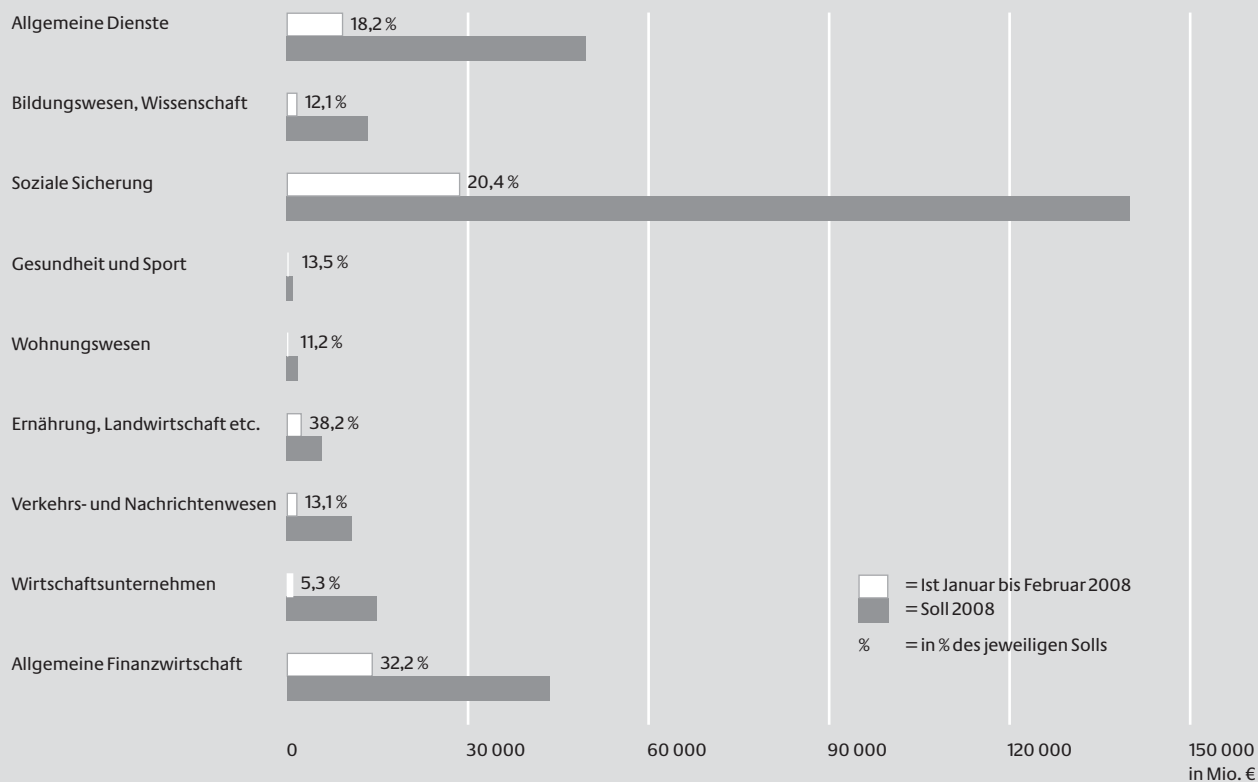
Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt ist zu Jahresbeginn noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positionen noch aus dem derzeitigen Finanzierungs-

saldo von – 21,4 Mrd. € ableiten. Der in der Finanzierungsübersicht (s. Seite 11) dargestellten Nettotilgung in Höhe von 6,1 Mrd. € steht ein kassemäßiger Fehlbetrag in Höhe von – 27,7 Mrd. € gegenüber.

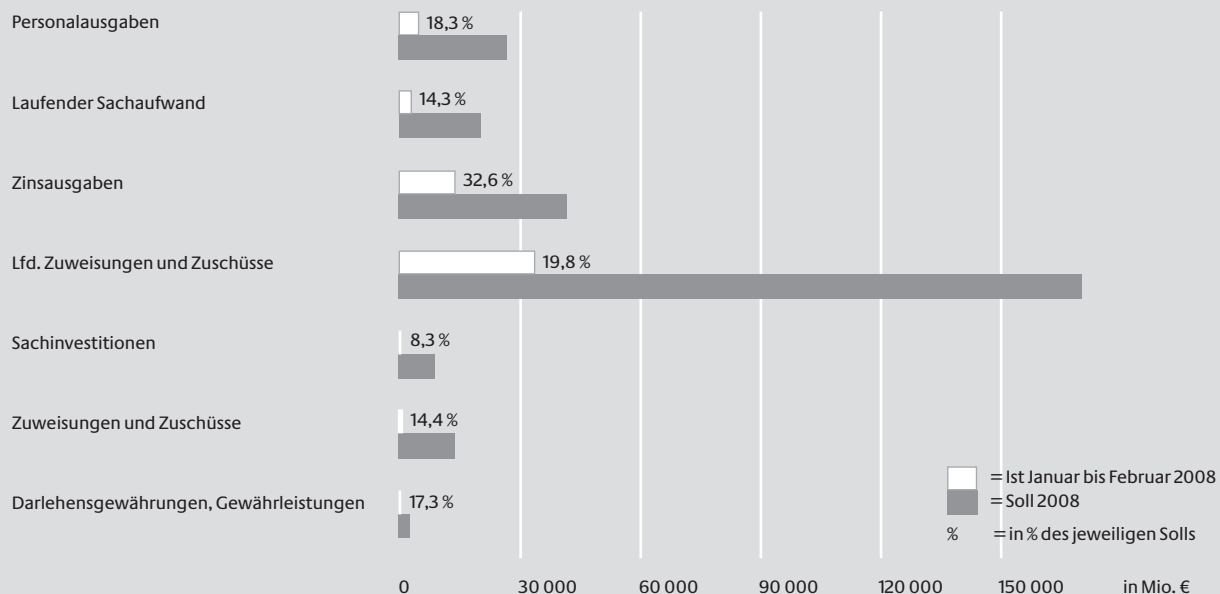
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2008		Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2007		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	244 235	258 509	55 069	94,2	53 765	94,1	2,4
Personalausgaben	26 038	26 762	4 885	8,4	4 834	8,5	1,1
Aktivbezüge	19 662	20 276	3 555	6,1	3 496	6,1	1,7
Versorgung	6 376	6 486	1 330	2,3	1 337	2,3	– 0,5
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	2 824	4,8	2 224	3,9	27,0
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 365	1 473	170	0,3	124	0,2	37,1
Militärische Beschaffungen	8 908	9 581	1 650	2,8	981	1,7	68,2
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	1 004	1,7	1 120	2,0	– 10,4
Zinsausgaben	38 721	41 818	13 623	23,3	13 963	24,5	– 2,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	169 769	33 664	57,6	32 667	57,2	3,1
an Verwaltungen	14 003	14 463	1 705	2,9	1 985	3,5	– 14,1
an andere Bereiche	146 349	155 307	32 022	54,8	30 807	53,9	3,9
darunter:							
Unternehmen	15 399	23 740	4 108	7,0	3 473	6,1	18,3
Renten, Unterstützungen u.a.	29 123	28 276	5 312	9,1	5 168	9,0	2,8
Sozialversicherungen	97 712	98 521	21 726	37,2	21 337	37,4	1,8
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	73	0,1	77	0,1	– 5,2
Investive Ausgaben	26 215	24 658	3 395	5,8	3 342	5,9	1,6
Finanzierungshilfen	19 312	17 385	2 788	4,8	2 801	4,9	– 0,5
Zuweisungen und Zuschüsse	16 580	13 924	1 999	3,4	2 094	3,7	– 4,5
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 100	2 717	471	0,8	416	0,7	13,2
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	744	318	0,5	291	0,5	9,3
Sachinvestitionen	6 903	7 273	607	1,0	541	0,9	12,2
Baumaßnahmen	5 478	5 783	422	0,7	383	0,7	10,2
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	119	0,2	108	0,2	10,2
Grunderwerb	516	480	66	0,1	50	0,1	32,0
Globalansätze	0	32	0		0		
Ausgaben insgesamt	270 450	283 200	58 463	100,0	57 108	100,0	2,4

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Februar 2008



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Februar 2008



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2008		Ist-Entwicklung Januar bis Februar 2007		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	230 043	237 955	32 519	87,8	31 153	89,6	4,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	184 262	191 705	28 566	77,1	26 478	76,2	7,9
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	89 886	93 953	11 587	31,3	10 188	29,3	13,7
davon:							
Lohnsteuer	56 005	59 925	8 197	22,1	7 479	21,5	9,6
veranlagte Einkommensteuer	10 628	12 687	347	0,9	74	0,2	368,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 878	7 083	1 180	3,2	1 058	3,0	11,5
Zinsabschlag	4 918	5 317	2 019	5,4	1 560	4,5	29,4
Körperschaftsteuer	11 455	8 941	- 156	- 0,4	16	0,0	-
Steuern vom Umsatz	92 755	96 601	16 911	45,6	16 251	46,7	4,1
Gewerbesteuerumlage	1 621	1 151	68	0,2	38	0,1	78,9
Mineralölsteuer	38 955	40 335	1 627	4,4	1 705	4,9	- 4,6
Tabaksteuer	14 254	14 050	1 420	3,8	1 791	5,2	- 20,7
Solidaritätszuschlag	12 349	12 800	1 758	4,7	1 593	4,6	10,4
Versicherungsteuer	10 331	10 540	3 861	10,4	3 877	11,2	- 0,4
Stromsteuer	6 355	6 600	1 028	2,8	1 034	3,0	- 0,6
Branntweinabgaben	1 962	2 163	461	1,2	250	0,7	84,4
Kaffeesteuer	1 086	980	164	0,4	234	0,7	- 29,9
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 933	- 14 721	0	0,0	0	0,0	-
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 337	- 16 240	- 4 122	- 11,1	- 3 590	- 10,3	14,8
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 929	- 4 100	- 1 262	- 3,4	- 1 176	- 3,4	7,3
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 710	- 6 610	- 1 113	- 3,0	- 1 118	- 3,2	- 0,4
II. Sonstige Einnahmen	25 675	33 096	4 532	12,2	3 613	10,4	25,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 307	4 385	446	1,2	34	0,1	1211,8
Zinseinnahmen	924	702	97	0,3	71	0,2	36,6
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	6 694	12 534	543	1,5	953	2,7	- 43,0
Einnahmen zusammen	255 718	271 051	37 051	100,0	34 766	100,0	6,6

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Februar 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Berichtsmonat um + 3,8 % gestiegen. Einem Zuwachs bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 7,5 %) standen Einbußen bei den Bundessteuern (– 7,8 %) und den Ländersteuern (– 1,8 %) gegenüber.

Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Februar 2008 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum liegt bei + 6,9 %. Da das Kassenaufkommen in den beiden ersten Monate des Jahres noch durch die zu Jahresbeginn 2007 in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen positiv beeinflusst wurde (Saterhöhungen Umsatz- und Versicherungssteuer, Kürzung des Sparer-Freibetrages), ist in den kommenden Monaten mit einer weiteren Annäherung an den für das Gesamtjahr 2008 geschätzten Zuwachs von + 3,8 % zu rechnen.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) lagen im Februar 2008 um + 11,8 % über dem Niveau des Vorjahres, nicht zuletzt resultierend aus deutlich geringeren EU-Abführungen. Die kumulierte Veränderungsrate beträgt + 5,7 %.¹

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat um + 7,8 %. Dies ist ein Zeichen für die weiterhin dynamische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldzahlungen sanken mit – 0,2 % leicht unter das Vorjahresniveau, während sich die Zulagen zur Altersvorsorge um mehr als die Hälfte erhöhten (+ 52,8 %).

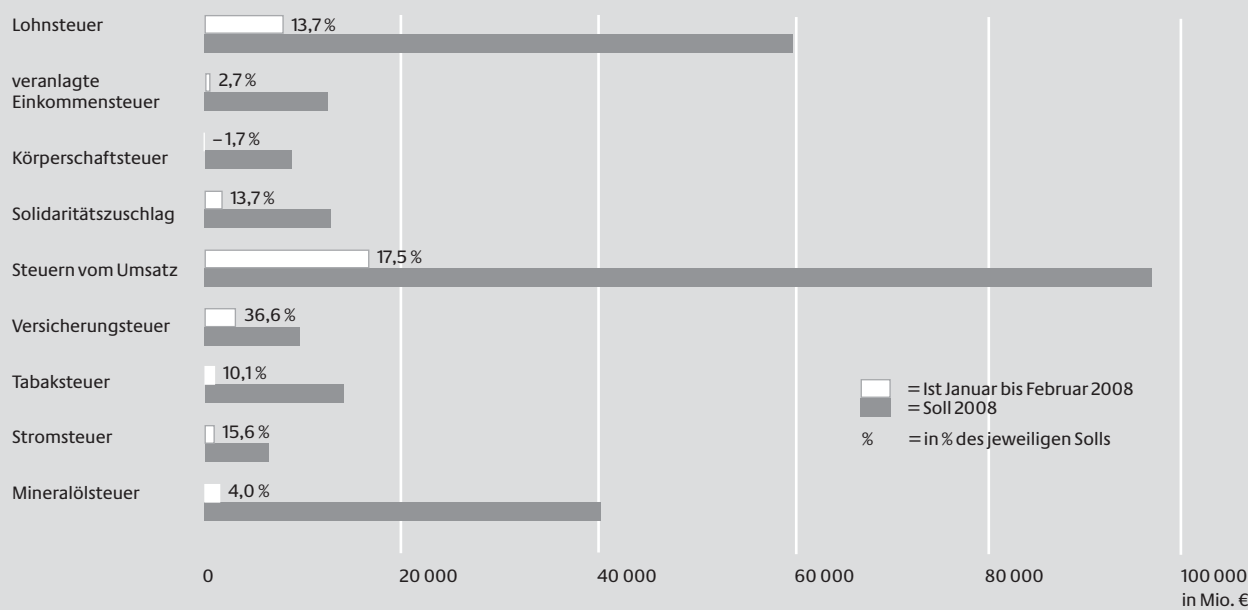
Das Kassenaufkommen bei der veranlagten Einkommensteuer lag mit 22 Mio. € im Plus, während es im Vorjahresmonat noch ein Minus von – 86 Mio. € aufwies. Die Ursache liegt in geringeren Arbeitnehmererstattungen und deutlich gesunkenen Auszahlungen von Investitions- und Eigenheimzulage.

Bei der Körperschaftsteuer blieben die erzielten kassenmäßigen Einnahmen infolge höherer Erstattungen und geringerer Nachzahlungen um rund – 180 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform werden sich über verringerte Vorauszahlungen erst im Vorauszahlungsmonat März zeigen.

Die Ergebnisse bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag und beim Zinsabschlag sind durch einen Basiseffekt verzerrt. Im Februar vergangenen Jahres war in einem Bundesland eine

¹ Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. S. 18, Fußnote 1).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Februar 2008



Umbuchung in Höhe eines dreistelligen Millionenbetrages von den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag zum Zinsabschlag vorgenommen worden. Dieser Basiseffekt hat dazu beigetragen, dass sich das Aufkommen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag im Berichtsmonat gegenüber dem Vorjahreszeitraum von rund 340 Mio. € auf 767 Mio. € mehr als verdoppelt hat, während das Vorjahresergebnis beim Zinsabschlag um -13,4% verfehlt wurde.

Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz zeigen bei nachlassender Wirkung der Steuersatzerhöhung im Vorjahresvergleich mit +6,7% wieder ein etwas freundlicheres Bild. Dabei war die Aufkommenssteigerung bei der Einfuhrumsatzsteuer mit +14,5% nach wie vor sehr kräftig. Die Umsatzsteuer nahm um +4,7% zu.

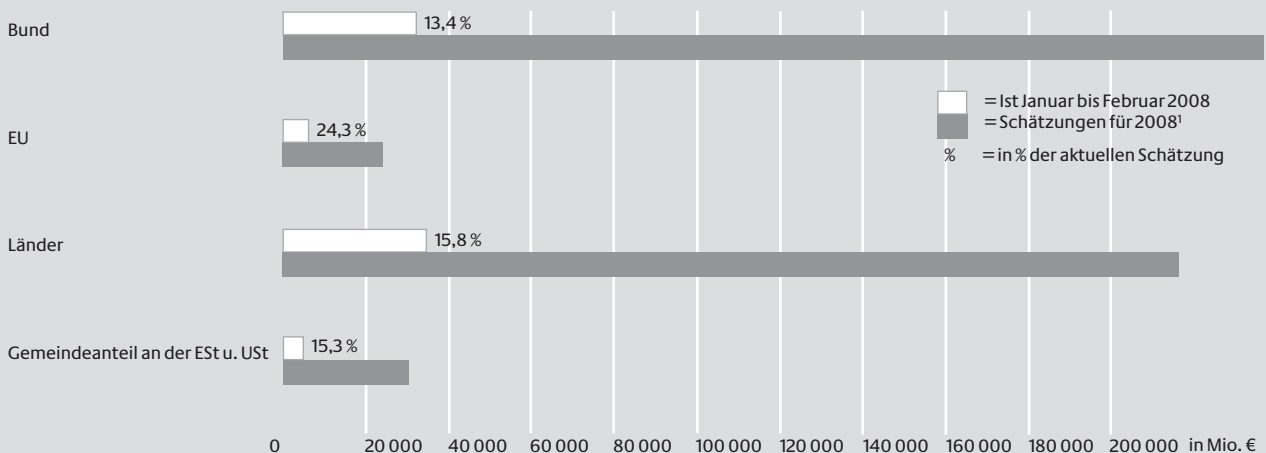
Das Aufkommen der reinen Bundessteuern lag um -7,8% unter dem Ergebnis des Vorjahres. Besonders deutlich macht sich hier der Rückgang der Einnahmen aus der Energiesteuer

(-13,2%) und der Tabaksteuer (-15,8%) bemerkbar. Bei der Tabaksteuer ist dabei allerdings zu beachten, dass das Vorjahresaufkommen durch Vorzieheffekte im Vorfeld der Mindeststeueranpassung bei Zigaretten überhöht war.

Auch die Versicherungsteuer (-2,8%) und die Stromsteuer (-15,7%) verzeichneten ein Minus. Das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag (+4,7%) profitierte weiterhin vom Zuwachs seiner Bemessungsgrundlagen. Von den übrigen Bundessteuern konnte nur die Branntweinsteuer (+4,8%) eine Erhöhung der Einnahmen verbuchen.

Die reinen Ländersteuern unterschritten ihr Aufkommensvolumen aus dem Vorjahr um -1,8%. Insbesondere die Erbschaftsteuer (-6,9%) und die Grunderwerbsteuer (-12,1%) trugen zu diesem Negativergebnis bei. Die Kraftfahrzeugsteuer (+4,6%), die Rennwett- und Lotteriesteuer (+23,1%) sowie die Biersteuer (+23,4%) konnten ihr Vorjahresergebnis übertreffen.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Februar 2008



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2007).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

2008	Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Februar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2008 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 515	7,8	22 537	7,5	141 000	7,0
veranlagte Einkommensteuer	22	X	797	X	29 900	19,5
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	767	X	2 325	9,9	14 165	2,7
Zinsabschlag	905	- 13,4	4 589	29,4	12 084	8,1
Körperschaftsteuer	- 282	X	- 330	X	17 800	- 22,4
Steuern vom Umsatz	17 766	6,7	31 638	6,3	176 800	4,2
Gewerbesteuerumlage	94	- 2,3	162	92,7	2 878	- 25,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	34	- 23,2	126	X	2 920	- 6,5
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	29 820	7,5	61 845	9,0	397 547	4,3
Bundessteuern						
Energiesteuer	1 254	- 13,2	1 627	- 4,5	40 400	3,7
Tabaksteuer	1 197	- 15,8	1 420	- 20,7	14 050	- 1,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	235	4,8	460	84,4	2 160	10,3
Versicherungsteuer	3 316	- 2,8	3 861	- 0,4	10 540	2,0
Stromsteuer	485	- 15,7	1 028	- 0,6	6 600	3,9
Solidaritätszuschlag	739	4,7	1 758	10,4	12 800	3,7
übrige Bundessteuern	142	- 33,6	294	- 5,3	1 436	- 3,5
Bundessteuern insgesamt	7 368	- 7,9	10 450	- 1,0	87 986	2,7
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	329	- 6,9	723	1,2	4 416	5,1
Grunderwerbsteuer	517	- 12,1	1 098	- 5,1	6 840	- 1,6
Kraftfahrzeugsteuer	656	4,6	1 841	- 0,9	8 640	- 2,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	154	23,1	313	11,9	1 625	- 4,5
Biersteuer	61	23,4	119	4,0	763	0,8
sonstige Ländersteuern	112	- 6,6	136	- 2,4	326	0,5
Ländersteuern insgesamt	1 827	- 1,8	4 229	- 0,8	22 610	- 1,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	372	7,4	642	2,3	4 490	12,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	631	- 27,8	1 262	7,3	4 100	4,3
BNE-Eigenmittel	2 684	- 29,4	4 122	14,8	16 240	13,3
EU-Eigenmittel insgesamt	3 687	- 26,6	6 026	11,7	24 830	11,6
Bund³	17 178	11,8	31 870	5,7	237 999	3,4
Länder³	16 478	5,4	34 587	6,6	219 189	2,8
EU	3 687	- 26,6	6 026	11,7	24 830	11,6
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 044	7,1	4 682	11,6	30 615	8,3
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	39 387	3,8	77 165	6,9	512 633	3,8

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2007.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

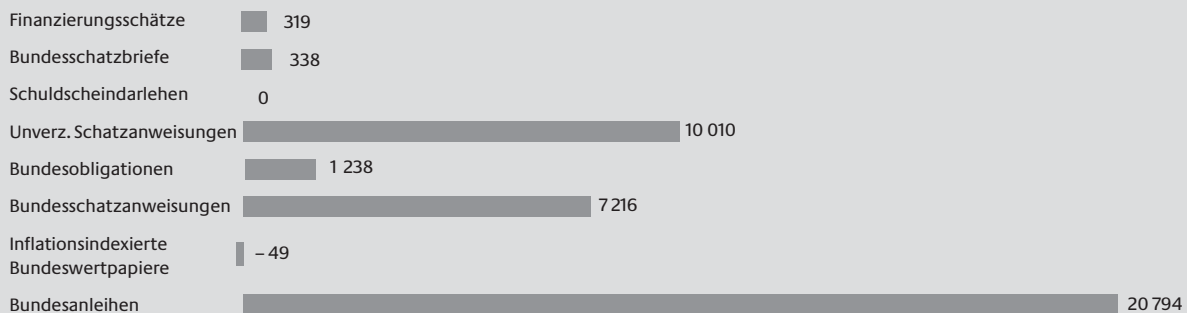
Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen blieben im Februar gegenüber Januar fast unverändert. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Januar bei 3,95 % lag, notierte Ende Februar bei 3,94 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – waren mit 4,37 % Ende Januar und 4,38 % Ende Februar fast gleich. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 6. Juni 2007 beschlossen, die Leitzinsen um

25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 13. Juni liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,00 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,00 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,00 %.

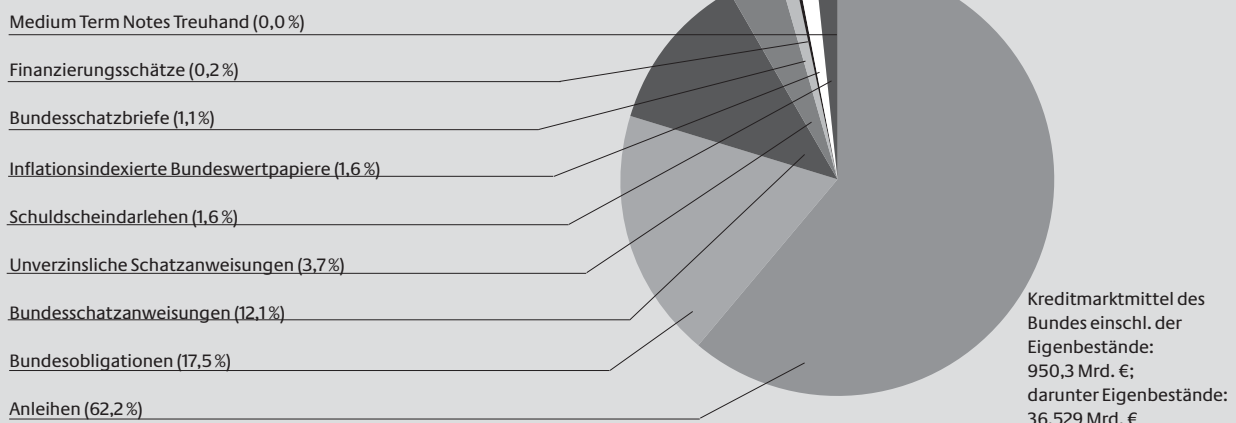
Die europäischen Aktienmärkte gaben im Februar nach; der Deutsche Aktienindex verringerte sich von 6 852 auf 6 748 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 3 793 auf 3 725 Punkte (Monatsendstände).

Kreditaufnahme des Bundes bis Februar 2008 in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 3 338 Mio. €.

Kreditmarktmittel des Bundes per 29. Februar 2008



Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet lag im Januar bei 11,5 % (nach 11,6 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum November 2007 bis Januar 2008 betrug 11,8 %, verglichen mit 12,1 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Januar auf 12,7 % (nach 12,8 % im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums bleibt damit unverändert kräftig. In Deutschland stieg die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 4,1 % im Dezember 2007 auf 4,4 % im Januar 2008.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Der Bruttokreditbedarf des Bundes 2008 betrug bis einschließlich Februar 39,9 Mrd. €. Davon wurden 35,8 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 3,3 Mrd. €).

Die im 1. Quartal 2008 zur Finanzierung des Bundeshaushalts durchgeführten bzw. noch geplanten Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Tabelle „Übersicht über die Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2008“.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen im 1. Quartal 2008

Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
	in Mrd. €			
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	15,5	–	–	15,5
Bundesobligationen	–	14,0	–	14,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	16,0	16,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,6
Bundesschatzbriefe	0,4	0,1	0,5	0,9
Finanzierungsschätze	0,3	0,2	0,2	0,7
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	1,0	0,3	0,2	1,5
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	23,2	20,4	22,8	66,3

Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
	in Mrd. €			
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,7	0,8	1,2	15,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die per Emissionskalender vorgesehenen Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 1. Quartal 2008 auf rund 66,3 Mrd. €. Die Zinszahlungen des

Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich im 1. Quartal 2008 auf rund 15,7 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2008

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135341 WKN 113 534	Aufstockung	2. Januar 2008	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 16. November 2007 erster Zinstermin: 4. Januar 2009	7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137206 WKN 113 720	Aufstockung	16. Januar 2008	2 Jahre fällig 11. Dezember 2009 Zinslaufbeginn: 11. Dezember 2007 erster Zinstermin: 11. Dezember 2008	7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135325 WKN 113 532	Aufstockung	23. Januar 2008	30 Jahre fällig 4. Juli 2039 Zinslaufbeginn: 26. Januar 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135341 WKN 113 534	Aufstockung	13. Februar 2008	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 16. November 2007 erster Zinstermin: 4. Januar 2009	6 Mrd. €
Inflationsindexierte Obligation ISIN DE 0001030518 WKN 103051	Aufstockung	5. März 2008	10 Jahre fällig 14. April 2013 Zinslaufbeginn: 15. April 2007 Erster Zinstermin: 15. April g.zj.	ca. 3 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137214 WKN 113 721	Neuemission	12. März 2008	2 Jahre fällig 12. März 2010 Zinslaufbeginn: 12. März 2008 erster Zinstermin: 12. März 2009	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141521 WKN 114 152	Neuemission	26. März 2008	5 Jahre fällig 12. April 2013 Zinslaufbeginn: 28. März 2008 erster Zinstermin: 12. April 2009	ca. 7 Mrd. €
1. Quartal 2008 insgesamt				ca. 42 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115129 WKN 111 512	Neuemission	14. Januar 2008	6 Monate fällig 16. Juli 2008	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115137 WKN 111 513	Neuemission	11. Februar 2008	6 Monate fällig 13. August 2008	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115145 WKN 111 514	Neuemission	17. März 2008	6 Monate fällig 17. September 2008	ca. 6 Mrd. €
1. Quartal 2008 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Industrieindikatoren zeigen guten Einstieg ins 1. Quartal.
- Trotz Euro-Aufwertung haben die Exporte an Dynamik gewonnen.
- Beschäftigungsexpansion hat sich beschleunigt fortgesetzt.
- Anhaltender Preisniveauanstieg belastet privaten Konsum.

Der Aufschwung ist intakt und geht mit einer starken Beschäftigungsexpansion einher. Die positiven Industrieindikatoren und die – ungeachtet der Finanzmarktturbulenzen – optimistische Stimmung in den Unternehmen zeugen von einer robusten Verfassung der deutschen Wirtschaft. Gleichwohl zeigen die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes zur wirtschaftlichen Entwicklung im 4. Quartal 2007 eine leichte Abflachung der gesamtwirtschaftlichen Dynamik an.

Die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts im 4. Quartal war mit 0,3 % preis-, kalender- und saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal weniger stark als im 3. Vierteljahr. Die Wachstumsimpulse kamen aus dem Ausland (Außenbeitrag + 0,7 Prozentpunkte), während die Inlandsnachfrage einen negativen Beitrag lieferte (– 0,4 Prozentpunkte). Zwar fiel beim Außenbeitrag der Anstieg der Exporte geringer als im Vorquartal aus, gleichzeitig gingen aber die Importe leicht zurück. Im Inland kamen die positiven Wachstumsimpulse ausschließlich aus den kräftig angestiegenen Ausrüstungsinvestitionen (+ 0,3 Prozentpunkte). Sie dürften insbesondere von den Vorzieheffekten im Zusammenhang mit den Ende 2007 ausgelaufenen, temporär verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten profitiert haben. Demgegenüber gingen negative Wachstumsimpulse von den rückläufigen Bauinvestitionen (– 0,1 Prozentpunkte) und Konsumausgaben der privaten Haushalte (– 0,4 Prozentpunkte) aus. Die schwache Entwicklung des verfügbaren Einkommens, die

Unsicherheiten im Zusammenhang mit den Finanzmarktturbulenzen und die hohe Inflation belasteten die Privaten Konsumausgaben. Dies spiegelte sich auch in dem starken Umsatzrückgang im Einzelhandel im 4. Quartal wider.

In diesem Jahr wird eine Fortsetzung des konjunkturellen Aufschwungs erwartet, auch wenn sich die Dynamik etwas verlangsamen dürfte. Dies wird auch bei den Steuereinnahmen von Februar sichtbar. So ist das Umsatzsteuereinkommen, das sich im Wesentlichen auf die im Dezember und Januar getätigten Umsätze bezieht, um 4,7 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen, obwohl der Effekt der Steuersatzerhöhung allmählich ausläuft. Dieser Anstieg steht im Einklang mit der leichten Erholung des Einzelhandelsumsatzes zum Beginn dieses Jahres. Die Lohnsteuereinnahmen (+ 7,8 % gegenüber dem Vorjahr) wurden durch die weiter kräftige Beschäftigungsexpansion spürbar begünstigt.

Auch die Konjunkturindikatoren zeigen einen guten Einstieg ins 1. Quartal an. So haben die nominalen Wareneinfuhren zuletzt wieder an Dynamik gewonnen. Durch einen spürbaren Anstieg im Januar konnte die schwache Entwicklung im 4. Quartal mehr als kompensiert werden. Im Zweimonatsdurchschnitt (Dezember/Januar gegenüber Oktober/November) wurden die Exporte um 0,6 % gegenüber der Vorperiode ausgeweitet. Nach Ländergruppen nahmen die Exporte im Januar gegenüber dem Vorjahr in den Nicht-Euroraum der EU (+ 10,5 %) und in Drittländer (+ 11,5 %) kräftig zu. Angesichts der deutlichen Euro-Aufwertung gegenüber dem

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2007 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			2.Q.07	3.Q.07	4.Q.07	2.Q.07	3.Q.07	4.Q.07
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 237	+ 2,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,6
jeweilige Preise	2 424	+ 4,4	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 4,6	+ 4,5	+ 3,5
Einkommen¹								
Volkseinkommen	1 824	+ 4,2	- 0,8	+ 3,1	- 0,1	+ 3,2	+ 5,0	+ 3,7
Arbeitnehmerentgelte	1 181	+ 2,8	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,3	+ 3,1	+ 2,5	+ 2,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	643	+ 6,9	- 3,9	+ 8,9	- 0,7	+ 3,4	+ 9,5	+ 6,4
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 518	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5
Bruttolöhne und -gehälter	956	+ 3,2	+ 1,1	- 0,2	+ 0,4	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,9
Sparen der privaten Haushalte	168	+ 6,0	+ 0,9	- 1,0	+ 6,2	+ 5,5	+ 4,3	+ 9,7
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2007 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Dez 07	Jan 08	Zwei- monats- durch- schnitt	Dez 07	Jan 08	Zwei- monats- durch- schnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	- 0,6	- 5,0	.	- 4,6	- 19,1	.	- 13,1
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	969	+ 8,5	- 1,3	+ 3,8	+ 0,6	- 0,1	+ 9,0	+ 4,6
Waren-Importe	770	+ 5,0	+ 5,4	+ 4,2	+ 5,9	+ 0,1	+ 10,2	+ 5,1
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹	116,3	+ 5,9	+ 1,5	+ 1,8	+ 2,3	+ 5,1	+ 7,0	+ 6,0
Industrie ²	121,0	+ 6,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,6	+ 6,1	+ 7,5	+ 6,8
Bauhauptgewerbe	83,2	+ 2,7	+ 2,2	+ 11,7	+ 8,1	- 4,3	+ 4,5	+ 0,2
Umsätze im Produzierenden Gewerbe¹								
Industrie (Index 2000 = 100) ²	121,7	+ 6,4	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 5,4	+ 5,9	+ 5,6
Inland	107,2	+ 4,6	- 0,4	+ 3,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 5,8	+ 4,0
Ausland	145,0	+ 8,7	+ 3,1	- 0,9	+ 1,5	+ 9,4	+ 5,9	+ 7,7
Auftragseingang (Index 2000 = 100)¹								
Industrie ²	130,4	+ 9,6	- 1,1	- 1,5	- 0,4	+ 10,9	+ 9,6	+ 10,2
Inland	112,9	+ 7,0	+ 0,4	- 1,9	+ 1,3	+ 8,3	+ 5,8	+ 7,0
Ausland	152,2	+ 12,1	- 2,5	- 1,3	- 2,0	+ 13,5	+ 13,3	+ 13,4
Bauhauptgewerbe	77,7	+ 4,1	- 6,3	.	- 5,4	+ 3,8	.	+ 4,6
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und Tankstellen)	101,5	- 2,3	- 0,2	+ 0,7	- 0,1	- 7,7	+ 0,3	- 4,3
Großhandel (ohne Kfz)	110,2	+ 0,4	- 1,0	+ 3,8	+ 0,2	- 5,2	+ 4,8	- 0,6
Arbeitsmarkt	2007 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Dez 07	Jan 08	Feb 08	Dez 07	Jan 08	Feb 08
Erwerbstätige, Inland	39,74	+ 1,7	+ 47	+ 73	.	+ 586	+ 519	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,78	- 15,8	- 79	- 91	- 75	- 602	- 625	- 630
Preisindizes	2007 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
2000 = 100			Vorperiode			Vorjahr		
			Dez 07	Jan 08	Feb 08	Dez 07	Jan 08	Feb 08
Importpreise	108,0	+ 1,2	- 0,1	+ 0,8	.	+ 3,7	+ 5,2	.
Erzeugerpreise gewerb. Produkte	119,1	+ 2,0	- 0,1	+ 0,8	.	+ 2,5	+ 3,3	.
Verbraucherpreise 2005 = 100	103,9	+ 2,3	+ 0,6	- 0,3	+ 0,5	+ 3,1	+ 2,8	+ 2,8
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft								
	Jul 07	Aug 07	Sep 07	Okt 07	Nov 07	Dez 07	Jan 08	Feb 08
Klima	+ 11,9	+ 10,7	+ 7,5	+ 7,0	+ 7,5	+ 5,2	+ 5,9	+ 7,3
Geschäftslage	+ 18,2	+ 18,5	+ 15,5	+ 14,9	+ 16,4	+ 12,0	+ 11,6	+ 16,3
Geschäftserwartungen	+ 5,7	+ 3,1	- 0,3	- 0,6	- 1,0	- 1,3	+ 0,4	- 1,3

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ² Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

US-Dollar (+17 US-Cent je Euro oder +13 % gegenüber dem Vorjahr) zeugt dies von einer hohen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Auch ist die aktuelle Ausweitung der Exporte in Drittländer, vor dem Hintergrund eines Rückgangs in den Monaten September bis Dezember, beachtlich. Die Ausfuhren in den Euroraum wurden dagegen weniger kräftig ausgeweitet (+ 6,3 %). Insgesamt kann die deutsche Wirtschaft auch in diesem Jahr auf außenwirtschaftliche Impulse bauen, wenngleich sie weniger stark als in den vergangenen beiden Jahren sein dürften. Dafür spricht die robuste Weltwirtschaft, deren Wachstumskurs trotz schwächerer Dynamik erhalten bleibt. Deutschland profitiert von der anhaltend starken Nachfrage der Schwellenländer Asiens sowie Mittel- und Osteuropas. Neben der preislichen Wettbewerbsfähigkeit spielt dabei die Produktpalette eine wesentliche Rolle. So liegen die Stärken der deutschen Exportwirtschaft vor allem im Bereich der Investitionsgüter, für die in den dynamischen Weltregionen eine starke Nachfrage besteht. Dagegen gehen von dem nachlassenden konjunkturellen Wachstum in den USA dämpfende Wirkungen aus. Belastend wirkt auch die Beeinträchtigung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure durch die Euro-Aufwertung. Dies könnte zur Abschwächung der Auslandsnachfrage beigetragen haben, die sich aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau befindet.

Die nominalen Warenimporte haben deutlich zugenommen (Dezember/Januar saisonbereinigt + 5,9 % gegenüber der Vorperiode), nach einem Rückgang im 4. Quartal. Dies könnte zum Teil mit der Erhöhung der Importpreise zusammenhängen. Aber auch der deutliche Anstieg der Inlandsnachfrage könnte eine Rolle gespielt haben.

Die Produktion und der Umsatz in der Industrie sind zuletzt beschleunigt ausgeweitet worden. Die Industrieproduktion legte im Zweimonatsdurchschnitt spürbar um saisonbereinigt 2,6 % gegenüber der Vorperiode zu. Der Anstieg resultierte vor allem aus der vermehrten Herstellung von Vorleistungsgütern (+ 3,2 %). Da dies auf eine weiterhin rege Produktionstätigkeit auf nachgelagerten Stufen hindeutet, ist dies ein positives Konjunktursignal. Aber auch die Erzeugung von Investitions- und Konsumgütern

nahm deutlich zu (+ 2,5 % und + 1,8 %). Bemerkenswert ist, dass es bei der Investitionsgüterproduktion im Januar nicht zu einem Rückpralleffekt – nach dem Auslaufen der günstigen Abschreibungsregeln Ende 2007 – gekommen ist. Der ebenfalls kräftige Anstieg des Inlandsumsatzes für Investitionsgüter deutet darauf hin, dass die positive Entwicklung noch mit den Vorzieheffekten im Zusammenhang steht. Der Umsatz in der Industrie nahm im Zweimonatsdurchschnitt merklich zu (+ 1,5 %), aber weniger stark als die industrielle Erzeugung, was auf Lageraufbau hindeutet. Der Anstieg des Inlands- und des Auslandsumsatzes war gleich hoch. Auf beiden Märkten wurde der Umsatz von Vorleistungsgütern (Inland: + 3,0 %, Ausland: + 2,2 %) deutlich mehr ausgeweitet als der von Investitionsgütern (+ 1,0 % und + 1,3 %). Dagegen stagnierten Konsumgüterumsätze nahezu (jeweils – 0,1 %). Die Auftragseingänge gingen im Zweimonatsdurchschnitt leicht zurück (– 0,4 % gegenüber der Vorperiode). Dies resultierte aus weniger Auslandsbestellungen (– 2,0 %), insbesondere von Investitionsgütern aus dem Euroraum (– 7,6 %). Die Inlandsaufträge stiegen dagegen in allen drei Gütergruppen an (Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter). Die Entwicklung der Auftragseingänge ist tendenziell noch aufwärts gerichtet (Dreimonatsdurchschnitt: + 3,8 %), auch wenn sich die Dynamik – nach dem starken Anstieg im 4. Quartal – etwas abgeflacht hat. Das liegt zum einen daran, dass im Januar Großaufträge, insbesondere für Investitionsgüter aus dem Ausland, nicht so stark zunahmen wie in den vergangenen Monaten. Zum anderen fehlten zum Beginn dieses Jahres die Bestellungen aus dem Inland, die wegen des Auslaufens der temporär verbesserten degressiven Abschreibung vorgezogen worden waren. Die Auftragsbestände sind jedoch immer noch hoch, und die Kapazitätsauslastung in der Industrie hat im 4. Quartal zugenommen. Sieht man von den o.g. Sondereffekten ab, so ist die konjunkturelle Grunddynamik weiterhin stark. Dies spricht für eine günstige Entwicklung der Industrieproduktion in den nächsten Monaten.

Die Produktion im Bauhauptgewerbe wurde im Dezember/Januar spürbar ausgeweitet (saisonbereinigt + 8,1 % gegenüber der Vorperiode). Dabei dürften auch die vergleichsweise milden

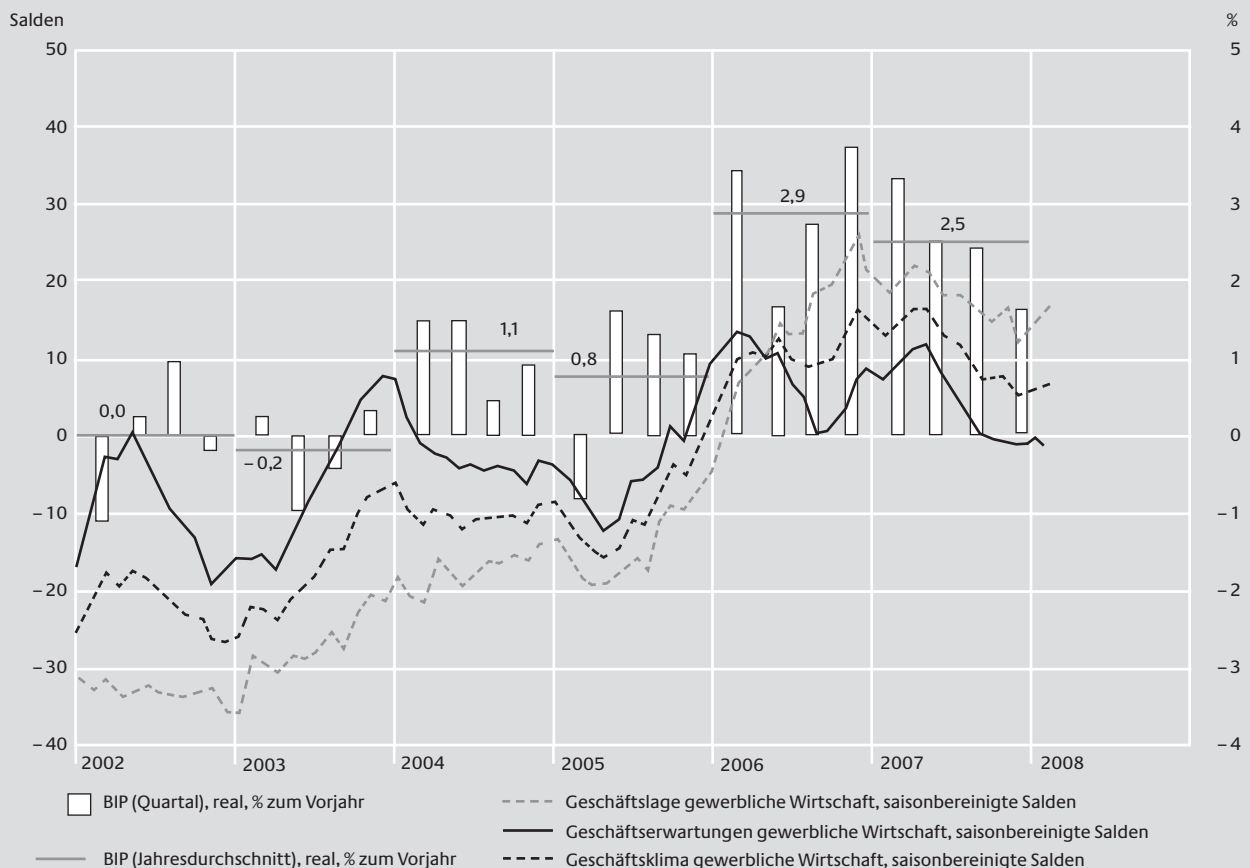
Witterungsbedingungen begünstigend gewirkt haben. Die Entwicklungstendenz ist deutlich aufwärts gerichtet. Die kräftige Zunahme der Bauproduktion im Dezember und Januar sowie der Anstieg der Auftragseingänge im 4. Quartal, insbesondere im Tiefbau, deuten darauf hin, dass die Belebung im Bauhauptgewerbe zum Beginn dieses Jahres anhält.

Beim privaten Konsum, der bislang das Sorgenkind der Wirtschaftsentwicklung war, sind noch keine durchgreifenden Erholungstendenzen erkennbar. Der Einzelhandelsumsatz – als eine wichtige Komponente der Privaten Konsumausgaben – entwickelte sich auch zu Beginn dieses Jahres relativ schwach. So stieg zwar der Umsatz einschließlich Kfz-Handel und Tankstellen im Dezember/Januar leicht an (saisonbereinigt + 0,3 %) und der Einzelhandel ohne Kfz-Handel und Tankstellen stagnierte. Das Niveau ist aber immer noch recht niedrig. Hingegen zeigen die Stimmungsindikatoren eher ein gemischtes Bild. Die Einzelhändler erwarten zwar

eine Verbesserung der Geschäfte (ifo-Geschäftsklimaindex für den Einzelhandel). Aber die Stimmung der Verbraucher ist noch verhalten. Mit dem spürbaren Beschäftigungsaufbau, steigenden Löhnen und der Absenkung des Beitrages zur Gesetzlichen Arbeitslosenversicherung dürften sich jedoch die Voraussetzungen für eine Belebung des Einzelhandels und damit auch des privaten Konsums verbessert haben.

Der konjunkturelle Aufschwung hat bis in den Februar hinein zu einer beschleunigten Verbesserung der Beschäftigungssituation beigetragen. Darüber hinaus haben Sonderfaktoren den Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit sowie den Beschäftigungsaufbau in der saisonbereinigten Verlaufsbeurteilung verstärkt. Bedeutend waren hierbei Entlastungswirkungen durch das Saison-Kurzarbeitergeld. Aber auch die milde Witterung führte zu vergleichsweise weniger witterungsbedingten Einschränkungen. So waren im Februar 3,62 Millionen Personen arbeitslos gemeldet, 630 000 weniger als vor

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



einem Jahr. Saisonbereinigt verringerte sich die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vormonat um 75 000 Personen und lag damit deutlich über dem monatsdurchschnittlichen Rückgang im Jahr 2007 (– 50 000 Personen). Die Arbeitslosenquote verringerte sich dabei um 0,1 Prozentpunkte auf 8,0 %. Gleichzeitig hat sich der Anstieg der saisonbereinigten Zahl der Erwerbstätigen mit Wohnort in Deutschland im Januar spürbar beschleunigt (+ 73 000 Personen gegenüber dem Vormonat). Im Vorjahresvergleich erhöhte sich die Anzahl der erwerbstätigen Personen um 519 000. Der anhaltende Rückgang der Arbeitslosigkeit erklärt sich vor allem aus dem Aufbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die im Dezember merklich angestiegen ist (saisonbereinigt ca. + 72 000 Personen). Das Vorjahresniveau wurde deutlich überschritten (ca. + 588 000), wobei die Zunahme in allen Bundesländern und fast allen Branchen erfolgte. Die Aussichten für weitere Beschäftigungszuwächse sind günstig. Gemäß der jüngsten Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) sowie dem ifo-Geschäftsklimaindex beabsichtigen die Unternehmen per saldo weiter Beschäftigung aufzubauen, wenngleich nicht mehr so expansiv wie im vergangenen Jahr. Auch der Stellenindex BA-X deutet auf eine gestiegene Personalsuche hin. Allerdings war sein Anstieg zuletzt nur noch von einer Zunahme der Personalsuche über Online-Medien getragen. Über diese Medien werden überwiegend gut und hoch qualifizierte Arbeitskräfte gesucht.

Ein wesentlicher Risikofaktor für die Belebung des privaten Konsums ist das seit September 2007 gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegene Verbraucherpreisniveau, das die Kaufkraft der Verbraucher dämpft. Der Verbraucherpreisindex ist im Februar mit 2,8 % gegenüber dem Vorjahr genau so stark wie im Januar angestiegen. Die deutliche Zunahme der Preise für Energie und Nahrungsmittel erklärt mehr als die Hälfte der gesamten Preisniveausteigerung gegenüber dem Vorjahr. Die Kerninflationsrate,

also die Teuerung ohne Energie und Nahrungsmittel, lag somit nur bei etwa der Hälfte (im Januar bei 1,4 %, Daten für Februar noch nicht verfügbar). Der Preisanstieg dieser Produkte ist allerdings überwiegend auf exogene Einflüsse (Preissteigerung von Rohöl und Nahrungsmitteln auf dem Weltmarkt) zurückzuführen. Die durch inländische Faktoren determinierten Preissteigerungen sind moderat. Bei den Energieprodukten verteuerten sich leichtes Heizöl (+ 32,9 %), Kraftstoffe (+ 11,8 %) und Strom (+ 7,1 %) überdurchschnittlich. Ohne Einrechnung der Preisentwicklung für Mineralölprodukte hätte die Teuerungsrate bei 2,3 % gelegen. Nahrungsmittel sind im Schnitt 7,8 % teurer als vor einem Jahr.

Auch die Einfuhrpreise nahmen im Januar mit 5,2 % deutlich zu. Dies war die höchste Teuerungsrate seit August 2006. Der Preisanstieg beruht teilweise auf einem Basiseffekt im Energiesektor (Rückgang des Preisniveaus im Januar 2007 gegenüber Dezember 2006 erhöht rechnerisch die aktuelle Vorjahresrate). So stiegen die Importpreise für Rohöl um 51,6 % und für Mineralölerzeugnisse um 42,1 % gegenüber dem Vorjahr an. Ohne Erdöl und Mineralölprodukte beträgt die Jahresteuierungsrate 0,7 %. Deutliche Preissteigerungen verzeichnete auch der Nahrungsmittelsektor (Getreide: + 57,2 %, Milcherzeugnisse: + 20,7 %). Demgegenüber wurden Importe von Datenverarbeitungsgeräten/-einrichtungen, elektronischen Bauelementen sowie Nicht-Eisen-Metallen und deren Halbzeug billiger.

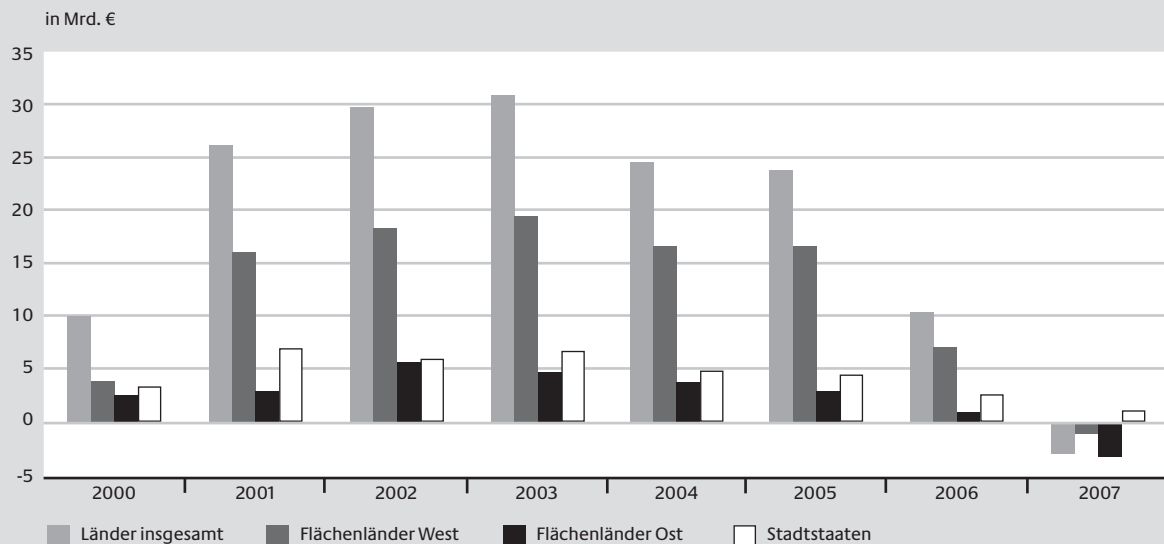
Der Erzeugerpreisindex stieg im Januar um 3,3 % gegenüber dem Vorjahr an. Den höchsten Anteil am Preisanstieg hatte auch hier die Energie mit einer Jahresteuierungsrate von 5,9 %. Während der Rückgang der Erdgaspreise (– 2,9 %) dämpfend wirkte, nahmen die Preise für Mineralölerzeugnisse (+ 18,7 %) und Strom (+ 9,1 %) spürbar zu. Ohne Energieprodukte stiegen die Erzeugerpreise um 2,5 %. Auch Vorleistungs- und Verbrauchsgüter waren deutlich teurer als vor einem Jahr.

Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2007

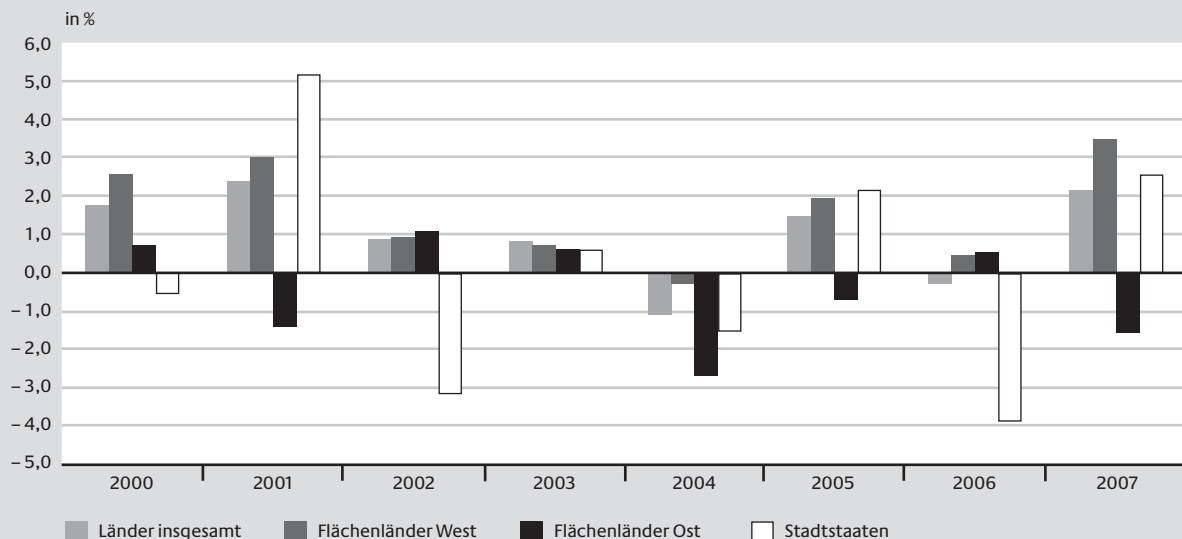
Da die Daten zur Haushaltsentwicklung der Länder für Januar 2008 noch nicht vorliegen, werden an dieser Stelle erneut die Entwicklungen bis einschließlich Dezember 2007 wiedergegeben.

Die positive Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2007 hält im Vergleich zum Vorjahr auch nach den vorläufigen Abschlussdaten im Dezember an. Der Finanzierungssaldo betrug am

Entwicklung der Defizite der Länder 2000 bis 2007



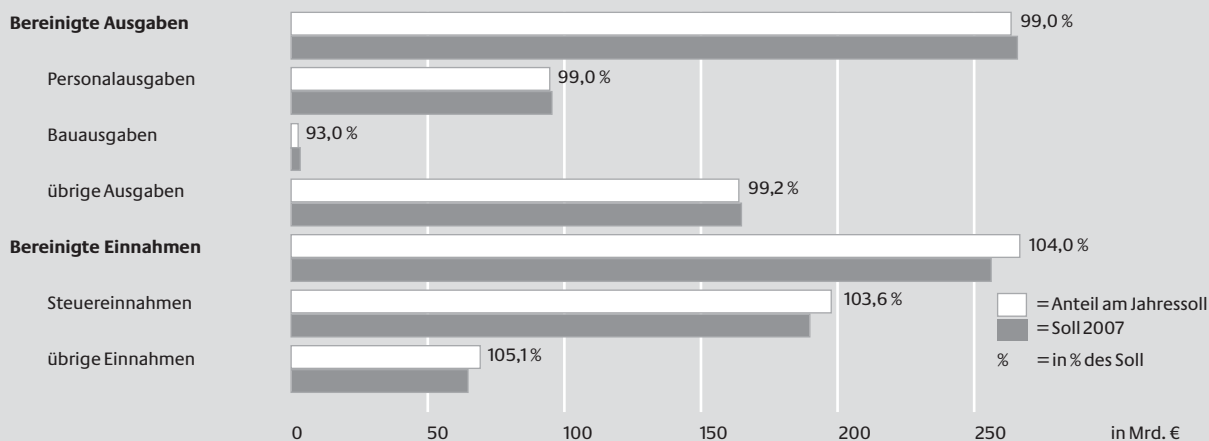
Ausgabenwachstum der Länder 2000 bis 2007



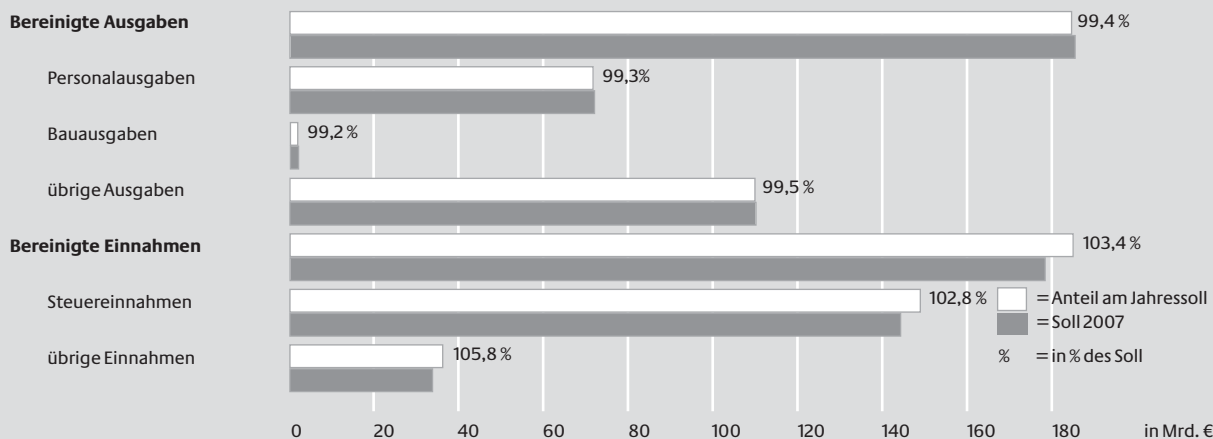
Ende des Berichtszeitraums + 2,9 Mrd. € für die Länder insgesamt und unterschritt den Vorjahreswert um rd. 12,8 Mrd. €. Für das Gesamtjahr 2007 war in den Haushaltsansätzen ein Defizit von rd. 10,0 Mrd. € vorgesehen. Die Ausgaben der Länder stiegen bis Ende Dezember 2007 im Vergleich zum Vorjahr um + 2,1 % auf 264,1 Mrd. €, lagen jedoch rd. 2,5 Mrd. € unter den Planungen. Die Steigerung der Einnahmen im gleichen Zeitraum um + 7,3 % auf rd. 267,0 Mrd. € überstieg die Planungen um rd. 10,3 Mrd. €. Die Steuereinnahmen betrugen 197,9 Mrd. € (+10,1%).

In den westdeutschen Flächenländern stiegen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um + 3,4 % auf rd. 185,0 Mrd. €, lagen aber rd. 1,1 Mrd. € unter den Planungen. Insbesondere auf Grund der hohen Steuereinnahmen (+ 10,4 %) erhöhten sich die Gesamteinnahmen im gleichen Zeitraum um + 7,9 % auf rd. 185,7 Mrd. € und lagen rd. 6,1 Mrd. € über den Ansätzen. Die Personalausgaben nahmen um + 1,4 % und die Bauausgaben um + 4,1 % zu und erreichten annähernd die Haushaltsplanungen. Das Defizit der Flächenländer West in Höhe von rd. + 0,8 Mrd. € unterschritt deutlich den Planwert von rd. 6,4 Mrd. €.

Länder insgesamt



Flächenländer West

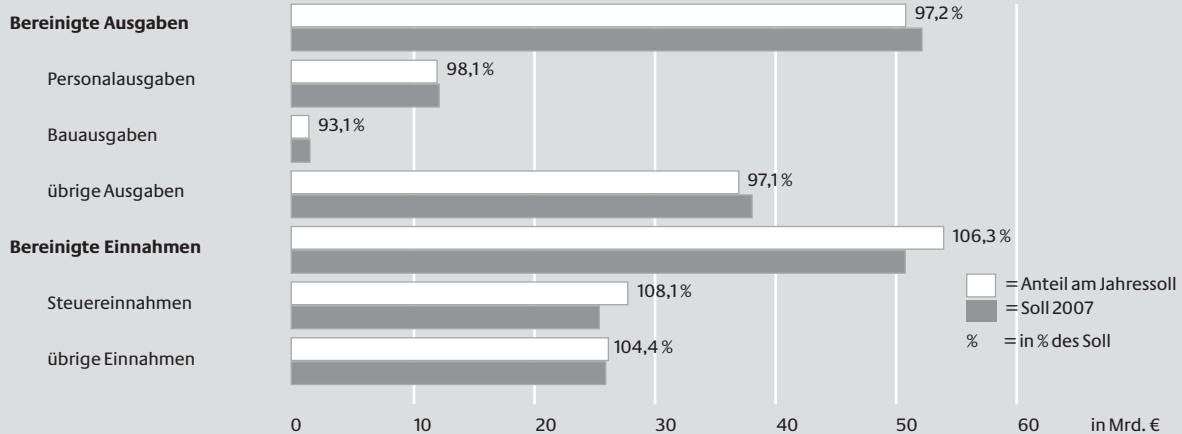


Ebenso positiv verlief die Entwicklung in den ostdeutschen Flächenländern. Hier verringerten sich die Ausgaben um – 1,5 %, während die Gesamteinnahmen um + 6,1% und die Steuereinnahmen um + 12,2% anstiegen. Die Personalausgaben sanken um – 2,1%, während die Bauausgaben um + 5,6% zunahmen. Die Flächenländer Ost erzielten insgesamt einen Finanzierungsüberschuss von + 3,1 Mrd. € im Vergleich zu einem Defizit von – 1,5 Mrd. € im Soll.

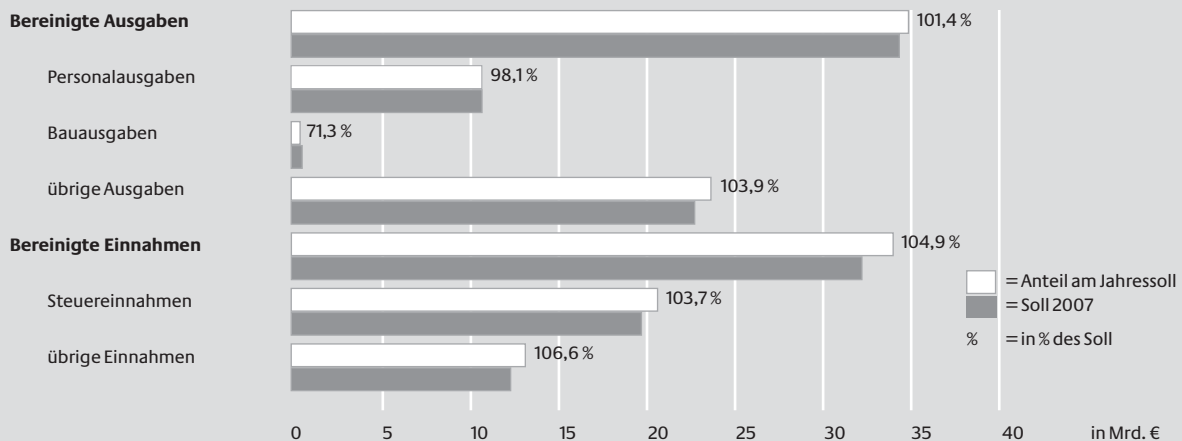
In den Stadtstaaten stiegen die Ausgaben bis einschließlich Dezember 2007 im Vergleich zum Vorjahr um + 2,5% auf rd. 34,8 Mrd. € und über-

stiegen die Haushaltsansätze um rd. 0,5 Mrd. €. Die Personalausgaben verringerten sich im Berichtszeitraum um – 1,7% und die Bauausgaben wurden deutlich um – 17,3% zurückgeführt. Die Gesamteinnahmen entwickelten sich mit + 7,4 % ähnlich positiv wie in den Flächenländern, die Steuereinnahmen nahmen um + 5,5% zu. Das Defizit der Stadtstaaten belief sich Ende Dezember auf rd. 0,9 Mrd. € und lag damit deutlich unter den Planansätzen (2,0 Mrd. €).

Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 4. März 2008 in Brüssel

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes

Stabilitäts- und Konvergenzprogramme

Der ECOFIN-Rat hat am 4. März 2008 einvernehmlich Ratsstimmungen zu den Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogrammen folgender 14 Mitgliedstaaten verabschiedet: Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Irland, Lettland, Litauen, Malta, Österreich, Portugal, Slowenien, Spanien, Tschechien und Zypern. Die Befassung des ECOFIN-Rates mit den Programmen von Polen und Belgien erfolgt voraussichtlich am 3. Juni 2008. In einer der kommenden Ausgaben des Monatsberichts wird auch in diesem Jahr wieder ein ausführlicher Artikel über die Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie die Ratsstimmungen erscheinen.

Vorbereitung des Europäischen Rates (13. bis 14. März 2008)

a) Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2008 bis 2010/2011 und länderspezifische integrierte Empfehlungen

Die „Grundzüge“ bilden zusammen mit den „Beschäftigungspolitischen Leitlinien“ die sogenannten „Integrierten Leitlinien“ und stellen ein Kernelement der Lissabon-Strategie dar. Sie enthalten auch wirtschaftspolitische Empfehlungen an die einzelnen Mitgliedstaaten. Die vom Frühjahrsgipfel 2006 gesetzten vier Prioritäten werden weiterhin als richtig angesehen: mehr Forschung und Entwicklung und Innovationen; Erschließung des Unternehmenspotenzials, insbesondere von kleinen und mittelgroßen Unternehmen (KMU); bessere Beschäftigungsfähigkeit und Investitionen in Menschen sowie Energie und Klimaschutz. Der ECOFIN-Rat finalisierte am 4. März 2008 hierzu den Entwurf, der dem Europäischen Rat (ER) vorgelegt wird. Nach Billigung durch den ER erfolgt die formale Verabschiedung durch den ECOFIN-Rat am 3. Juni 2008.

b) Zwischenbericht zur Finanzmarktstabilität

Der ECOFIN-Rat verabschiedete am 4. März 2008 einvernehmlich seinen Zwischenbericht zur Finanzmarktstabilität, den der ER im Dezember 2007 vom ECOFIN-Rat angefordert hatte. Er sieht in den drei Bereichen Kapitalausstattung, Liquiditätssicherung und Transparenz unter anderem die folgenden Maßnahmen vor:

- Überarbeitung relevanter Details der „Eigenkapital-Richtlinie“;
- Verbesserung der Liquiditätsaufsicht;
- verbesserte Offenlegung und Bilanzierung, Transparenz von Ratingagenturen und am Verbriefungsmarkt;
- Verbesserung der bestehenden Frühwarnsysteme für Finanzkrisen;
- Überlegungen zur Regulierung des „originate-to-distribute“-Modells.



Bundesfinanzminister Steinbrück unterstützte den Bericht und warb dafür, mittelfristig über einen zusätzlichen Kapitalpuffer für extreme Marktsituationen nachzudenken. Der ECOFIN-Vorsitzende richtete anschließend ein Schreiben an den Vorsitzenden des ER, das die Diskussion im ECOFIN-Rat zusammenfasst.

c) Staatsfonds („Sovereign wealth funds“)

Der ECOFIN-Rat führte auf der Grundlage einer Mitteilung der EU-Kommission (KOM) vom 27. Februar 2008 einen Meinungsaustausch über die zunehmende Bedeutung von Staatsfonds. Auch zu den Staatsfonds richtete der ECOFIN-Vorsitzende anschließend ein Schreiben an den Vorsitzenden des ER, das die Diskussion im ECOFIN-Rat zusammenfasst. Das Schreiben stellt

fünf Grundsätze für die Politik gegenüber Staatsfonds heraus: Verpflichtung zu offenen Märkten für Investitionen; Unterstützung für die internationalen Arbeiten (IWF, OECD); Nutzung von Instrumenten durch die Mitgliedstaaten, falls erforderlich; Einhaltung von Verpflichtungen aus dem EG-Vertrag und internationalen Vereinbarungen; Verhältnismäßigkeit und Transparenz. Das Schreiben hält auch die Einigung der Minister darüber fest, dass ein freiwilliger Verhaltenskodex für Staatsfonds nützlich wäre.

Allgemeiner Haushalt der Europäischen Union

Prioritäten des Rates für den Haushalt 2009

Als Auftakt für das Verfahren zur Aufstellung des EU-Haushaltes für das Jahr 2009 legte der ECOFIN-Rat in einstimmig verabschiedeten Schlussfolgerungen seine Prioritäten für den Haushaltsplan 2009 fest. Der Rat richtet darin einen deutlichen Appell an die KOM zur Haushaltsdisziplin und Einhaltung des mehrjährigen Finanzrahmens.

Steuern

a) Bekämpfung des Steuerbetrugs

Der ECOFIN-Rat führte am 4. März 2008 eine Orientierungsdebatte zur Betrugsbekämpfung im Bereich der Mehrwertsteuern. Die KOM hatte hierzu am 22. Februar 2008 eine Mitteilung zu den sog. „weitergehenden Maßnahmen“ vorgelegt. Dazu zählt neben der Besteuerung innergemeinschaftlicher Lieferungen auch das Reverse-Charge-Verfahren. Kommissar Kovacs sprach sich dafür aus, konventionellen Maßnahmen der Betrugsbekämpfung den Vorrang gegenüber den weitergehenden Maßnahmen zu geben. Österreich warb dafür, ein Pilotprojekt zum Reverse-Charge-Verfahren durchführen zu dürfen. Bundesfinanzminister Steinbrück machte seine Unzufriedenheit mit der langwierigen Debatte deutlich, unterstützte Österreich und sprach sich erneut für das Reverse-Charge-Verfahren aus. Der ECOFIN-Rat konnte sich nicht auf

Schlussfolgerungen einigen. Der Vorsitzende kündigte eine erneute Befassung mit dem Thema noch im 1. Halbjahr 2008 an.

b) Besteuerung von Zinserträgen

Kommissar Kovacs unterrichtete den ECOFIN-Rat über die Verhandlungen der KOM mit Singapur, Hongkong und Macau über die räumliche Ausdehnung der Anwendung der Zins-Richtlinie. Diese Länder zeigten nur eine geringe Verhandlungsbereitschaft. Er berichtete über parallele Verhandlungen einiger Mitgliedstaaten, in Doppelbesteuerungsabkommen mit diesen drei Ländern Vereinbarungen zum Informationsaustausch vorzusehen, die hinter dem OECD-Standard zurückbleiben. Er bot an, die laufenden Arbeiten zur Überprüfung der Zins-Richtlinie zu beschleunigen und Vorschläge zur Erweiterung der Bestimmungen der Richtlinie vorzulegen. Bundesfinanzminister Steinbrück – unterstützt von zahlreichen Mitgliedstaaten – dankte der KOM für ihr Engagement und unterstützte sie mit Blick auf die räumliche Ausdehnung der Anwendung und beschleunigte Überprüfung des Inhalts der Richtlinie. Er betonte, dass die Bekämpfung von Steuerhinterziehung nicht nur ökonomisch bedeutsam, sondern auch zur Erhaltung der Steuermoral unerlässlich sei. Einige wenige Mitgliedstaaten äußerten sich skeptischer und betonten, Änderungen der Zins-Richtlinie sollten nur im Einklang mit entsprechenden Anpassungen der Abkommen der EU mit europäischen Drittländern erfolgen. Der ECOFIN-Vorsitzende hielt als Ergebnis fest, die KOM solle ihre Überprüfung der Anwendung der Zins-Richtlinie beschleunigen und dem ECOFIN-Rat im Mai 2008 zumindest mündlich Bericht erstatten sowie entsprechende Änderungen der Richtlinie zügig vorbereiten.

Ergänzende Informationen zur Ratstagung finden Sie auf der Internetseite des Ratssekretariats. Die Seite ist über folgenden Link erreichbar: http://www.consilium.europa.eu/cms3_applications/applications/newsRoom/loadBook.asp?BID=93&LANG=4&cmsid=350

Termine

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 4./5. April 2008 – Informeller ECOFIN in Ljubljana (Slowenien)
- 12./13. April 2008 – Gemeinsame Frühjahrstagung von IWF und Weltbank in Washington
- 17./18. April 2008 – 13. Nordisch-Baltische Finanzminister-Konferenz in Hamburg
- 13./14. Mai 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2009

- 6. bis 8. Mai 2008 – Steuerschätzung
- bis 13. Juni 2008 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 20. Juni 2008 – Zuleitung an Kabinett
- 25. Juni 2008 – Kabinettsbeschluss
- 26. Juni 2008 – Finanzplanungsrat
- 8. August 2008 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 16. bis 19. September 2008 – 1. Lesung Bundestag
- 19. September 2008 – 1. Beratung Bundesrat
- 24. September bis
- 12. November 2008 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 4./5. November 2008 – Steuerschätzung
- 13. November 2008 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 25. bis 28. November 2008 – 2./3. Lesung Bundestag
- 19. Dezember 2008 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2008 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
April 2008	März 2008	21. April 2008
Mai 2008	April 2008	22. Mai 2008
Juni 2008	Mai 2008	20. Juni 2008
Juli 2008	Juni 2008	21. Juli 2008
August 2008	Juli 2008	21. August 2008
September 2008	August 2008	19. September 2008
Oktober 2008	September 2008	23. Oktober 2008
November 2008	Oktober 2008	21. November 2008
Dezember 2008	November 2008	19. Dezember 2008

Publikationen des BMF

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Fachblick** – Datensammlung zur Steuerpolitik – Ausgabe 2007
- Fachblick** – Die Bundeszollverwaltung – Jahresstatistik 2007
- Klarsicht** – Der Zoll. Im Einsatz für Bürger, Wirtschaft und Umwelt – Ausgabe 2008
- Klarsicht** – Der Zoll – Produktpiraterie im Visier
- Postkartensatz Euro-Münzen (Stand 2008)**

Diese und weitere Broschüren sind erhältlich bei:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Bürgerangelegenheiten
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
buengerreferat@bmf.bund.de
www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90¹
per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,12 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>





Analysen und Berichte

Bundeshaushalt 2008 – Soll-Bericht	37
Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2007	61
Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland	65
Die Stiftung „Geld und Währung“ – eine erste Bilanz	71
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	77

Bundeshaushalt 2008 – Soll-Bericht

Ausgaben und Einnahmen für das Jahr 2008

1	Finanzpolitische Ausgangslage	37
2	Eckwerte des Bundeshaushaltes 2008	38
3	Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008	40
4	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	43
5	Entwicklung der Einnahmen	57

- Mit dem Bundeshaushalt 2008 folgt die Bundesregierung ihrer finanzpolitischen Strategie aus Konsolidierung und Wachstumsförderung.
- Erreichte Konsolidierungserfolge werden konsequent zur Rückführung der Neuverschuldung des Bundes genutzt.
- Mit geplanten 11,9 Mrd. € im Jahr 2008 liegt die Neuverschuldung auf dem niedrigsten Stand seit 1989. Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden soll im Jahr 2011 erreicht werden.

1 Finanzpolitische Ausgangslage

Der Bundeshaushalt 2008 folgt der in den Jahren 2006 und 2007 eingeschlagenen, erfolgreichen finanzpolitischen Strategie aus Konsolidierung und Wachstumsförderung. Diese Strategie hat sich mit anfänglich deutlichen wachstumsorientierten Prioritäten als richtig erwiesen, um die am Anfang dieser Legislaturperiode noch fragile Wachstumssituation zu stabilisieren. Es gilt nun, die errungenen Erfolge weiter auszubauen und auf dem Konsolidierungspfad weiter voranzuschreiten, um nicht nur die Regelgrenze des Artikels 115 Grundgesetz und das Maastricht-Defizitkriterium dauerhaft einzuhalten, sondern sowohl die Nettokreditaufnahme als auch das strukturelle Defizit des Bundeshaushalts stufenweise weiter zurückzuführen.

Bereits im Haushalt 2007 konnte – obwohl mit dem Nachtragshaushalt zusätzliche Ausgaben in Höhe von 2,55 Mrd. € (Kinderbetreuungsausbau, Kulturbereich) beschlossen wurden

und gleichzeitig das Privatisierungspotenzial in Höhe von 4,7 Mrd. € geschont wurde – die Netto-neuverschuldung gegenüber dem Jahr 2006 um 13,6 Mrd. € auf 14,3 Mrd. € reduziert werden. Im Jahr 2008 soll die Nettokreditaufnahme auf 11,9 Mrd. € zurückgeführt werden. In den Folgejahren sind in der Finanzplanung des Bundes weitere Abbauschritte vorgesehen, um im Jahr 2011 die Neuverschuldung auf null zu senken.

Die robuste und anhaltende wirtschaftliche Erholung führt auch zu einem kräftigen Anstieg der Steuereinnahmen. Nachdem sich der wirtschaftliche Aufwärtstrend zunächst vor allem in Form von steigenden Unternehmensgewinnen und daraus resultierenden steigenden Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern ausgewirkt hat, führen nunmehr auch steigende Beschäftigungszahlen zu höheren Lohnsteuereinnahmen und über höhere Kaufkraft auch zu höheren Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz.

2 Eckwerte des Bundeshaushaltes 2008

Das Haushaltsgesetz 2008 wurde am 30. November 2007 vom Deutschen Bundestag beschlossen und am 31. Dezember 2007 im Bundesgesetzblatt (BGBl. I, S. 3227) verkündet.

Ausgaben: Im Bundeshaushalt 2008 wurden Ausgaben in Höhe von 283,2 Mrd. € veranschlagt. Gegenüber den Ist-Ausgaben des Vorjahres von 270,4 Mrd. € steigen diese um 12,8 Mrd. € oder 4,7%. Wesentliche Einzelpositionen für die Veränderung der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahr sind in der Tabelle 2 (siehe S. 39) aufgeführt.

Die investiven Ausgaben liegen mit 24,7 Mrd. € im Soll 2008 um 1,6 Mrd. € bzw. 5,9 % unter den entsprechenden Ist-Ausgaben des Jahres 2007 in Höhe von 26,2 Mrd. €. Hierbei ist zu beachten, dass es im Jahr 2007 aufgrund des Nachtragshaushalts 2007 zu einem deutlichen Anstieg des Investitionsvolumens durch die Zuführung an das Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“ und zusätzliche Ausgaben für den Kulturbereich um zusammen 2,55 Mrd. € kam.

Einnahmen: Die Einnahmen des Bundes (ohne Nettokreditaufnahme) werden für das Jahr 2008 auf 271,1 Mrd. € veranschlagt. Gegenüber 255,7 Mrd. € im Jahr 2007 bedeutet dies eine Steigerung um 15,3 Mrd. € bzw. 6,0%. Ursache ist

der Anstieg der Steuereinnahmen von 230,0 Mrd. € im Jahr 2007 auf geschätzte 238,0 Mrd. € in 2008. Dies entspricht einer Zunahme um 7,9 Mrd. € bzw. 3,4%. Insbesondere wird die Entwicklung der Einnahmen der Bundesanteile aus der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer positiv eingeschätzt. Weiterhin steigen die Verwaltungseinnahmen im Jahr 2008 um 7,4 Mrd. € auf 33,1 Mrd. €, was gegenüber dem Ist-Ergebnis für 2007 einer Steigerung von 28,9 % gleichkommt (vgl. Tabelle 11, S. 59). Dies liegt vor allem an der geplanten Steigerung der Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen des Bundes sowie an dem ab 2008 neu von der Bundesagentur für Arbeit an den Bund zu leistenden Eingliederungsbeitrag. Der Aussteuerungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit wurde zum Ende des Jahres 2007 abgeschafft.

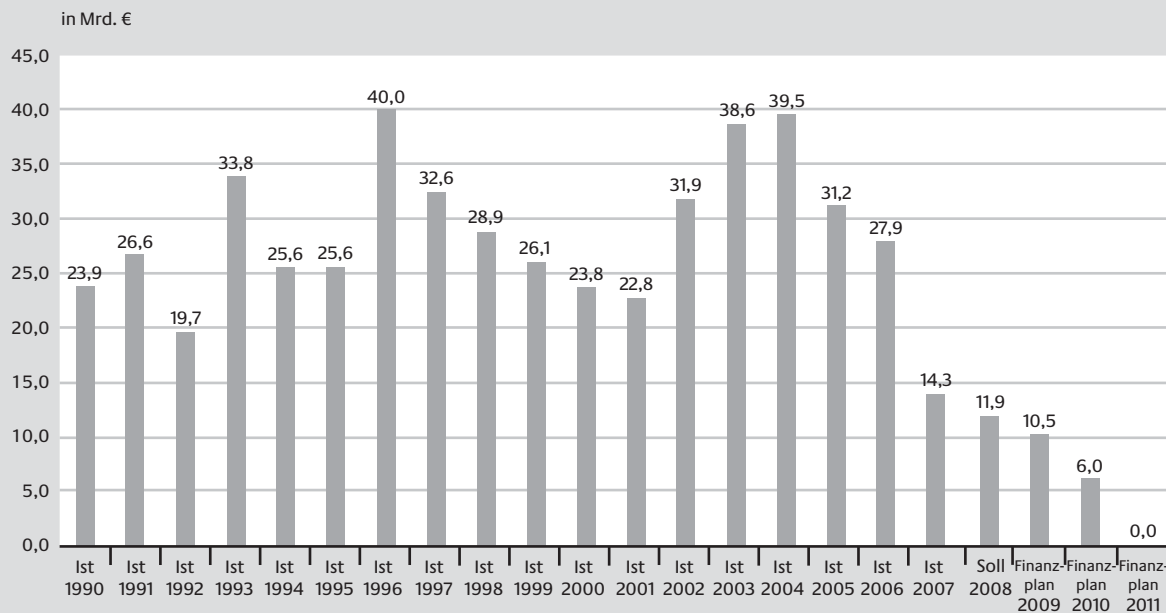
Finanzierungsdefizit: Insbesondere infolge der steigenden Steuereinnahmen wird mit –12,1 Mrd. € ein gegenüber dem Ist-Ergebnis 2007 von –14,7 Mrd. € deutlich niedriger Finanzierungssaldo erwartet. Da die Münzeinnahmen wie im vorigen Jahr nur einen geringfügigen Finanzierungsbeitrag leisten, schlägt der Defizitabbau voll auf die Nettokreditaufnahme durch: Sie sinkt deutlich von 14,3 Mrd. € auf 11,9 Mrd. € und erreicht damit den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung (s. Abb. 1, S. 39).

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2008	Ist-Ergebnis 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹		in %	
Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:				
1. Ausgaben	283,2	270,4	+ 12,8	+ 4,7
2. Einnahmen	271,1	255,7	+ 15,3	+ 6,0
– Steuereinnahmen	238,0	230,0	+ 7,9	+ 3,4
– Verwaltungseinnahmen	33,1	25,7	+ 7,4	+ 28,9
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	– 12,1	– 14,7	+ 2,5	– 17,3
Die Deckung des Finanzierungssaldos:				
Nettokreditaufnahme	11,9	14,3	– 2,4	– 17,0
Münzeinnahmen	0,2	0,4	– 0,1	– 29,7
nachrichtlich: Investitionen (inkl. Darlehen)	24,7	26,2	– 1,6	– 5,9

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Abbildung 1: Entwicklung der Nettokreditaufnahme
in den Jahren 1990 bis 2011



Erläuterungen zu wesentlichen Ausgabeänderungen gegenüber dem Vorjahr

In Tabelle 2 werden wesentliche Veränderungen
der geplanten Ausgabenentwicklung zwischen

dem Haushaltssoll 2008 und dem Ist-Ergebnis
für das Jahr 2007 dargestellt:

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im
Vergleich zum Vorjahreszeitraum

Aufgabenbereich	Soll 2008	Ist-Ergebnis 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹		in %	
Mehrausgaben ggü. Vorjahr				
Postbeamtenversorgungskasse	6,1	0,3	+ 5,8	X
Zinsen	41,8	38,7	+ 3,1	+ 8,0
Elterngeld	4,0	1,7	+ 2,3	X
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	7,6	6,5	+ 1,1	+ 17,2
Verteidigung (Oberfunktion 03)	29,3	28,5	+ 0,8	+ 2,7
Wissenschaft und Forschung außerhalb der Hochschulen	7,8	7,1	+ 0,7	+ 9,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	5,0	4,4	+ 0,6	+ 14,0
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04)	3,4	3,0	+ 0,5	+ 15,5
Minderausgaben ggü. Vorjahr				
Zuweisungen an das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“	–	2,2	– 2,2	X
Erziehungsgeld	0,5	2,0	– 1,5	– 76,3
Grundsicherung für Arbeitsuchende	34,9	35,7	– 0,8	– 2,2
Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen nach Art. 104a GG	0,5	0,9	– 0,4	– 44,7
Regionale Fördermaßnahmen	0,7	1,0	– 0,3	– 30,5
Nachrichtlich Einnahmeänderungen:				
Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	12,5	6,7	+ 5,8	+ 87,3

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

3 Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008

Steuerpolitik

Mit dem **Unternehmensteuerreformgesetz 2008** vom 14. August 2007 (BGBl. I, S. 1912), welches zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist, wird die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland deutlich erhöht. Insbesondere werden nationalen wie internationalen Investoren attraktive steuerliche Rahmenbedingungen geboten, das Steueraufkommen langfristig gesichert und der weitere Verlust an Steuersubstrat verhindert. Für das Jahr 2008 werden Steuermindereinnahmen in Höhe von 6,6 Mrd. € erwartet. Auf mittlere Sicht soll eine jährliche steuerliche Entlastung von 5 Mrd. € nicht überschritten werden.

Die Kernelemente der Reform sind:

- die **Senkung des Körperschaftsteuersatzes** von derzeit 25 % auf 15 % sowie die gleichzeitige Senkung der Messzahl für die Berechnung der Gewerbesteuer auf 3,5 %, so dass einschließlich Solidaritätszuschlag eine nominale steuerliche Gesamtbelastung von 29,83 % (bei einem durchschnittlichen Hebsatz von 400 %), also eine Senkung um fast neun Prozentpunkte erreicht wird;
- eine **Tarifvergünstigung für thesaurierte Gewinne** von Personenunternehmen, die Belastungsgleichheit mit Kapitalgesellschaften herstellt;
- als besondere Mittelstandskomponente die Umgestaltung der bisherigen Ansparabschreibung nach § 7g EStG in einen verbesserten und einfacher zu handhabenden Investitionsabzugsbetrag für kleine und mittlere Unternehmen;
- die Erhöhung des Faktors zur **Anrechnung der Gewerbesteuer** auf die Einkommensteuer von 1,8 auf 3,8 – damit werden die meisten Personenunternehmen im wirtschaftlichen Ergebnis vollständig von der Gewerbesteuer entlastet;
- die Einführung einer **„modifizierten Zinsschranke“** bei einer Freigrenze in Höhe von 1 Mio. € mit dem Ziel, einen im Verhältnis zu

den geltend gemachten Finanzierungsaufwendungen angemessenen Gewinn zu versteuern sowie

- die Hinzurechnung in Höhe von 25 % aller Zinsen und nur der Finanzierungsanteile von Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzen bei der Ermittlung des Gewerbeertrags bei Gewährung eines Freibetrags in Höhe von 100 000 € (Verstetigung der Finanzbasis der Kommunen).

Im Rahmen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008 wurde auch eine **Abgeltungsteuer** auf private Kapitaleinkünfte und Veräußerungsgewinne beschlossen. Dieser Reformschritt wird zwar erst zum 1. Januar 2009 umgesetzt, doch ist er eng mit der Reform der Unternehmensbesteuerung verbunden. Zukünftig werden alle im Privatvermögen zufließenden Kapitaleinkünfte einheitlich mit einer 25-prozentigen, durch die Kreditinstitute einbehaltenden Abgeltungsteuer belegt. Eine Veranlagungsoption bleibt bestehen. Somit erfahren Steuerpflichtige mit Zinseinkünften und einem unter 25 % liegenden individuellen Steuersatz keine Mehrbelastung.

Mit dem **Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements** vom 10. Oktober 2007 (BGBl. I, S. 2332) wurden die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Vereinbarungen insbesondere zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement durch eine Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts umgesetzt („Hilfen für Helfer“). Bürgerschaftliches Engagement wird rückwirkend ab Januar 2007 mit einem Volumen von rund 490 Mio. € jährlich stärker steuerlich gefördert als vorher. Das Gesetz beinhaltet folgende Maßnahmen:

- bessere Abstimmung und Vereinheitlichung der förderungswürdigen Zwecke im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht;
- Vereinheitlichung und Anhebung der Höchstgrenzen für den Spendenabzug von bisher 5 % bzw. 10 % des Gesamtbetrags der Einkünfte auf einheitlich 20 % und Verdoppelung der Alternativgrenze für Spenden aus Unternehmen von zwei auf vier Promille der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter;

- Abschaffung des zeitlich begrenzten Vor- und Rücktrags von Großspenden und des zusätzlichen Höchstbetrags für Spenden an Stiftungen zugunsten eines zeitlich unbegrenzten Zuwendungsvortrags;
- Anhebung des Höchstbetrags für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital (Vermögensstockspenden) von 307 000 € auf 1 Mio. € ohne Beschränkung auf das Gründungsjahr;
- Senkung des Haftungssatzes bei unrichtigen Zuwendungsbestätigungen und fehlverwendeten Zuwendungen von 40 % auf 30 %;
- Anhebung der Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Betätigungen gemeinnütziger Körperschaften, der Zweckbetriebsgrenze für sportliche Veranstaltungen und der Umsatzgrenze für die Pauschalierung der Vorsteuer von jeweils 30 678 € auf 35 000 €;
- Anhebung des sog. Übungsleiterfreibetrags von 1 848 € auf 2 100 € im Jahr;
- Einführung eines Steuerfreibetrags (sog. Aufwandspauschale) für alle nebenberuflich Tätigen im Dienst oder Auftrag einer Körperschaft des öffentlichen Rechts oder gemeinnützigen Einrichtung zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke in Höhe von 500 € im Kalenderjahr;
- Rücksichtnahme auf besondere Verhältnisse im kulturellen Bereich durch verbesserten Sonderausgabenabzug für Mitgliedsbeiträge an Vereine zur Förderung kultureller Einrichtungen;
- Bürokratieabbau durch Rechts- und Verwaltungsvereinfachung.

Mit dem „**Zweiten Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft**“ vom 7. September 2007 (BGBl. I, S. 2246) wurden die Gewinn Grenzen für die Buchführungspflicht für kleine und mittlere Unternehmen von 30 000 € auf 50 000 € angehoben.

Im Rahmen des **Jahressteuergesetzes 2008 vom 20. Dezember 2007** (BGBl. I, S. 3150) wurde eine Vielzahl von Regelungen beschlossen, die insbesondere den Bürokratieabbau und die Steuerrechtsvereinfachung, die Umsetzung europarechtlicher Vorgaben sowie fachliche Einzelmaßnahmen zum Gegenstand haben.

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung: Nachdem die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bereits zum 1. Januar 2007 von 6,5 % auf 4,2 % deutlich gesenkt wurden (Haushaltsbegleitgesetz 2006), werden beitragspflichtige Arbeitnehmer und Arbeitgeber seit dem 1. Januar 2008 nochmals durch eine Beitragssatzsenkung um 0,9 Prozentpunkte auf dann 3,3 % nachhaltig entlastet (bei gleichzeitiger Erhöhung des Pflegebeitrages um 0,25 Prozentpunkte zum 1. Juli 2008). Möglich wurde diese weitere Beitragssatzsenkung durch die mit der erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt einhergehende positive Entwicklung des Haushaltes der Bundesagentur für Arbeit (BA).



Aussteuerungsbetrag / Eingliederungsbeitrag: Der Aussteuerungsbetrag nach § 46 Abs. 4 SGB (Sozialgesetzbuch) II wurde zum Ende des Jahres 2007 abgeschafft. Stattdessen leistet die BA ab dem Jahr 2008 einen neuen Eingliederungsbeitrag an den Bund.

Der Eingliederungsbeitrag hat ein Volumen von 50 % der jeweiligen Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Dies sind 5 Mrd. € in 2008. So wird ein Anreiz für die BA gesetzt, durch frühzeitige Eingliederungsmaßnahmen Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und damit ihren Eingliederungsbeitrag zu vermindern. Zudem bleibt auch weiterhin eine Ausgleichskomponente erhalten, weil die BA durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe von bis dahin erbrachten Eingliederungs- und Verwaltungsleistungen für Langzeitarbeitslose entlastet worden ist.

Verlängerung der Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld für Ältere (7. Gesetz zur Änderung des SGB III): Die Reformen am Arbeitsmarkt und die gute konjunkturelle Entwicklung haben dazu beigetragen, dass die Erwerbstätigenquote der älteren Arbeitnehmer deutlich gestiegen ist. Gleichwohl gestaltet sich die berufliche Wiedereingliederung für viele ältere Arbeitnehmer nach wie vor schwierig. Deshalb soll die soziale Sicherung der älteren Arbeitnehmer und ihre Integration in den Arbeitsmarkt verbessert werden. Als zusätzliches Förderinstrument wird ein Eingliederungsgutschein eingeführt. Dieser unterstützt die betroffenen älteren Arbeitnehmer bei ihrer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. In den Eingliederungsvereinbarungen, die die Agenturen für Arbeit mit den betroffenen älteren Arbeitnehmern treffen, werden gleichzeitig notwendige Eigenbemühungen festgehalten. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld I für ältere Arbeitslose hat sich wie folgt verlängert: 15 Monate ab 50 Jahren (30 Monate Vorversicherungszeiten (VVZ) innerhalb der letzten fünf Jahre), 18 Monate ab 55 Jahren (36 Monate VVZ innerhalb der letzten fünf Jahre) und 24 Monate ab 58 Jahren (48 Monate VVZ innerhalb der letzten fünf Jahre). Der Bundestag hat das Gesetz am 25. Januar 2008 mit Inkrafttreten rückwirkend zum 1. Januar 2008 beschlossen.

Für **Regionen mit besonders verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit** ist das Programm „Kommunal-Kombi“ seit dem 1. Januar 2008 in Kraft: Bis 31. Dezember 2009 sollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsmöglichkeiten in Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit geschaffen werden. Förderfähig sind insgesamt 79 Regionen mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von mindestens 15 %. Das Programm richtet sich an Menschen, die seit mindestens einem Jahr Arbeitslosengeld II beziehen und seit zwei oder mehr Jahren arbeitslos sind.

Weitere wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2008

Mit dem **22. Gesetz zur Änderung des BAföG** vom 23. Dezember 2007 (BGBl. I, S. 3254) erhöhen Bund und Länder ihre Leistungen insgesamt um 450 Mio. € pro Jahr; davon entfallen 300 Mio. € auf den Bund. Durch die Kombination von Maß-

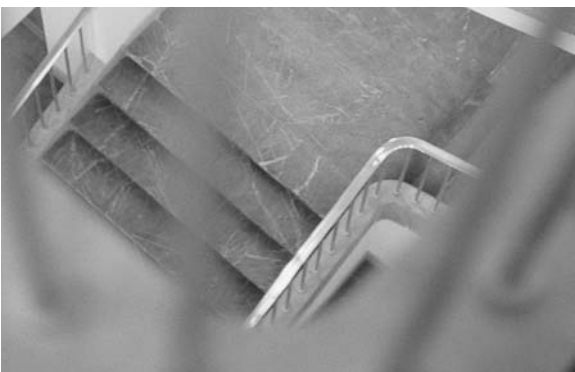
nahmen werden rund 100 000 Studenten (einschl. Fach- und Berufsschüler) zusätzlich in der Förderung erreicht. Das bedeutet für viele eine erhöhte Attraktivität zur Aufnahme eines Studiums und trägt somit erheblich zum Ziel einer breiteren Beteiligung an Hochschulbildung bei. Im Ergebnis steigen die BAföG-Bedarfssätze um 10 %. Die Freibeträge werden um 8 % Prozent angehoben. Außerdem wurde die Hinzuverdienstgrenze für alle Auszubildenden auf die Höhe der auch für sog. „Minijobs“ geltenden Grenze von 400 € monatlich ausgedehnt. Diese Änderungen treten zum 1. Oktober 2008 in Kraft. Sofort nach Inkrafttreten der BAföG-Novelle wirksam ist der für Auszubildende mit Kindern als Vollzuschuss gezahlte Kinderbetreuungszuschlag zu ihrem Bedarfssatz in Höhe von 113 € monatlich für das erste und 85 € für jedes weitere Kind.

4 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

Soziale Sicherung

In Tabelle 4 (siehe S. 47) sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung dargestellt. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Für soziale Sicherung sind im Bundeshaushalt 2008 140,3 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 49,5 % an den Gesamtausgaben.

Leistungen an die Rentenversicherung: Die Mittel für die Rentenversicherung werden weitgehend durch Beiträge und Bundeszuschüsse aufgebracht. Für Leistungen des Bundes an die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) sind im Jahr 2008 78,2 Mrd. € vorgesehen. Der Anteil an den Ausgaben des Bundes liegt bei 27,6 % und stellt damit den größten Ausgabenposten des Bundes dar. Die Beitragsbemessungsgrenzen liegt seit dem 1. Januar 2008 bei 5 300 € monatlich in den alten Ländern und bei 4 500 € monatlich in den neuen Ländern. Der Beitragssatz beträgt seit dem 1. Januar 2008 unverändert 19,9 %. Die Entwicklung der Ausgaben des Bundes für die GRV ergibt sich aus der gesetzlichen Dynamik und wird damit maßgeblich durch die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte beeinflusst – insbesondere durch die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer und das Mehrwertsteueraufkommen. Die Zusammensetzung der Bundesleistungen ist Tabelle 4 (s. Seite 47) zu entnehmen.



Nachhaltige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung: Mit dem „Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz“ wurde zum 1. Juli 2005 ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Rentenanpassungsformel eingeführt, der die Veränderung des Verhältnisses von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern berücksichtigt. Zugleich soll die gesetzliche Rente bezahlbar bleiben und eine stärkere Belastung des Faktors Arbeit durch die Sozialversicherungsbeiträge vermieden werden. Ziel ist es, den Beitragssatz bis zum Jahr 2020 nicht über 20 % beziehungsweise 2030 nicht über 22 % steigen zu lassen. Trotz der absehbaren demografischen Entwicklung soll eine Untergrenze des Sicherungsniveaus vor Steuern von mindestens 46 % bis zum Jahr 2020 und mindestens 43 % bis zum Jahr 2030 nicht unterschritten werden (Niveausicherungsklausel). Zugleich wurde festgelegt, dass es allein wegen der Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors nicht zu einer negativen Rentenanpassung kommen kann (Sicherungsklausel).

Ergänzend dazu wurde im RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters ab dem Jahre 2012 von 65 auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 und die Nachholung nicht realisierter Dämpfungen von Rentenanpassungen durch Halbierung der Rentenerhöhungen (modifizierte Schutzklausel) vorgesehen. Dies stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit unseres Rentenversicherungssystems auch in Zukunft erhalten bleibt.

Knappschaftliche Rentenversicherung: Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit. Der Beitragssatz zur knappschaftlichen Rentenversicherung liegt bei 26,4 %.

Der Bund erstattet der Deutschen Rentenversicherung die Aufwendungen, die ihr auf Grund der **Überführung der in den Zusatzversorgungssystemen der ehemaligen DDR** erworbenen Ansprüche in die Gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Die neuen Länder erstatten dem Bund für den Bereich der Zusatzversorgung im Jahr 2008 64 % seiner Aufwendungen. Dieser Prozentsatz verringert sich auf 62 % im Jahr 2009 und 60 % ab dem Jahr 2010.

Tabelle 3: Gesamtübersicht über die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen (Funktionenübersicht)

	Soll 2008		Ist 2007	
	in Mrd. €	Anteil an den Gesamtausgaben in %	in Mrd. €	Anteil an den Gesamtausgaben in %
0 Allgemeine Dienste	50,0	17,7	49,4	18,2
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	6,0	2,1	7,9	2,9
02 Auswärtige Angelegenheiten	7,5	2,6	6,5	2,4
03 Verteidigung	29,3	10,3	28,5	10,5
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3,4	1,2	3,0	1,1
05 Rechtsschutz	0,4	0,1	0,3	0,1
06 Finanzverwaltung	3,5	1,2	3,1	1,1
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	13,8	4,9	12,8	4,7
13 Hochschulen	2,5	0,9	2,1	0,8
14 Förderung von Schülern, Studenten	1,7	0,6	1,5	0,6
15 Sonstiges Bildungswesen	0,5	0,2	0,5	0,2
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7,8	2,8	7,1	2,6
19 Übrige Bereiche aus 1	1,2	0,4	1,6	0,6
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgenaufgaben, Wiedergutmachung	140,3	49,5	139,8	51,6
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	94,3	33,3	91,5	33,8
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6,1	2,2	5,1	1,9
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3,2	1,1	3,3	1,2
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	35,3	12,5	36,3	13,4
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0,1	0,05	0,1	0,1
29 Übrige Bereiche aus 2	1,2	0,4	3,3	1,2
3 Gesundheit und Sport	1,0	0,4	0,9	0,3
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	0,4	0,1	0,3	0,1
319 Übrige Bereiche aus 31	0,4	0,1	0,3	0,1
32 Sport	0,1	0,04	0,1	0,0
33 Umwelt- und Naturschutz	0,2	0,1	0,2	0,1
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	0,3	0,1	0,2	0,1
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1,8	0,6	1,7	0,6
41 Wohnungswesen	1,2	0,4	1,2	0,5
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0,001	0,0004	0,001	0,0002
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	0,003	0,001	0,01	0,01
44 Städtebauförderung	0,5	0,2	0,5	0,2
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1,0	0,4	0,9	0,3
52 Verbesserung der Agrarstruktur	0,7	0,2	0,6	0,2
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0,1	0,04	0,1	0,0
539 Übrige Bereiche aus 53	0,1	0,04	0,1	0,04
599 Übrige Bereiche aus 5	0,3	0,1	0,2	0,1
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4,9	1,7	4,7	1,7
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	0,5	0,2	0,4	0,1
621 Kernenergie	0,2	0,1	0,2	0,1
622 Erneuerbare Energieformen	0,0	0,01	0,0005	0,0002
629 Übrige Bereiche aus 62	0,2	0,1	0,2	0,1
63 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2,2	0,8	2,0	0,7
64 Handel	0,1	0,04	0,1	0,03
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7	0,3	1,0	0,4
699 Übrige Bereiche aus 6	1,5	0,5	1,2	0,4
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11,1	3,9	10,8	4,0
72 Straßen	7,3	2,6	7,2	2,7
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1,6	0,6	1,5	0,6
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	0,3	0,1	0,3	0,1
75 Luftfahrt	0,2	0,1	0,2	0,1
799 Übrige Bereiche aus 7	1,7	0,6	1,6	0,6

noch Tabelle 3: Gesamtüberblick über die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen (Funktionenübersicht)

	Soll 2008		Ist 2007	
	in Mrd. €	Anteil an den Gesamtausgaben in %	in Mrd. €	Anteil an den Gesamtausgaben in %
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15,3	5,4	9,9	3,7
81-85 Wirtschaftsunternehmen	10,2	3,6	4,6	1,7
832 Eisenbahnen	3,7	1,3	4,0	1,5
869 Übrige Bereiche aus 81 bis 85	6,5	2,3	0,7	0,2
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5,1	1,8	5,3	1,9
873 Sondervermögen	5,1	1,8	5,3	1,9
879 Übrige Bereiche aus 87	0,0	0,01	0,01	0,003
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	43,9	15,5	39,9	14,7
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0,6	0,2	0,1	0,0
92 Schulden	41,9	14,8	38,7	14,3
999 Übrige Bereiche aus 9	1,4	0,5	1,1	0,4
Summe aller Hauptfunktionen¹	283,2	100,0	270,4	100,0

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

Die geschlossenen **Sonderversorgungssysteme** umfassen die Angehörigen der ehemaligen Nationalen Volksarmee, der Deutschen Volkspolizei, der Zollverwaltung der DDR sowie des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit. Die neuen Länder erstatten hier die Aufwendungen für die ehemalige Deutsche Volkspolizei in voller Höhe.

Pauschale Abgeltung an die Krankenkassen: Seit dem Jahr 2004 zahlt der Bund eine pauschale Abgeltung für die Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde bzw. gesamtgesellschaftliche Leistungen. Mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (Gesundheitsreform 2007) wurde für das Jahr 2008 ein Bundeszuschuss in Höhe von 2,5 Mrd. € vorgesehen, der in den Folgejahren um je 1,5 Mrd. € bis zu einer jährlichen Gesamtsumme von 14 Mrd. € im Jahr 2016 ansteigen soll.

Die **landwirtschaftliche Sozialpolitik** dient dazu, den anhaltenden Agrarstrukturwandel sozial zu flankieren und die sozial-ökonomische Lage der Landwirte und ihrer Familien zu verbessern. Agrarsozialpolitik ist zugleich zielorientierte, gestaltende Politik zugunsten der aktiven Landwirte und Altenteiler und damit Teil der Politik für den ländlichen Raum.

Alterssicherung der Landwirte: Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeck-

ten Aufwendungen werden im Rahmen der Defizitdeckung durch Bundeszuschüsse finanziert. Damit wirken sich die finanziellen Folgen des Strukturwandels in der Landwirtschaft nicht auf die Beitragshöhe aus, sondern werden allein vom Bund getragen. Der Zuschuss zur **Krankenversicherung der Landwirte** ist dazu bestimmt, die Leistungsaufwendungen für Empfänger von Renten aus der Alterssicherung der Landwirte und sonstiger Altenteiler zu decken, soweit sie nicht durch Beiträge der Altenteiler aufgebracht werden. Ausgehend von einem Solidarzuschlag von 87 Mio. € im Jahr 2007 werden sich die aktiven Mitglieder der landwirtschaftlichen Krankenversicherung in den nächsten Jahren mit einem etwa gleich bleibenden Anteil ihres Beitragsaufkommens an den Kosten der Krankenversicherung der Rentner und Altenteiler beteiligen (Solidarzuschlag). Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der **landwirtschaftlichen Unfallversicherung** dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe.

Arbeitsmarktförderung: Ab dem Jahr 2007 wurden die Finanzbeziehungen zwischen Bundesagentur für Arbeit und Bund neu geregelt. Der Defizit-Zuschuss ist entfallen, ggf. erhält die BA zukünftig Darlehen des Bundes. In der

Finanzplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass die BA keine Darlehen benötigen wird. Mit dem Aufkommen aus einem Mehrwertsteuerepunkt trägt der Bund zur Finanzierung der Beitragssatzsenkung 2007 bei. Für diesen regelgebundenen Transfer an die BA sind in den Jahren 2008 7,6 Mrd. € und 2009 7,8 Mrd. € vorgesehen. Ab 2010 verändert sich dieser Betrag jährlich entsprechend der Veränderungsrate der Steuern vom Umsatz.

Die Ausgaben für die **Grundsicherung für Arbeitsuchende** stellen eine anhaltende Belastung für den Bundeshaushalt dar. Hierfür sind im Haushalt 2008 insgesamt 34,9 Mrd. € vorgesehen, davon 20,9 Mrd. € für das Arbeitslosengeld II. Dies sind beim Arbeitslosengeld II 1,8 Mrd. € weniger als die Ist-Ausgaben 2007. Der Rückgang wird ermöglicht durch die weiter steigende Leistungsfähigkeit bei der Umsetzung des SGB II sowie zusätzliche Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere dem Kommunal-Kombi und der Job-Perspektive. Unterstützend wirkt die gute Konjunktur.

Elterngeld / Neuregelung der Familienförderung: Eltern erhalten für ihre ab dem 1. Januar 2007 geborenen Kinder Elterngeld. Dieses ersetzt das bisherige Erziehungsgeld. Die Bezugszeit beträgt bis zu zwölf Monate plus zwei Partnermonate. Gezahlt wird während der Bezugszeit 67 % des letzten Nettoeinkommens. Der Höchstbetrag liegt bei 1 800 € monatlich; die Mindestleistung beträgt 300 €. Höhere Prozentsätze gibt es für Geringverdiener unter 1 000 € monatlich. Das Elterngeld kann nicht nur von bisher in einem Arbeitsverhältnis tätigen Eltern teils in Anspruch genommen werden, sondern auch dann, wenn die Eltern selbstständig tätig oder arbeitslos sind. Eltern von Kindern, die vor dem 1. Januar 2007 geboren wurden, haben weiterhin ggf. Anspruch auf Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz. Im Jahr 2008 kommt es zu einer einmaligen Überschneidung von bisherigem Erziehungsgeld und Elterngeld in Höhe von ca. 1 Mrd. €.

Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern: Der Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG wird an Eltern gezahlt, die mit ihren Einkünften zwar ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie wären ohne Kinderzuschlag auf Arbeitslosengeld II angewiesen.

Mit Kinderzuschlag kann die Familie von den eigenen Einkünften leben. Der Kinderzuschlag beträgt bis zu 140 € pro Monat (je Kind).

Kinderbetreuungsausbau: Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren soll bis zum Jahr 2013 erheblich ausgebaut werden. Es sollen 750 000 Plätze und damit für 35 % der Kinder Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden. Der Bund beteiligt sich hierbei sowohl an den Investitionskosten als auch an den Betriebskosten. Die Investitionskosten fördert der Bund von 2008 bis 2013 in Höhe von 2,15 Mrd. € durch das Sondervermögen des Bundes „Kinderbetreuungs-ausbau“ (die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen wurden mit dem Nachtragshaushalt 2007 geschaffen). Die Betriebskosten werden ab dem Jahr 2009 in aufsteigenden Raten durch einen Umsatzsteuerfestbetrag mit insgesamt 1,85 Mrd. € gefördert. Ab dem Jahr 2014 erhalten die Länder einen zusätzlichen Umsatzsteuerfreibetrag in Höhe von 770 Mio. € jährlich. Es ist beabsichtigt die gesetzlichen Regelungen bis zum Ende des Jahres 2008 zu schaffen.

Wohngeld: Zur Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens in einem grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Wohnungswesen wird die Sozialleistung „Wohngeld“ nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) gewährt. Das Wohngeld tragen Bund und Länder je zur Hälfte. Seit Einführung einer Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in 2003 übernimmt der Bund zusätzlich einen Festbetrag vom Länderanteil in Höhe von jährlich 409 Mio. €. Seit der Einführung von „Hartz IV“ im Jahr 2005 erhalten Wohngeld nur noch Haushalte, die nicht Empfänger von Transferleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter u. a.) sind. An der Höhe des Wohngeldes änderte sich nichts.

Wohnungsbau-Prämiengesetz: Der Bund fördert insbesondere Beiträge an Bausparkassen im Rahmen jährlicher Höchstbeträge von 512/1 024 € (für Alleinstehende/Verheiratete) mit einer Prämie, wenn das Einkommen des Bausparers jährlich 25 600/51 200 € (Alleinstehende/Verheiratete) nicht übersteigt. Die Höhe der Wohnungsbauprämie beträgt für laufende und neue Verträge seit dem Sparjahr 2004 8,8 % der prämiengünstigten Aufwendungen.

Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge umfasst die staatlichen Leistungen (Heil- und Krankenbehandlung, Versorgungsbezüge), die nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) an Personen, die durch Krieg, Militärdienst oder militärähnlichen Dienst gesundheitlich geschädigt worden sind, oder an deren Hinterbliebene erbracht werden. Darüber hinaus stellt

der Bund in entsprechender Anwendung des BVG Mittel für die soziale Entschädigung von Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, Opfer von Gewalttaten und SED-Unrecht sowie Wehr- und Zivildienstgeschädigte zur Verfügung. Am 31. Dezember 2007 belief sich die Anzahl der Leistungsempfänger auf 387 336.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2008	Ist-Ergebnis 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			in Mrd. € ¹	in %
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	78,2	78,1	+ 0,1	+ 0,1
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter und Angestellten	38,2	38,2	+ 0,1	+ 0,2
– zusätzlicher Zuschuss an die RV	18,2	17,9	+ 0,3	+ 1,8
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,5	11,5	– 0,1	– 0,6
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,4	0,5	– 0,04	– 7,5
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche/hüttenknappschaftliche RV	6,2	6,3	– 0,1	– 1,5
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die RV	2,6	2,6	– 0,1	– 2,6
nachrichtlich:				
– Überführung der Sonderversorgungssysteme in die RV	1,6	1,6	– 0,02	– 1,4
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	2,5	–	–
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	3,7	– 0,005	– 0,1
darunter:				
– Alterssicherung	2,4	2,3	+ 0,1	+ 2,6
– Krankenversicherung	1,2	1,1	+ 0,04	+ 3,7
– Unfallversicherung	0,1	0,2	– 0,1	– 50,0
Arbeitsmarktpolitik	42,9	42,8	+ 0,1	+ 0,3
darunter:				
– Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung (Transferzahlung aus Mehrwertsteuererhöhung 2007)	7,6	6,5	+ 1,1	+ 17,2
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,4	0,7	– 0,3	– 36,6
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	34,9	35,7	– 0,8	– 2,2
darunter:				
– Arbeitslosengeld II	20,9	22,7	– 1,8	– 7,8
– Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung	3,9	4,3	– 0,4	– 10,0
– Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende	3,6	3,7	– 0,1	– 2,1
– Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	6,4	4,8	+ 1,6	+ 32,4
Elterngeld	4,0	1,7	+ 2,3	x
Erziehungsgeld	0,5	2,0	– 1,5	– 76,3
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,2	0,1	+ 0,04	+ 37,9
Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“	–	2,15	– 2,2	x
Wohngeld	1,0	0,9	+ 0,1	+ 14,1
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,4	0,5	– 0,01	– 2,5
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2,3	2,5	– 0,2	– 7,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Allgemeine Dienste

Tabelle 5 (siehe S. 49) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für sogenannte „Allgemeine Dienste“. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste sind im Bundeshaushalt 2008 mit 50,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 17,7 % an den Gesamtausgaben.

Verteidigung (einschließlich zivile Verteidigung): In Deutschland ist die Bedrohung des Kalten Krieges überwunden, gleichwohl wächst aber die Wahrscheinlichkeit internationaler Krisen und Konflikte. Vor diesem Hintergrund wurden die Aufgaben der Bundeswehr neu gewichtet und Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus – als die wesentlichen Beiträge der Bundeswehr zu einer umfassend angelegten deutschen Sicherheitspolitik definiert. Mit den im Haushalt und in der Finanzplanung vorgesehenen Mitteln wird die Bundeswehr in die Lage versetzt, den Transformationsprozess zu einer Armee im Einsatz umzusetzen und die vom Deutschen Bundestag beschlossenen internationalen Einsätze durchzuführen. Die Finanzausstattung des Verteidigungshaushaltes ermöglicht ebenfalls die Erfüllung der eingegangenen internationalen Vereinbarungen zum Aufbau gemeinsamer Fähigkeiten im europäischen Raum wie im transatlantischen Bündnis. Sie schafft zudem einen soliden Rahmen zur Finanzierung neuer Waffensysteme und anderer wichtiger Maßnahmen. Grundlage für die Weiterentwicklung der Bundeswehr ist dabei ein Personalumfang von 250 000 Soldatinnen und Soldaten sowie 75 000 Haushaltsstellen für zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der bis zum Jahr 2010 einzunehmenden Zielstruktur.

Die Ausgaben für **zivile Verteidigung** umfassen Ausgaben für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) und die Ausgaben für das Technische Hilfswerk.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Mit dem hohen Aufwuchs der Mittel im Bundeshaushalt 2008 sowie für den weiteren Zeitraum des

Finanzplans wird von der Bundesregierung der wichtige Stellenwert der Entwicklungspolitik bekräftigt. Sie unterstützt die Entwicklung und Umsetzung der neuen globalen Partnerschaften zwischen Industrie, Entwicklungs- und Transformationsländern. Die Mittel aus dem Bundeshaushalt sollen dazu beitragen, die weltweite Armut zu mindern, Frieden zu sichern bzw. zu stiften, Globalisierung gerecht zu gestalten, Demokratie und Menschenrechte voranzubringen und natürliche Lebensgrundlagen zu bewahren.

Politische Führung und zentrale Verwaltung: Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden und den Zivildienst. Der Rückgang der Mittel erklärt sich vor allem aus der Änderung der funktionalen Zuordnung der Ausgaben für die Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR in Höhe von 1,6 Mrd. € von den allgemeinen Versorgungsausgaben (Funktion 018) auf die Ausgaben für die sonstige Sozialversicherung (Funktion 229). Die Zweckbestimmung der Titel ist unverändert geblieben.

Mit dem **Zivildienst** werden wichtige Leistungen für die Gesellschaft insbesondere im sozialen Bereich und im Umweltschutz erbracht. Zwar besteht sein gesetzlicher Auftrag in der Sicherung der Wehrgerechtigkeit, dennoch hat die Arbeit der Zivildienstleistenden vor allem bei der Betreuung alter, kranker und behinderter Menschen eine erhebliche soziale Bedeutung, die weit über den gesetzlichen Auftrag hinaus geht. Die Zivildienstzeit beträgt wie die Grundwehrdienstzeit neun Monate.

Finanzverwaltung: Die Ausgaben für die Finanzverwaltung werden zum ganz überwiegenden Teil im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) geleistet. Neben den obersten Bundesbehörden, wie dem Bundeszentralamt für Steuern, ist die Bundeszollverwaltung größter Fachbereich. Daneben werden Erstattungen von Verwaltungskosten an die BA für die Durchführung des Familienleistungsausgleichs nach dem Einkommensteuergesetz geleistet.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung: Der Bundeshaushalt stellt Mittel zur Gewährleistung

der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereit. Dazu zählen insbesondere die in der Verantwortung des Bundes liegenden Leistungen für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Versorgung: Die Versorgungsleistungen des Bundes an ehemalige Beamte, Richter und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene sowie an Versorgungsberechtigte nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes umfassen insbesondere die direkten Pensionszahlungen sowie Beihilfen. Zur Zusammenführung von Sach- und Finanzverantwortung werden die Versorgungsausgaben seit 2006 bei dem Ressort veranschlagt, aus dessen Dienst die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in den Ruhestand getreten sind. Aufgrund des Versorgungsrücklagegesetzes wird seit 1999 über verminderte Besoldungs- und Versorgungsanpassungen das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Bundes“ gebildet. Darüber hinaus sind für alle ab 1. Januar 2007 neu eingestellten Beamten, Richter sowie Berufssoldaten Zuweisungen an das Sondervermögen „Versorgungsfonds des Bundes“ zu leisten.

Der Rückgang der Mittel für zivile Versorgung um 1,6 Mrd. € im Jahr 2008 gegenüber dem

Vorjahr erklärt sich lediglich aus der Änderung der funktionalen Zuordnung der Ausgaben für die geschlossenen Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR von den allgemeinen Versorgungsausgaben auf die Ausgaben für die sonstige Sozialversicherung. Die Zweckbestimmung der Titel ist unverändert geblieben (vgl. auch Tabelle 4, S. 47).

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Tabelle 6 (siehe S. 51) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Für diesen Aufgabenbereich sind im Bundeshaushalt 2008 13,8 Mrd. € vorgesehen. Dies entspricht einem Anteil von 4,9% an den Gesamtausgaben.

Investitionsprogramm Ganztagschulen: Für das Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen gewährt der Bund den Ländern und Gemeinden Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 4,0 Mrd. €. Der Bund unterstützt durch dieses Programm die Anstrengungen der Länder und Kommunen zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsangebote

Tabelle 5: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2008	Ist-Ergebnis 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			in Mrd. € ¹	in %
Verteidigung, einschl. zivile Verteidigung (Oberfunktion 03)	29,3	28,5	+ 0,8	+ 2,7
– Obergruppe 55: Militärische Beschaffungen, Wehrforschung und militärische Entwicklung, Materialerhaltung, Baumaßnahmen usw.	9,5	8,8	+ 0,7	+ 7,8
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	5,0	4,4	+ 0,6	+ 14,0
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	2,1	1,9	+ 0,2	+ 12,8
– Beteiligung an Einrichtungen der Weltbankgruppe	0,5	0,4	+ 0,1	+ 23,8
– Beitrag zu den „Europäischen Entwicklungsfonds“	0,8	0,7	+ 0,1	+ 15,1
– Beiträge an die Vereinten Nationen, ihre Sonderorganisationen sowie andere internationale Einrichtungen und internationale Nichtregierungsorganisationen	0,3	0,2	+ 0,1	+ 55,4
Politische Führung und zentrale Verwaltung (Oberfunktion 01)	7,0	8,9	– 1,9	– 21,2
– Zivildienst	0,6	0,6	+ 0,02	+ 3,0
Finanzverwaltung (Oberfunktion 06)	3,6	3,2	+ 0,3	+ 10,1
Öffentliche Sicherheit und Ordnung (Oberfunktion 04)	3,4	3,0	+ 0,5	+ 17,0
nachrichtlich:				
Ausgaben für Versorgung	7,0	8,5	– 1,5	– 17,9
– Ziviler Bereich	2,8	4,4	– 1,6	– 37,3
– Bundeswehr, Bundeswehrverwaltung	4,2	4,1	+ 0,1	+ 3,4

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

nachhaltig. Für das Jahr 2008 sind Investitionen in Höhe von 0,5 Mrd. € vorgesehen. Die Investitionen sind bis zum 31. Dezember 2009 durchzuführen.

Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen: Auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfällt mit 7,8 Mrd. € der größte Teil der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung im Jahr 2008. Bis zum Jahr 2010 soll, entsprechend der in Barcelona und Lissabon getroffenen Vereinbarung zwischen den europäischen Staats- und Regierungschefs, der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden. Die Anstrengungen im Rahmen des 6-Mrd.-€-Programms und der Hightech-Strategie werden hierbei im Jahr 2008 fortgesetzt. Der Einsatz der öffentlichen Mittel wird dabei eine hohe Hebelwirkung auf die private Forschung und Entwicklung ausüben. Ein Schwerpunkt der Aufwendungen liegt bei der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation haben die außeruniversitären Forschungsorganisationen (u. a. Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft) Planungssicherheit bis 2010. Danach wird eine Folgeregelung angestrebt. Die Etats dieser großen Forschungseinrichtungen sollen bis 2010 jährlich um 3 % erhöht werden.

Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG): Ziel des BAföG ist die soziale Öffnung und Offenhaltung des Bildungswesens. Unabhängig von den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten soll jedem eine den eigenen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildung ermöglicht werden. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Mit dem 22. Gesetz zur Änderung des BAföG vom 23. Dezember 2007 (BGBl. I, S. 3254; Änderungen treten zum 1. Oktober 2008 in Kraft) werden durch die Kombination von Maßnahmen rund 100 000 Studenten (einschl. Fach- und Berufsschüler) zusätzlich in der Förderung

erreicht. Das bedeutet für viele eine erhöhte Attraktivität zur Aufnahme eines Studiums und trägt somit zum Ziel einer breiteren Beteiligung an Hochschulbildung erheblich bei. Die BAföG-Bedarfssätze steigen um 10 %. Damit liegt der BAföG-Höchstsatz jetzt bei 643 €, statt vorher bei 585 € pro Monat. Die Freibeträge werden um 8 % Prozent angehoben. Darüber hinaus steht seit 1. April 2001 mit dem Bildungskreditprogramm des Bundes ein weiteres unabhängiges Finanzierungsangebot für Ausbildungen zur Verfügung. Im Rahmen des Bildungskreditprogramms können Studierende sowie Schülerinnen und Schüler in fortgeschrittenen Ausbildungsphasen einen zinsgünstigen Kredit in bis zu 24 Monatsraten von der Kreditanstalt für Wiederaufbau erhalten.

Hochschulen: Mit der Beendigung der Gemeinschaftsaufgabe „Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken“ erhalten die Länder ab 2007 bis 2013 pro Jahr ein Kompensationsvolumen von 695,3 Mio. €. Zusätzliche Mittel in Höhe von 298 Mio. € pro Jahr stellt der Bund in diesem Zeitraum für überregionale Fördermaßnahmen (Forschungsbauten und Großgeräte) im Hochschulbereich zur Verfügung. Die **Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. (DFG)** ist die zentrale Selbstverwaltungseinrichtung der Wissenschaft. Die Ausgaben dienen dazu, die Forschung durch allgemeine Fördermaßnahmen und insbesondere von Schwerpunkten leistungsfähig zu erhalten. Seit dem Jahr 2002 fördern Bund und Länder die DFG mit einem einheitlichen Finanzierungsschlüssel von 58 % Bund und 42 % Länder. Im Rahmen der im Jahr 2005 von den Regierungschefs von Bund und Ländern beschlossenen **Exzellenzinitiative** Spitzenförderung von Hochschulen werden Graduiertenschulen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Exzellenzcluster zur Förderung der Spitzenforschung sowie Zukunftskonzepte zum Ausbau der universitären Spitzenforschung im Jahr 2008 vom Bund mit 285 Mio. € gefördert. Nach dem Sitzlandprinzip tragen die Länder 25 % der Kosten. Im August 2007 haben die Regierungschefs der Länder eine Vereinbarung über den **Hochschulpakt 2020** geschlossen. Um dem wachsenden Fachkräftebedarf auf dem Arbeitsmarkt und der durch die demografische Entwicklung und

durch doppelte Abiturjahrgänge steigenden Zahl von Studienberechtigten Rechnung zu tragen sowie die Forschung insbesondere an Hochschulen weiter zu stärken, soll der Ausbau der Forschungsleistung und der Ausbildungsleistung der Hochschulen ab 2007 im Rahmen einer koordinierten Gesamtförderung sichergestellt werden. Im Jahr 2008 werden Mittel in Höhe von 241,5 Mio. € zur Verfügung gestellt.

Berufliche Weiterbildung: Die berufliche Weiterbildung wird durch mehrere Programme gefördert. Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern fördert der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je zur Hälfte vom Bund und den neuen Ländern finanziert.

Weiterhin werden Lehrgänge der überbetrieblichen beruflichen Bildung im Handwerk gefördert, die zur Anpassung des personellen Leistungsstandes an den technischen und ökonomischen Fortschritt beitragen. Überbetriebliche Berufsbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

Kunst- und Kulturpflege: Die Förderung der inländischen Kulturpolitik wird vor allem vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wahrgenommen. Ihm zugeordnet

Tabelle 6: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2008	Ist-Ergebnis 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			in Mrd. € ¹	in %
Investitionsprogramm Ganztagschulen	0,5	0,9	– 0,4	– 44,7
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7,8	7,1	+ 0,7	+ 9,6
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	3,0	2,8	+ 0,2	+ 7,3
darunter:				
– Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) in Berlin	0,6	0,5	+ 0,1	+ 24,3
– Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V. (FhG) in München	0,4	0,4	+ 0,01	+ 3,2
– Forschungszentren der Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft (ohne DLR)	1,4	1,3	+ 0,03	+ 2,5
– Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) einschließlich nationales Weltraumprogramm und ESA	1,0	1,0	+ 0,05	+ 4,8
– Technologie und Innovation im Mittelstand	0,6	0,5	+ 0,04	+ 7,2
– Forschung und experimentelle Entwicklung zur Erzeugung, Verteilung und rationellen Nutzung der Energie	0,2	0,2	+ 0,03	+ 18,8
– Forschung und experimentelle Entwicklung zum Schutz und zur Förderung der menschlichen Gesundheit	0,3	0,2	+ 0,04	+ 19,2
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,3	1,1	+ 0,2	+ 18,8
Hochschulen	2,5	2,1	+ 0,4	+ 16,6
– Kompensationsmittel für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau ²	0,7	0,7	–	X
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,8	0,8	+ 0,02	+ 3,0
– Überregionale Forschungsförderung im Hochschulbereich	0,3	0,3	+ 0,04	+ 14,7
– Exzellenzinitiative Spitzenförderung von Hochschulen	0,3	0,1	+ 0,2	X
– Hochschulpakt 2020	0,2	0,1	+ 0,1	+ 78,4
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,2	+ 0,001	+ 0,5
nachrichtlich: Kunst- und Kulturpflege inklusive kulturelle Angelegenheiten im Ausland	1,7	1,6	+ 0,1	+ 8,1

¹ Differenzen durch Rundung möglich.

² Bis 2006 Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, die ab 2007 durch die Kompensationsmittel ersetzt wurde.

ist das Bundesarchiv, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa und die Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die Förderung der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik obliegt dem Auswärtigen Amt. Unter Wahrung der Kulturhoheit der Länder fördert der Bund folgende Maßnahmen und Einrichtungen mit gesamtstaatlicher Bedeutung: Kulturelle Angelegenheiten einschließlich der Pflege deutscher Kultur des östlichen Europas sowie die kulturelle Betreuung für heimatlose Ausländer und fremde Volksgruppen, Medien- und Filmwirtschaft sowie das Verlagswesen, Gedenkstätten, Kultur in der Hauptstadt Berlin sowie in der Region der Bundesstadt Bonn. Größter Einzelposten der Kunst- und Kulturpflege im Inland ist der Zuschuss des Bundes an die Rundfunkanstalt „Deutsche Welle“.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

In der Tabelle 7 (siehe S. 53) sind die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen dargestellt. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie Bau, Ausbau sowie Ersatzinvestitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen sind im Bundeshaushalt 2008 auf 11,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 3,9 % an den Gesamtausgaben. Mit 7,6 Mrd. € werden 30,6 % der investiven Ausgaben des Bundes im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesen getätigt.

Straßen (ohne Kompensationszahlungen wegen Beendigung Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz): Das Bundesfernstraßennetz (Bundesautobahnen und Bundesstraßen) gehört zu den leistungsfähigsten Europas. Es spiegelt die Bedeutung Deutschlands als eine der führenden Wirtschaftsnationen und als wichtigstes Transitland wider. Nach Artikel 90 Grundgesetz verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundes-

fernstraßen werden aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt.

Wasserstraßen und Häfen: Das Netz der Bundeswasserstraßen umfasst rund 7 350 km Binnenwasserstraßen und rund 23 000 qkm See- und Wasserstraßen. Zu den wichtigsten Bauwerken zählen rund 350 Schleusenanlagen, rund 300 Wehranlagen, vier Schiffshebewerke, acht Sperrwerke und rund 1 000 Brücken. Diese Wasserstraßen und Bauwerke werden von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes unterhalten und ständig verbessert.

Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden: Im Rahmen der Föderalismusreform ist auch die Entflechtung von Mischfinanzierungen – wie zum Beispiel durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) – vollzogen worden. Bis zum 31. Dezember 2006 leistete der Bund nach dem GVFG für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden Finanzhilfen an die Länder. Diese Finanzhilfen wurden zum 1. Januar 2007 beendet und durch Kompensationszahlungen an die Länder ersetzt. Die Bundesprogramme werden auf der Grundlage des GVFG fortgeführt.

Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG: Gemäß Art. 87e Abs. 4 Grundgesetz trägt der Bund die Verantwortung für den Ausbau und Erhalt des Schienennetzes der Eisenbahnen des Bundes. Nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz finanziert der Bund Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen. Diese Investitionen umfassen sowohl Ersatzinvestitionen als auch Neu- und Ausbaumaßnahmen.

Bundeseisenbahnvermögen: Beim Bundeseisenbahnvermögen handelt es sich um ein Sondervermögen des Bundes. Das Bundeseisenbahnvermögen ist im Zuge der ersten Stufe der Bahnreform aus dem Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Reichsbahn zusammengeführt worden. Das Bundeseisenbahnvermögen ist Dienstherr der der Deutschen Bahn AG zugewiesenen Beamten und verwaltet und verwertet die nicht bahnnotwendigen Liegenschaften. Der Bund erstattet im Rahmen der Defizitdeckung die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens.

Tabelle 7: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2008	Ist-Ergebnis 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹		in %	
Straßen	6,0	5,9	+ 0,1	+ 1,5
– Bundesautobahnen	3,3	3,3	+ 0,1	+ 1,9
– Bundesstraßen	2,4	2,3	+ 0,1	+ 2,2
Wasserstraßen und Häfen	1,5	1,4	+ 0,1	+ 5,9
Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden	1,3	1,3	– 0,01	– 0,6
Finanzhilfen an die Länder für die Schieneninfrastruktur und Investitionszuschüsse für den öffentlichen Personennahverkehr	0,3	0,3	+ 0,04	+ 12,1
nachrichtlich:				
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8				
– Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,7	4,0	– 0,2	– 6,2
– Bundeseisenbahnvermögen	5,1	5,3	– 0,2	– 4,0

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Wirtschaftsförderung

Tabelle 8 (siehe S. 54) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Gewerbe und Dienstleistungen, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind im Bundeshaushalt 2008 auf 6,0 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,1% an den Gesamtausgaben.

Regionale Förderungsmaßnahmen: Den größten Anteil hat die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Sie wird je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert. Es werden Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft in strukturschwachen Regionen gefördert und Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen wirtschaftsnahen Infrastruktur unterstützt. Insbesondere in den neuen Ländern und Berlin stellt die Gemeinschaftsaufgabe ein zentrales Instrument der Investitionsförderung dar.

Förderung des Steinkohlenbergbaus: Der deutsche Steinkohlenbergbau ist seit vielen Jahren international nicht wettbewerbsfähig. Die Produktionskosten übersteigen vor allem aufgrund der ungünstigen geologischen Bedingungen den Weltmarktpreis ganz erheblich. Der Beitrag, den der deutsche Steinkohlenbergbau zur

Versorgung der deutschen Wirtschaft leistet, steht nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zum erforderlichen Subventionsaufwand. Daher wurde mit dem Steinkohlefinanzierungsgesetz vom 20. Dezember 2007 die – sozialverträgliche – Beendigung der subventionierten Förderung der Steinkohle bis zum Ende des Jahres 2018 beschlossen (Verständigung zwischen Bund, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland). Dieser Ausstiegsbeschluss wird im Jahr 2012 überprüft.

Mittelstandsförderung: Die Bundesregierung hat durch verschiedene Maßnahmen die Rahmenbedingungen für den Mittelstand verbessert (u. a. erstes und zweites Mittelstandsentlastungsgesetz, Mittelstandsinitiative, Entlastungen durch das Unternehmensteuerreformgesetz 2008). Mit dem Ziel der Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit fördert die Bundesregierung darüber hinaus Forschung, Entwicklung und Innovationen im Bereich des Mittelstandes sowie kleiner und mittlerer Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft mit einer Vielzahl von Programmen aus dem Bundeshaushalt. Kernstück ist das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit). Hier sind die Programme PRO INNO II (Erhöhung der Innovationskompetenz), InnoNet (Förderung von innovativen Netzwerken) und NEMO (Unterstützung

des Aufbaus innovativer Netzwerke in den neuen Ländern) zusammengeführt. Insgesamt wurden dafür 246 Mio. € veranschlagt. Mit dem zweitgrößten Programm „Förderung der Industriellen Gemeinschaftsforschung und -entwicklung“ (Soll 2008: 119 Mio. €) wird die Forschungs-kooperation in branchenweiten Netzwerken unterstützt, um insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen den Zugang zu Forschungsergebnissen zu ermöglichen.

Förderung erneuerbarer Energien: Mit dem Ziel einer sicheren, umweltverträglichen und kostengünstigen Energieversorgung fördert die Bundesregierung Technologien im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen. Die im Bundeshaushalt hierfür bereitgestellten Mittel wurden im Vergleich zum Jahr 2008 um rd. 70 Mio. € erhöht. Die Mittel werden für Forschungsvorhaben, die Erschließung beziehungsweise Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien, der rationellen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Verbrennungstechnik verwendet. Der Einsatz erneuerbarer Energien wird über die Gewährung von Steuervergünstigungen (Biokraft- und Bioheizstoffe für 2008 670 Mio. €) hinaus durch ein Marktanreizprogramm (Förderung von Einzelmaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien – Soll 2008: 169 Mio. €) gefördert. Vor allem wird durch zinsverbilligte Darlehen und/oder Investitionszu-

schüsse die Errichtung von Anlagen zur Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien sowie der Energiegewinnung aus Geothermie und Biomasse unterstützt.

Gewährleistungen: Durch die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen ermöglicht der Bund die Fremdfinanzierung von förderungswürdigen Vorhaben, insbesondere von Handels- und Kreditgeschäften, sowohl im außen- als auch bin-nenwirtschaftlichen Bereich.

Landwirtschaft: Im Bereich der Agrarpolitik liegt der finanzielle Schwerpunkt bei den von der Europäischen Union gezahlten Beihilfen. Im nationalen Bereich nimmt neben der landwirtschaftlichen Sozialpolitik (s. auch unter soziale Sicherung, S. 45 ff.) die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil der Bundeshilfen ein. Die Gemeinschaftsaufgabe ist das wichtigste Instrument der Bundesregierung zur Koordinierung und Vereinheitlichung der Agrarstrukturpolitik in Deutschland. Es wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft geleistet. Grundlage der Förderung ist ein von Bund und Ländern gemeinsam erstellter Rahmenplan, der jährlich den aktuellen Erfordernissen entsprechend überarbeitet wird. Der Bund erstattet den Ländern die bei der Durchführung der Rahmenpläne entstandenen

Tabelle 8: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2008	Ist-Ergebnis 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			in Mrd. € ¹	in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,7²	1,0³	- 0,3	- 30,5
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“	0,6	0,9	- 0,2	- 27,5
Förderung des Kohlenbergbaus	2,0	1,9	+ 0,1	+ 6,0
Mittelstandsförderung⁴	0,8	0,7	+ 0,1	+ 17,5
Förderung erneuerbarer Energien	0,7	1,0	- 0,3	- 30,5
Gewährleistungen	1,1	0,7	+ 0,4	+ 52,8
Landwirtschaft	1,0	0,9	+ 0,1	+ 13,5
– Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	0,6	0,6	+ 0,004	+ 0,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Soll ohne EFRE-Mittel (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung).

³ Ist einschließlich EFRE Mittel.

⁴ Ohne Altprogramme.

Ausgaben zu 60 % bei Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, zu 70 % bei Küstenschutzmaßnahmen und zu 80 % bei Modulationsmaßnahmen.

Übrige Ausgaben

Tabelle 9 (siehe S. 56) gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes in den Aufgabenbereichen Wohnungswesen, Gesundheit und Sport, Wirtschaftsunternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

Zinsen: Die Haushaltsansätze basieren auf dem bestehenden Schuldenportfolio, der zur Finanzierung der Tilgungen und des Nettokreditbedarfs geplanten neuen Kreditaufnahme, den bestehenden und geplanten Swapverträgen und der voraussichtlichen Kassenfinanzierung. Im Bundeshaushalt 2008 sind 41,8 Mrd. € für Zinsausgaben veranschlagt. Das entspricht einem Anteil von 14,8 % an den Ausgaben des Bundes insgesamt. Der Anstieg der Zinsausgaben spiegelt den bis Mitte des Jahres 2007 zu beobachtenden Zinsanstieg und die zunehmend steilere Zinskurve. Die gegenüber dem alten Finanzplan rückläufige Nettokreditaufnahme wirkt zwar tendenziell entlastend. Dieser Effekt wird aber bei weitem überkompensiert durch steigende Zinsen bezogen auf die Gesamtschuld des Bundes; die Verzinsung der Anschlussfinanzierung liegt über der Verzinsung der zu tilgenden Bundesschuld.

Wohnungswesen: Nach den Ergebnissen der Föderalismusreform zum Abbau von Mischfinanzierungstatbeständen wurden die Finanzhilfen zur sozialen Wohnraumförderung zum 1. Januar 2007 beendet. Die Länder erhalten als befristeten Ausgleich für den Wegfall der bisherigen Bundesmittel zunächst bis 2013 jährliche Kompensationszahlungen in Höhe von 518,2 Mio. €, die zweckgebunden für investive Maßnahmen der sozialen Wohnraumförderung einzusetzen sind.

Darüber hinaus wird die Wohnraumsanierung und -modernisierung über mehrere Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau gefördert. Einen Schwerpunkt bildet hierbei das im Februar 2006 gestartete neue CO₂-Gebäude-

sanierungsprogramm. Mit ihm werden die bisherigen Fördermaßnahmen des Bundes zur Gebäudesanierung mit verbesserten Programmbedingungen fortgeführt und darüber hinaus erheblich ausgeweitet. Energetische Maßnahmen an Wohngebäuden werden ab dem Jahr 2007 auch durch Investitionszuschüsse gefördert. Ferner werden ab 2007 zusätzlich energetische Maßnahmen bei kommunalen Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten durch Kreditverbilligungen gefördert. Zugunsten des über die KfW-Förderbank abzuwickelnden Programnteils (Investitionskredite, -zuschüsse zur energetischen Gebäudesanierung) werden von 2006 bis 2009 insgesamt 4,0 Mrd. € Programmmittel bereitgestellt. Des Weiteren werden Wohnungsunternehmen nach der Verordnung zum Altschuldenhilfegesetz (AHGV) finanziell unterstützt.

Städtebauförderung: Zur Förderung des Städtebaus gewährt der Bund gemäß Artikel 104 b Grundgesetz Finanzhilfen. Mit den Finanzhilfen fördert der Bund neben der „klassischen“ Städtebauförderung die Programme Soziale Stadt, Stadtumbau West und Stadtumbau Ost zur Bewältigung struktureller Probleme. In den neuen Ländern wurden darüber hinaus der städtebauliche Denkmalschutz zur Sicherung und Erhaltung historischer Stadtkerne gefördert. Ein Novum stellt der Investitionspakt Bund-Länder-Gemeinden dar. Dieses Programm zur energetischen Sanierung und baulichen Erweiterung der sozialen Infrastruktur richtet sich insbesondere an finanzschwache Kommunen. Daneben startet in 2008 das Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“, welches die Innenentwicklung von Städten fördert. Darüber hinaus leistet der Bund im Rahmen der Altschuldenhilfeverordnung einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der von Leerständen betroffenen Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern (rund 1,1 Mrd. € bis 2012).

Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung: Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, das Robert-Koch-Institut, das Paul-Ehrlich-Institut, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sowie das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information in ihrer Arbeit unterstützt und gefördert.

Auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes umfassen die Maßnahmen die Reaktorsicherheit und den Strahlenschutz. Diese Ausgaben sind zum großen Teil von den Leistungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle einschließlich der Erkundung alternativer Standorte geprägt. Weiterhin werden Mittel für das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz und das Bundesamt für Strahlenschutz bereitgestellt.

Postbeamtenversorgungskasse: Ehemalige Postbeamte erhalten Versorgungs- und Beihilfeleistungen von der Postbeamtenversorgungskasse. Die Finanzierung der Gesamtleistungen tragen der Bund und die Postnachfolgeunternehmen. Die Postbeamtenversorgungskasse hatte in den Jahren 2005 und 2006 Forderungen verkauft und so ihren Bedarf in den Jahren 2005 bis 2007 fast vollständig ohne Bundeszuschüsse decken können. Ab 2008 setzen die gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen des Bundes wieder in vollem Umfang ein. Hierfür wurden 6,1 Mrd. € veranschlagt.

Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt: Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, weitgehend abgeschlossen. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) hat die Aufgaben, die sie von der Treuhandanstalt übernommen hat, inzwischen fast vollständig erledigt. Wie bisher wird sie auch in 2008 ohne Zuwendungen auskom-

men. Die Zuwendungen gehen an die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, die Energiewerke Nord GmbH und die Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH.

Tabelle 9: Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2008	Ist-Ergebnis 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			in Mrd. € ¹	in %
Zinsen	41,8	38,7	+ 3,1	+ 8,0
Wohnungswesen	1,2	1,2	- 0,002	- 0,2
darunter die Schwerpunkte:				
– Kompensationszahlungen an die Länder wegen Beendigung der Finanzhilfen des Bundes zur sozialen Wohnraumförderung	0,5	0,5	–	–
– Energetische Sanierungs- und Wohnraummodernisierungsprogramme der KfW	0,6	0,5	+ 0,1	+ 12,8
Städtebauförderung	0,5	0,5	+ 0,04	+ 7,9
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1,0	0,9	+ 0,1	+ 17,0
Postbeamtenversorgungskasse	6,1	0,3	+ 5,8	X
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt	0,3	0,3	+ 0,01	+ 3,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

5 Entwicklung der Einnahmen

In der Tabelle 11 (siehe S. 59) sind die Einnahmen des Bundes im Jahr 2008 aufgeführt. Den weitestgrößten Anteil (87,8 %) haben die im Soll 2008 mit 238,0 Mrd. € veranschlagten Steuereinnahmen. Sonstige Einnahmen sind im Jahr 2008 in Höhe von 33,1 Mrd. € vorgesehen. Zur Deckung des Finanzierungssaldos aus Ausgaben und Einnahmen sind eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 11,9 Mrd. € und Münzeinnahmen in Höhe von 0,2 Mrd. € veranschlagt.

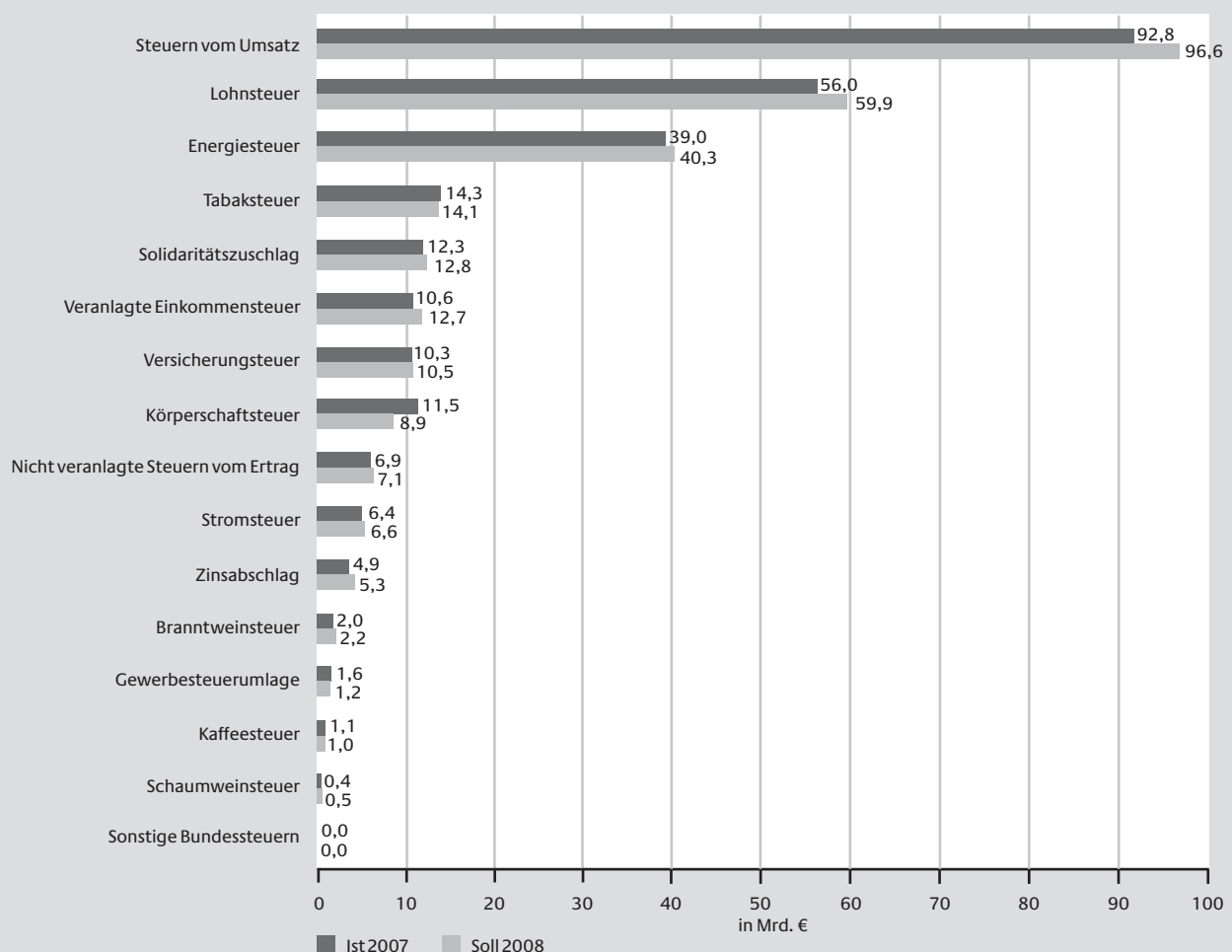
Die veranschlagten Steuereinnahmen basieren auf den Ergebnissen der 130. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 6. bis 7.

November 2007 in Nettetal. Die Steuerschätzungen gehen grundsätzlich von geltendem Recht aus. Gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 2007 wurden

- für das Jahr 2008 erstmals die finanziellen Auswirkungen des Unternehmensteuerreformgesetzes 2008,
- die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sowie
- die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung kraftfahrzeugrechtlicher und autobahnmautrechtlicher Vorschriften (nur steuerliche Maßnahmen)

einbezogen.

Abbildung 2: Steuereinnahmen des Bundes



Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage: Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern bilden die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz und den Zinsabschlag. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens ist Artikel 106 Grundgesetz. Die Erträge der Gemeinschaftsteuern werden auf Basis unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Tabelle 10 zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am Aufkommen der Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage im Jahr 2008 in Prozent.

Bundessteuern: Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich insbesondere um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern, der Versicherungsteuer und dem Solidaritätszuschlag (wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben).

Bundesergänzungszuweisungen an die Länder: Seit dem 1. Januar 2005 kommt das Ausgleichssystem auf der Grundlage des Maßstäbengesetzes und des neuen Finanzausgleichsgesetzes zur Anwendung. Das Finanzausgleichsgesetz sieht vor, dass der Bund Bundesergänzungszuweisungen an bestimmte Länder leistet. Leistungsschwache Länder, deren Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich unter 99,5 % der Finanzkraft des Länderdurchschnitts liegt, erhalten allgemeine Bundesergänzungszuweisungen.

Darüber hinaus werden drei Arten von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen gewährt:

- zur Deckung von teilungsbedingten Sonderlasten aus dem bestehenden starken infrastrukturellen Nachholbedarf und zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft;
- zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden überproportionalen Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe;
- wegen überdurchschnittlich hoher Kosten politischer Führung.

Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.

Zuweisungen an die Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen: Mit dem Regionalisierungsgesetz übernahmen die Länder im Zuge der Bahnreform zum 1. Januar 1996 die Aufgabenverantwortung für den Schienenpersonen-nahverkehr. Dafür steht den Ländern gemäß Artikel 106a Grundgesetz für den ÖPNV ein Anteil aus dem Energiesteueraufkommen des Bundes zu. Für das Jahr 2008 sind 6,610 Mrd. € vorgesehen.

Zuweisungen an die Europäische Union nach BNE-Schlüssel: Neben den Zöllen, den Agrarabgaben und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die Bruttonationaleinkommen (BNE)-Eigenmittel zu den eigenen Einnahmen der Europäischen Union. Der Ansatz für das Jahr

Tabelle 10: Anteil an den Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage in %

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	–
Steuern vom Umsatz	54,7	43,3	2,0
Zinsabschlag	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	–
Gewerbesteuerumlage	23,1	76,9	–

2007 beruht auf dem Eigenmittelbeschluss vom 29. September 2000. Der Eigenmittelpfand wird bis zum Jahr 2013 weiterhin bei 1,24 % des BNE liegen.

Sonstige Einnahmen

Bundesbankgewinn: Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Die Abführung erfolgt jährlich nachträglich für das vorangegangene Geschäftsjahr. Der im Jahr 2007 abgeführte Bundesbankgewinn betrug 4,2 Mrd. €. Seit 1999 wird der 3,5 Mrd. € übersteigende Teil der Abführung dem Erblastentilgungsfonds zur Leistung der Tilgungsverpflichtungen

zugeführt. Im Haushalt 2008 sind Einnahmen in Höhe von 3,5 Mrd. € veranschlagt.

Darlehensrückflüsse (Beteiligungen): Die Einnahmen aus der Veräußerung von Gegenständen und Beteiligungen und aus der Verwertung von sonstigem Kapitalvermögen des Bundes werden 2008 auf 10,7 Mrd. € geschätzt. Die Einnahmen aufgrund von Kapitalrückzahlungen und aus Inanspruchnahme von Gewährleistungen und Darlehensrückflüssen sind auf 1,8 Mrd. € veranschlagt.

Aussteuerungsbetrag der BA / Eingliederungsbeitrag der BA: Mit dem SGB II waren ab 1. Januar 2005 Leistungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vom Haushalt der BA in den Bundeshaushalt verla-

Tabelle 11: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2008	Ist-Ergebnis 2007	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € ¹		in %	
Einnahmen	271,1	255,7	+ 15,3	+ 6,0
darunter:				
Steuern	238,0	230,0	+ 7,9	+ 3,4
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	191,7	184,3	+ 7,4	+ 4,0
– Lohnsteuer	59,9	56,0	+ 3,9	+ 7,0
– Veranlagte Einkommensteuer	12,7	10,6	+ 2,1	+ 19,4
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	7,1	6,9	+ 0,2	+ 3,0
– Zinsabschlag	5,3	4,9	+ 0,4	+ 8,1
– Körperschaftsteuer	8,9	11,5	– 2,5	– 21,9
– Steuern vom Umsatz	96,6	92,8	+ 3,8	+ 4,1
– Gewerbesteuerumlage	1,2	1,6	– 0,5	– 29,0
Bundessteuern	88,0	85,7	+ 2,3	+ 2,7
– Energiesteuer	40,4	39,0	+ 1,4	+ 3,5
– Tabaksteuer	14,1	14,3	– 0,2	– 1,4
– Solidaritätszuschlag	12,8	12,3	+ 0,5	+ 3,7
– Versicherungssteuer	10,5	10,3	+ 0,2	+ 2,0
– Stromsteuer	6,6	6,4	+ 0,2	+ 3,9
– Branntweinsteuer	2,2	2,0	+ 0,2	+ 10,3
– Kaffeesteuer	1,0	1,1	– 0,1	– 9,8
– Schaumweinsteuer	0,5	0,4	+ 0,1	+ 13,9
– Sonstige Bundessteuern	0,001	0,001	– 0,0004	– 30,8
Abzugsbeträge²	– 41,7	– 39,9	– 1,8	+ 4,4
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,7	– 14,9	+ 0,2	– 1,4
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Energiesteueraufkommen	– 6,7	– 6,7	+ 0,0	–
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 4,1	– 3,9	– 0,2	+ 4,3
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 16,2	– 14,3	– 1,9	+ 13,3
Sonstige Einnahmen	33,1	25,7	+ 7,4	+ 28,9
darunter:				
– Abführung Bundesbank	3,5	3,5	–	–
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	12,5	6,7	+ 5,8	+ 87,3
– Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit	5,0	–	+ 5,0	X
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	–	1,9	– 1,9	X

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen des Bundes geleistet werden.

gert worden. Im Gegenzug hatte die BA einen Aussteuerungsbetrag an den Bundeshaushalt entrichtet. Der Aussteuerungsbetrag wurde zum Ende des Jahres 2007 abgeschafft. Stattdessen wird die BA ab dem Jahr 2008 an den Bund einen neuen Eingliederungsbeitrag leisten. Dieser Beitrag hat ein Volumen von 50 % der jeweiligen Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Ist-Eingliederungsbudget). Dies sind 5 Mrd. € jährlich in 2008 und den Folgejahren. So wird ein Anreiz für die BA gesetzt, durch frühzeitige Eingliederungsmaßnahmen Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden und damit ihren Eingliederungsbeitrag zu vermindern. Diese Anstrengungen lohnen sich für die BA auch dann, wenn ihre Wirkung nicht sofort einsetzt. Zudem bleibt auch weiterhin eine Ausgleichskomponente erhalten, die daran anknüpft, dass die BA durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe von bis dahin erbrachten Eingliederungs- und Verwaltungsleistungen für Langzeitarbeitslose entlastet worden ist (vgl. auch S. 41 ff).

Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2007

1	Bundesstaatlicher Finanzausgleich	61
1.1	Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern	61
1.2	Länderfinanzausgleich	62
1.3	Bundesergänzungszuweisungen	62
2	Ergebnisse 2007	63

- Der bundesstaatliche Finanzausgleich soll alle Länder finanziell in die Lage versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen.
- Durch den Länderfinanzausgleich werden die Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern spürbar verringert.
- Das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs lag im Jahr 2007 bei 7,9 Mrd. €.

1 Bundesstaatlicher Finanzausgleich

Der bundesstaatliche Finanzausgleich (aufeinander aufbauend: Umsatzsteuerverteilung, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) hat die Aufgabe, alle Länder finanziell in die Lage zu versetzen, ihre verfassungsmäßigen Aufgaben zu erfüllen und ihre Eigenstaatlichkeit zu entfalten. Die Grundzüge des Finanzausgleichs sind im Grundgesetz festgelegt. Seine konkrete Ausgestaltung erfolgt durch einfache Gesetze; das abstrakt gehaltene Maßstäbengesetz konkretisiert die betreffenden finanzverfassungsrechtlichen Regelungen und bildet die Grundlage für das Finanzausgleichsgesetz, das die Einzelheiten des Finanzausgleichs bestimmt. Maßstäbengesetz und Finanzausgleichsgesetz gelten seit 2001 bzw. 2005 und sind bis 2019 befristet.

1.1 Umsatzsteuerverteilung unter den Ländern

In der ersten Stufe des Ausgleichssystems wird der Länderanteil am Umsatzsteueraufkommen den einzelnen Ländern zugeordnet. Dabei erhalten diejenigen Länder, deren Aufkommen aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und den Landessteuern je Einwohner unterhalb des Länderdurchschnitts liegt, einen Teil des Länderanteils an der Umsatzsteuer, höchstens jedoch 25 %, als sogenannte Ergänzungsanteile. Dadurch wird die Lücke zwischen den Steuereinnahmen steuerschwacher Länder und dem Länderdurchschnitt teilweise, aber keineswegs vollständig geschlossen. Die exakte Höhe der Umsatzsteuer-Ergänzungsanteile ist abhängig davon, wie stark die Steuereinnahmen je Einwohner eines Landes unter den durchschnittlichen Steuereinnahmen je Einwohner aller Länder liegen. Der Rest des Länderanteils an der Umsatzsteuer, mindestens 75 %, wird nach der Einwohnerzahl verteilt. Die Umsatzsteuerverteilung hat durch diese beiden Verteilungskriterien bereits Finanzausgleichswirkungen.

1.2 Länderfinanzausgleich

Durch den Länderfinanzausgleich, der zweiten Stufe des Ausgleichssystems, werden die Einnahmeunterschiede zwischen den Ländern weiter verringert. Die finanzschwachen Länder erhalten Ausgleichszuweisungen, die von den finanzstarken Ländern aufgebracht werden müssen. Durch die weitere Annäherung der Einnahmen der Länder soll die Herstellung und Bewahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Einwohner im Bundesgebiet ermöglicht werden.

Ausgangspunkt für den Länderfinanzausgleich ist die Finanzkraft je Einwohner der einzelnen Länder. Die Finanzkraft eines Landes ist die Summe seiner Einnahmen und anteilig (zu 64 %) der Einnahmen seiner Gemeinden. Prinzipiell werden alle Einnahmearten der Länder und Gemeinden bei der Bestimmung der Finanzkraft berücksichtigt; wegen Ausnahmen von dieser Regel fließen im Wesentlichen die Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden in den Länderfinanzausgleich.

Grundsätzlich wird ein gleicher Finanzbedarf je Einwohner in allen Ländern angenommen. Für die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen ist diese Annahme nicht angemessen. Stadtstaaten weisen einen deutlich höheren Finanzbedarf je Einwohner auf als Flächenländer. Ihre Einwohnerzahl wird deshalb im Länderfinanzausgleich fiktiv auf 135 % erhöht (Einwohnergewichtung). Ein geringfügig höherer Finanzbedarf je Einwohner besteht auch in den drei besonders dünn besiedelten Flächenländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Deshalb wird auch ihre Einwohnerzahl im Länderfinanzausgleich fiktiv geringfügig erhöht.

Die exakte Höhe der Ausgleichszuweisungen für ein finanzschwaches Land ist davon abhängig, um wie weit seine Finanzkraft je (gewichteter) Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je Einwohner unterschreitet. Die Lücke zum Durchschnitt wird – auf der Basis eines progressiven Ausgleichstarifs – teilweise, aber nicht vollständig geschlossen. Analog dazu ist die Höhe der Ausgleichsbeiträge, die ein finanzstarkes Land zu leisten hat, davon abhängig, um wie weit seine Finanzkraft je Einwohner die durchschnittliche Finanzkraft je Einwohner über-

steigt. Symmetrisch zum Ausgleichstarif wird die überdurchschnittliche Finanzkraft anteilig, aber nicht vollständig abgeschöpft. Die Regelungen sind im Einzelnen so ausgestaltet, dass die Finanzkraftreihenfolge der Länder durch den Länderfinanzausgleich nicht verändert werden kann.

1.3 Bundesergänzungszuweisungen

Bundesergänzungszuweisungen, als dritte Stufe des Ausgleichssystems, sind den Länderfinanzausgleich ergänzende Zuweisungen des Bundes an leistungsschwache Länder. Sie sind ungebundene Mittel und dienen der ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs. Zu unterscheiden ist zwischen allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen und Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen.

Durch allgemeine Bundesergänzungszuweisungen wird bei leistungsschwachen Ländern die nach dem Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke zu der durchschnittlichen Finanzkraft weiter verringert. Allgemeine Bundesergänzungszuweisungen erhalten Länder, deren Finanzkraft je gewichtetem Einwohner nach dem Länderfinanzausgleich unter 99,5 % des Durchschnitts liegt. Die nach Länderfinanzausgleich verbleibende Lücke wird anteilig aufgefüllt.

Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zielen demgegenüber auf den Ausgleich besonderer Finanzbedarfe leistungsschwacher Länder aufgrund spezifischer Sonderlasten. Die Höhe der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen ist unabhängig von den aktuellen Finanzkraftverhältnissen und im Finanzausgleichsgesetz festgeschrieben.

2 Ergebnisse 2007¹

Die vorläufige Jahresrechnung 2007 des bundesstaatlichen Finanzausgleichs (Umsatzsteuerverteilung, Länderfinanzausgleich und allgemeine Bundesergänzungszuweisungen) liegt nunmehr vor. Einzelheiten ergeben sich aus der nachstehenden Übersicht.

Das Volumen des Umsatzsteuerausgleichs im Jahr 2007 betrug 8,0 Mrd. € und ist damit gegenüber 2006 (7,7 Mrd. €) gestiegen. Die relativen Steueraufkommensunterschiede zwischen den Ländern haben sich 2007 gegenüber 2006 verringert, so auch die Spreizung zwischen Ost und West; gemessen am Länderdurchschnitt lag das Steueraufkommen der neuen Flächenländer in 2007 zwischen 40,5 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 51,9 % (Brandenburg) gegenüber 2006 mit 39,2 % (Mecklenburg-Vorpommern) und 47,8 % (Brandenburg).

Das Umverteilungsvolumen des Länderfinanzausgleichs lag im abgelaufenen Jahr bei 7,9 Mrd. € (580 Mio. € über dem Vergleichswert 2006); insbesondere

- gab es fünf Zahlerländer (Hessen, Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen) und elf Empfängerländer;
- größtes Zahlerland war wiederum Hessen mit 2,9 Mrd. € und wies auch den höchsten Zuwachs auf (464 Mio. €);
- größtes Empfängerland war wiederum Berlin mit 2,9 Mrd. €.

Vom Umverteilungsvolumen des Jahres 2007 entfielen 6,5 Mrd. € und damit 82,4 % auf den West-Ost-Ausgleich.

Das Volumen der allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen betrug 2007 für die elf Empfängerländer 2,9 Mrd. €, 239 Mio. € mehr als im Jahr zuvor. Größter Empfänger war auch hier, wie bereits 2006, Berlin mit 909 Mio. € (Vorjahr 844 Mio. €).

¹ Grundlage: vorläufige Jahresrechnung 2007.

Daten zur horizontalen Umsatzsteuerverteilung, zum Länderfinanzausgleich und zu den allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ) im Jahr 2007

	NW	BY	BW	NI	HE	SN	RP	ST	SH	TH	BB	MV	SL	BE	HH	HB	insg.
Steuer der Länder vor Umsatzsteuerausgleich (je Einwohner in % des Durchschnitts)	104,5	121,2	122,0	84,2	144,0	45,9	92,3	47,6	90,0	42,9	51,9	40,5	82,8	83,4	168,0	100,3	100,0
Umsatzsteuerausgleich (Differenz zwischen Verteilung nach geltendem Recht und vollständiger Verteilung nach Einwohnern) in Mio. €	-2 777	-1 928	-1 657	391	-936	2 365	-240	1 302	-81	1 380	1 218	1 064	71	202	-271	-102	±7 993
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts ¹ (vor Finanzausgleich)	100,1	110,5	111,9	97,2	124,2	85,0	94,5	85,9	96,6	84,8	85,6	83,8	92,6	68,1	108,9	73,0	100,0
Ausgleichsbeiträge und -zuweisungen im Länderfinanzausgleich in Mio. €	-33	-2 302	-2 301	315	-2 875	1 155	341	623	136	639	669	508	124	2 890	-361	471	±7 872
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts ¹ (nach Finanzausgleich)	100,1	103,9	104,3	98,6	107,4	94,7	97,5	95,0	98,3	94,7	94,9	94,4	96,9	90,4	103,5	91,7	100,0
Allgemeine BEZ in Mio. €			164			442	179	242	73	243	258	190	59	909		153	2 912
Finanzkraft in % des Länderdurchschnitts ¹ (nach Finanzausgleich und allgemeinen BEZ)			99,3			98,4	99,0	98,5	99,2	98,4	98,5	98,4	98,9	97,5		97,7	

¹ Genauer: in % der Ausgleichsmesszahl.



Stellungnahme zu den Artikel-IV-Konsultationen des Internationalen Währungsfonds mit Deutschland

- Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat am 22. Februar 2008 seine jährlichen Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland abgeschlossen.
- Der IWF sieht in der deutlichen Verbesserung der Wirtschaftslage und der Staatsfinanzen vor allem einen Erfolg der Reformpolitik und befürwortet die Fortsetzung dieses Kurses.
- Vor allem die Wahrung der Finanzmarktstabilität wird in nächster Zeit erhöhte Aufmerksamkeit erfordern, auch wenn Deutschland die Turbulenzen bislang gut abgefedert hat.

Zu den wesentlichen Aufgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) gehört der Dialog mit den Mitgliedsländern über die nationalen und internationalen Auswirkungen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Grundsätze für diese Konsultationen sind in Artikel IV des Übereinkommens über den IWF festgelegt.

Der IWF bietet allen Mitgliedsländern jährliche Konsultationen an. Üblicherweise besucht zunächst ein Team von IWF-Mitarbeitern das jeweilige Land, um sich über die Wirtschafts- und Finanzlage zu informieren und mit der Regierung die politische Ausrichtung zu diskutieren. Auf dieser Grundlage verfasst das IWF-Team einen Bericht, den die ständigen Vertreter der Mitgliedsländer beim IWF, die Exekutivdirektoren, erörtern. Der IWF veröffentlicht danach eine Presseerklärung, die sogenannte „Public Information Notice“ (PIN), die die wesentlichen Ergebnisse der Konsultationen zusammenfasst. Die PIN zur Artikel-IV-Konsultation 2007 mit Deutschland ist in deutscher Übersetzung diesem Artikel beigelegt (s. Seite 66 ff).

Das IWF-Exekutivdirektorium hat die letzte Artikel-IV-Konsultation mit Deutschland am 22. Februar abgeschlossen. Der Tenor der Diskussion war insgesamt sehr positiv. Der IWF zeigte sich in seinem Bericht beeindruckt von den Fortschritten, die Deutschland nach der wirtschaftlichen Schwächephase zu Beginn der Dekade erreicht hat: starkes Wirtschaftswachstum, eine

kräftige Zunahme der Beschäftigung mit einem hohen Anteil sozialversicherungspflichtiger Stellen und zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung wieder ein ausgeglichener gesamtsstaatlicher Haushalt. Der IWF sieht in dieser Entwicklung vor allem einen Erfolg der Reformpolitik der Bundesregierung. Weitere wichtige Faktoren waren die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Lohnzurückhaltung und der lang anhaltende weltweite Aufschwung.

Der IWF hält es für wichtig, dass die Bundesregierung weiter eine breit angelegte Reformpolitik verfolgt, um auf den Erfolgen aufzubauen. Mit ihrer konsequenten Konsolidierungspolitik hat Deutschland nach Einschätzung des IWF einen bedeutenden Schritt in Richtung dauerhaft tragfähiger öffentlicher Finanzen getan. Diese Fortschritte gelte es jetzt für die Zukunft zu sichern. Die geplante Reform der Schuldenregel in der Verfassung im Sinne des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die einen strukturell – also über den Konjunkturzyklus – nahezu ausgeglichenen Haushalt vorsieht, wäre dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Aber auch zusätzliche Maßnahmen, um den demografisch bedingten Anstieg der Staatsausgaben unter Kontrolle zu halten, muss Deutschland nach Ansicht des IWF weiterhin im Auge behalten.

Dank der vergleichsweise geringen Kreditabhängigkeit deutscher Unternehmen und Haushalte und der im Allgemeinen soliden Bilanzen

des deutschen Bankensektors hat Deutschland die Finanzmarkturbulenzen bislang vergleichsweise gut überstanden. Allerdings sind die Schwierigkeiten an den Finanzmärkten mit großer Wahrscheinlichkeit noch nicht überstanden. Ein wichtiger Schwerpunkt der Regierungspolitik in der unmittelbaren Zukunft sollte deswegen nach Ansicht des IWF in der Wahrung der Finanzmarktstabilität und des Vertrauens in die weitere Wirtschaftsentwicklung liegen. Stärkung der Finanzmarktaufsicht und Erhöhung der Transparenz sind dabei wichtige Bausteine.

Wegen des Wachstumsrückgangs in den USA und weltweit erwartet der IWF vor allem aufgrund einer gedämpften Exportdynamik auch eine Wachstumsverlangsamung in Deutschland. Für 2008 erwartet der IWF ein Wachstum von 1,5 %. Allerdings sind die Risiken aufgrund der Finanzmarkturbulenzen deutlich gestiegen. Die künftige Entwicklung ist schwerer abzuschätzen als in ruhigeren Zeiten.

IWF-Exekutivdirektorium schließt Artikel-IV-Konsultationen 2007 mit Deutschland ab

Am 22. Februar 2008 schloss das Exekutivdirektorium des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Artikel-IV-Konsultationen mit Deutschland ab.

Hintergrund

Weitreichende Reformen haben zu einer Stärkung der deutschen Wirtschaft geführt, aber die nachlassende Weltkonjunktur dämpft die kurzfristigen Wachstumsaussichten. Seit 2004 sorgte die starke außenwirtschaftliche Wettbewerbsposition für einen tragfähigen Aufschwung mit positiven Übertragungseffekten für Europa. Im gesamten Jahr 2007 haben eine rege Investitionstätigkeit und ein verspäteter Rückgang der Arbeitslosigkeit das Wachstum trotz Mehrwertsteuererhöhung aufrechterhalten. Durch eine entschlossene Haushaltskonsolidierung hat die Politik an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Für das BIP-Wachstum wird für 2008 eine Verlangsamung auf 1,5 % vorhergesagt (von 2,5 % in 2007). Angesichts Deutschlands hoher Exportabhängigkeit wird das BIP-Wachstum durch die nachlassende Dynamik der US-Wirtschaft und den schwächeren Welthandel beeinträchtigt. In geringerem Maße belasten der starke Euro und die hohen Ölpreise das Wirtschaftswachstum. Positiv ist zu nennen, dass der Konsumanstieg durch stetige Beschäftigungszuwächse und geringere Lohnzurückhaltung unterstützt wird. Die Inflation wird 2008 voraussichtlich geringfügig auf 2,2 % zurückgehen.

In den letzten Jahren war eine Produktivitätssteigerung zu verzeichnen, die Entwicklung in einzelnen Wirtschaftssektoren ist jedoch wenig viel versprechend. Die Potenzialwachstum wird auf jährlich 1,5 % bis 1,75 % geschätzt, dürfte aber aufgrund der Bevölkerungsalterung zurückfallen, sofern das Wachstum der gesamten Faktorproduktivität nicht wieder zunimmt. Nur im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Wachstum der Arbeitsproduktivität beschleunigt. Im sehr viel größeren Dienstleistungssektor, insbesondere bei den Immobilien- und Finanzdienstleistungen, gab es jedoch kaum Verbesserungen. Zudem herrscht ein ausgeprägter und weit verbreiteter Fachkräftemangel, der insbesondere in exportorientierten Branchen sowie in Gesundheit und Bildung das Wachstum bremst.

Der Finanzsektor hat große Fortschritte erzielt, wenngleich die jüngsten Turbulenzen bisher

ungelöste Probleme aufzeigen. Die seit langem bestehenden Bedenken im Hinblick auf die geringe Rentabilität des Bankensektors und die Anreize für hoch riskante Anlagen sind nun in den Vordergrund getreten. Positiv ist jedoch anzumerken, dass der Bankensektor bereits deutlich konsolidiert wurde und die Kapitalmärkte schnell wachsen, wenngleich von einem niedrigen Niveau. Deutschland hat seinen Haushalt durch dauerhafte Anstrengungen ausgeglichen. Obwohl der Haushaltsausgleich auch durch den Konjunkturaufschwung unterstützt wurde, haben politische Maßnahmen wesentlich dazu beigetragen. Der strukturelle Haushaltssaldo konnte 2006 – ein Jahr früher als im Rahmen des Defizitverfahrens vorgesehen – um mehr als einen Prozentpunkt verbessert werden und der Ausgleich wurde 2007 kontinuierlich fortgesetzt. Dieser beachtliche vorzeitige Ausgleich und die ehrgeizigen Ziele zur Erreichung eines Primärüberschusses in Höhe von 3 ½ % des BIP bis 2011 haben die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen erheblich verbessert. Dennoch bleiben langfristige finanzpolitische Herausforderungen bestehen, da die Kosten der Gesundheitsversorgung eine zunehmende Belastung darstellen.

Beurteilung durch das Exekutivdirektorium

Die Exekutivdirektoren begrüßten die spürbare Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands in den vergangenen Jahren und lobten die Konsolidierungs- und Reformpolitik, die diese Erfolge ermöglicht hat, zu denen auch eine beeindruckende Beschäftigungszunahme und die beste Haushaltslage seit der Wiedervereinigung zählen. Gleichwohl ist das Reformprogramm nach wie vor nicht abgeschlossen und kurzfristig werden langsames Wachstum und höhere Inflation vorhergesagt, wobei leichte Abwärtsrisiken bestehen. Mit Blick auf die Zukunft stimmten die Direktoren darin überein, dass die Regierung insbesondere im Finanzsektor kurzfristig Stabilität sicherstellen und mittelfristig das Reformprogramm fortsetzen muss.

Die Direktoren stellten fest, dass sich die Abkühlung der Weltkonjunktur, die hohen Rohstoffpreise und die angespannten Finanzmärkte auch auf Deutschland auswirken. Glücklicherweise haben bisher die verhältnismäßig solide Finanzlage der meisten Banken und die geringe Verschuldung der Unternehmen und Haushalte dazu beigetragen, dass die Kreditvergabe weiter normal verläuft. Trotz einer Verlangsamung wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich nahe dem Potenzial bleiben. Gleichzeitig ist das Vertrauen der Verbraucher und Unternehmen jedoch geschwächt, die Banken haben die Standards für die Kreditvergabe kürzlich verschärft, und einige Banken stehen vor anhaltenden Schwierigkeiten. Angesichts der nicht absehbaren Dimensionen und der rapiden Entwicklung der aktuellen Finanzmarkturbulenzen weltweit forderten die Direktoren die Regierung nachdrücklich zu anhaltender Wachsamkeit auf.

Die Direktoren stellten fest, dass Deutschland von dem 2007 erzielten Haushaltsausgleich 2008 auf ein moderates Defizit zusteuert. Allgemein vertraten sie die Auffassung, dass diese Lockerung der Finanzpolitik dazu beitragen dürfte, die Auswirkungen der zu erwartenden konjunkturellen Abkühlung abzufedern. Mittelfristig sahen die Direktoren tragfähige öffentliche Finanzen als erreichbares Ziel und ermutigten die Regierung, den Reformprozess und die damit verbundenen Konsolidierungsmaßnahmen zu vollenden, um dieses Ziel tatsächlich zu erreichen. Insbesondere müssen zur Erzielung langfristiger Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen die Ausgaben im Gesundheitsbereich eingedämmt werden. Die Direktoren begrüßten die Absicht der Regierung, zu einem Haushaltsrahmen überzugehen, der das Gesamtdefizit konjunkturbereinigt „nahe null“ halten soll. Sie forderten die Regierung außerdem nachdrücklich dazu auf, den Fiskalföderalismus weiter zu reformieren, um die Anreize für eine umsichtige Fiskalpolitik zu erhöhen.

Die Direktoren betonten, es müsse eines der zentralen Ziele der Regierung sein, das Vertrauen

in den Finanzsektor zu wahren. Bisher wurden zu diesem Zweck Banken mit öffentlichen Mitteln vor der Insolvenz bewahrt, die Haushaltsbelastung durch diese „Rettungsaktionen“ ist jedoch gestiegen. Die Direktoren empfahlen die Einführung eines Bankensanierungskonzepts, das vollkommen transparent ist und schnelle Lösungen ermöglicht. Gleichzeitig sollte es die Verwässerung des Kapitals der Anteilseigner im Zusammenhang mit Rekapitalisierungen oder anderen Sanierungsmaßnahmen zulassen, um die Anreize für umsichtiges Management zu verbessern.

Die Direktoren begrüßten die laufenden Gespräche über eine Stärkung der Bankenaufsicht. Mit Blick auf die Zukunft forderten sie die häufigere Erstellung von Unternehmensabschlüssen und eine umfassendere Anwendung der Internationalen Rechnungslegungsgrundsätze (IFRS), um außerbilanzielle Tätigkeiten besser zu erfassen. Sie stellten fest, dass trotz der jüngsten Anstrengungen weitere Maßnahmen erforderlich sind, um die Aufsichtsinstanzen besser zur Rechenschaft ziehen zu können und die Qualität der Aufsichtstätigkeit zu steigern. Die Direktoren begrüßten daher die jüngste Vereinbarung zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Die Direktoren stellten fest, dass die zunehmende internationale Finanzintegration vermutlich einer Umstrukturierung im deutschen Bankensektor bedarf. Der globale Wettbewerb wird die herkömmlichen Geschäftsmodelle von auf bestimmte Zielgruppen beschränkten Banken voraussichtlich weiter untergraben. Nach Ansicht der Direktoren sollte die Umstrukturierung der Banken von dem Ziel geleitet sein, solide und tragfähige Banken zu schaffen, und gleichzeitig sollte Privatkapital eine größere Rolle spielen dürfen.

Die Direktoren riefen die Regierung dazu auf, die hart erkämpften Wirtschaftserfolge Deutschlands durch Fortsetzung ihres mittelfristigen Reformprogramms in den Bereichen Arbeitsmarkt, Investitionsbedingungen, Finanzsektor und Finanzpolitik zu sichern. Sie wiesen auf die Risiken für die langfristige Tragfähigkeit hin, die mit einer Aussetzung des allgemeinen Strukturreformprozesses verbunden wären.

Die Direktoren empfahlen, koordinierte Anstrengungen zur Erhöhung des deutschen Wachstumspotenzials zu unternehmen. Dabei muss dem Fachkräftemangel durch bessere Bildung und Ausbildung, aber auch durch die Förderung der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte begegnet werden. Die Direktoren begrüßten die Bestrebungen im Hinblick auf die Straffung aktiver Arbeitsmarktprogramme und den Ausbau der Kinderbetreuung. Sie warnten jedoch davor, dass die neuen branchenspezifischen Mindestlöhne Arbeitsanreize sowie den Erfolg der Hartz-IV-Arbeitsmarktreformen untergraben könnten.

Die Direktoren forderten unternehmensfreundlichere Bedingungen durch eine weitere Verringerung der Unternehmensteuer- und Abgabenlast, die allerdings haushaltsneutral erfolgen sollte.

Die Direktoren begrüßten die Bemühungen um Weiterentwicklung der Kapitalmärkte und hoben die Bedeutung der Förderung von Transparenz in der Unternehmensführung hervor. Ihrer Ansicht nach könnte die Straffung von Aufsichtsratsstrukturen die Effizienz steigern, und sie sahen Raum, durch die Stärkung der Offenlegungspflichten die den Unternehmensleitungen intern und extern auferlegte Disziplin zu verbessern. Die Direktoren warnten vor Initiativen, die Insidern noch mehr Einfluss verleihen oder die Unternehmensführung komplexer gestalten würden.

Deutschland: Ausgewählte Konjunkturindikatoren

	2003	2004	2005	2006	2007 ¹
Wirtschaftliche Aktivität und Preise	Veränderung in %, falls nicht anders angegeben				
Reales BIP	- 0,3	1,1	0,8	2,9	2,5
Nettoexporte ²	- 0,8	1,3	0,5	1,1	1,5
Inlandsnachfrage gesamt	0,6	- 0,2	0,3	1,9	1,1
Private Verbrauchsnachfrage	0,1	0,2	- 0,1	1,0	- 0,3
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,3	- 0,2	1,0	6,1	5,5
Bauinvestitionen	- 1,6	- 3,8	- 3,1	4,3	2,8
Bruttoinlandsersparnis (% des BIP)	19,8	21,8	22,0	23,0	24,0
Bruttoinlandsinvestitionen (% des BIP)	17,9	17,5	17,4	18,0	18,4
Erwerbsbevölkerung ³	42,6	43,0	43,3	43,2	43,3
Beschäftigung ³	38,6	38,8	38,7	39,0	39,7
Standardisierte Arbeitslosenquote (%)	8,8	9,2	10,6	9,8	8,4
Lohnstückkosten (gewerbliche Wirtschaft)	- 1,3	- 3,1	- 2,5	- 2,8	- 1,5
BIP-Deflator	1,2	1,1	0,7	0,6	1,8
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,0	1,8	1,9	1,8	2,3
Öffentliche Finanzen	in % des BIP				
Saldo der öffentlichen Haushalte ⁴	- 4,0	- 3,8	- 3,5	- 1,6	0,0
Struktureller Haushaltssaldo	- 3,2	- 2,8	- 2,4	- 1,2	0,0
Bruttoverschuldung der öffentlichen Haushalte	62,8	64,7	66,3	66,0	63,3
Geld- und Kreditvolumen	12-monatige prozentuale Veränderung				
Kredite an Haushalte und Unternehmen ⁵	0,0	- 0,2	2,1	3,5	1,7
M3-Geldmenge ⁵	3,5	2,2	5,2	4,8	8,9
Zinssätze	in %				
Dreimonatiger Geldmarktsatz ⁶	2,3	2,1	2,1	3,7	4,6
Rendite auf zehnjährige Staatsanleihen ⁶	4,1	4,1	3,6	3,8	4,3
Zahlungsbilanz	in Mrd. €, falls nicht anders angegeben				
Exporte ⁷	770,0	846,5	915,9	1 042,2	1 137,4
Importe ⁷	685,7	736,8	805,1	921,2	990,8
Handelsbilanz (% des BIP)	5,5	6,3	6,2	6,2	6,9
Leistungsbilanzsaldo	40,9	94,9	103,1	117,2	135,0
Leistungsbilanz (% des BIP)	1,9	4,3	4,6	5,0	5,6
Wechselkurs	Durchschnitt im Zeitraum				
Euro je US-Dollar ⁸	0,88	0,80	0,80	0,80	0,73
Nominaler effektiver Kurs (1990 = 100) ⁸	112,6	115,8	114,7	114,9	120,0
Realer effektiver Kurs (1990 = 100) ⁹	106,0	105,4	100,1	97,4	99,2

¹ IWF-Stabsprognosen, falls nicht anders angegeben.² Beitrag zum BIP-Wachstum.³ Nationale Definition nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) gemäß dem neuen integrierten System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).⁴ Nach VGR gemäß dem neuen integrierten System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 1995).⁵ Daten für 2007 beziehen sich auf Dezember 2007. M3 bezieht sich auf Deutschlands Beitrag im Eurogebiet.⁶ Die Daten für 2007 beziehen sich auf Dezember 2007.⁷ Einschließlich zusätzlicher Handelsposten.⁸ Die Daten für 2007 beziehen sich auf Dezember 2007.⁹ Gestützt auf die relativen normierten Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe. Die Daten für 2007 beziehen sich auf Dezember.

Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF, International Financial Statistics; IWF, World Economic Outlook; IWF-Stabsprognosen.



Die Stiftung „Geld und Währung“ – eine erste Bilanz¹

1	Hintergrund der Stiftungsinitiative	71
2	Förderprojekte	72
2.1	Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS)	72
2.2	Analyse systematischer Risiken für das Finanzsystem der deutschen Volkswirtschaft	73
2.3	Doktorandenförderung	74
2.4	Graduiertenkollege	74
3	Ausblick	75

- Zum 1. Januar 2002 wurde die Stiftung „Geld und Währung“ errichtet, die das Bewusstsein in der Öffentlichkeit für die Bedeutung stabilen Geldes erhalten und fördern soll.
- Hauptaktivität der Stiftung ist die Unterstützung des neu gegründeten „Institute for Monetary and Financial Stability“ an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Hier wurden drei Stiftungslehrstühle eingerichtet, um Forschung und Beratung zum Thema „Geld und Währung“ anzubieten.

1 Hintergrund der Stiftungsinitiative

Im Jahr 2001 gab die Deutsche Bundesbank 1-DM-Goldmünzen zum Gedenken an die Deutsche Mark aus. Trotz des relativ hohen, am Marktwert des Goldes orientierten Verkaufspreises von 250 DM stieß die Sonderprägung auf eine große Nachfrage. In kürzester Zeit wurde die Gesamtauflage von 1 Mio. Stück abgesetzt. Von dem Veräußerungserlös wurden 100 Mio. DM in die Stiftung Geld und Währung eingebracht – eine durch Bundesgesetz zum 1. Januar 2002 errichtete Stiftung öffentlichen Rechts. Weiterer Nutznießer war die Museumsinsel in Berlin, die Mittel zu ihrem Ausbau erhielt.

Mit dem in die Stiftung eingebrachten Vermögen werden dauerhaft, unter Berücksichtigung eines realen Kapitalerhaltes, jährlich etwa 1,5 Mio. € erwirtschaftet, die für den Stiftungs-

zweck verwendet werden können. Die Vergabe der Stiftungsmittel liegt in den Händen des aus sieben Personen bestehenden Stiftungsrates, der mit jeweils zwei Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen und der Deutschen Bundesbank sowie drei Wissenschaftlern aus den jeweiligen Forschungsgebieten besetzt ist.

Das Errichtungsgesetz bestimmt, dass die Stiftung „Geld und Währung“ das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Bedeutung stabilen Geldes erhalten und fördern soll. Die Stiftung soll dazu die wirtschaftswissenschaftliche und juristische Forschung auf dem Gebiet des Geld- und Währungswesens unterstützen. Mit der Umsetzung dieser Vorgaben sind Stiftungsrat und Stiftungsvorstand betraut, die hier schon sehr bald nach Aufnahme ihrer Tätigkeit konkrete Vorstellungen entwickelt hatten. Der Schwerpunkt der Fördertätigkeit der Stiftung sollte demnach insbesondere in den Bereichen angesiedelt werden, die in Deutschland in der wissenschaftlichen

¹ Der vorliegende Beitrag wurde von Herrn Dr. Markus Heuel, Mitarbeiter beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, erarbeitet.

Aufarbeitung Nachholbedarf aufwiesen. Die Stiftung „Geld und Währung“ sollte sich mit ihrem Förderprogramm kontinuierlich und zugleich konzentriert Fragen des Geld- und Währungswesens unter unterschiedlichen Blickwinkeln annehmen, dabei eine konzentrierte Forschung ermöglichen sowie den wissenschaftlichen Nachwuchs, den internationalen wissenschaftlichen Austausch und den Dialog zwischen Wissenschaft, Praxis und Öffentlichkeit fördern. Längerfristiges Ziel der Förderung ist insbesondere die Stärkung der internationalen Präsenz deutscher Wissenschaftler in den Themenbereichen des Stiftungszwecks. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand entwickelten dazu unter Einbeziehung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft ein Förderkonzept, das Kontinuität, Konzentration und Flexibilität ebenso garantieren sollte wie die Sichtbarkeit der Stiftung nach außen.



2 Förderprojekte

Neben der unmittelbaren Förderung einer Reihe einzelner Projekte wurde von der Stiftung als zentrales Förderprojekt die Einrichtung eines aus drei Stiftungsprofessuren bestehenden Instituts beschlossen, das Spitzenforschung in den Bereichen Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften betreiben soll. Um den Aspekten Effizienz, Sichtbarkeit, Vernetzung und Identifikation mit der Stiftung „Geld und Währung“ am besten Rechnung zu tragen, entschied sich die Stiftung, die Stiftungsprofessuren in einem gemeinsamen Institut an einer deutschen Universität einzurichten. Nach den Vorstellungen der Stiftung sollte das Institut „Geld und Währung“ seinen Sitz an einem Ort mit einer forschungs- und kommunikationsförderlichen Infrastruktur haben. Es sollte Forschungs-, Lehr-, Vermittlungs- und Beratungsfunktionen in Wissenschaft, Praxis, Politik und Öffentlichkeit wahrnehmen. Zur Finanzierung dieses Instituts stellte die Stiftung jährlich bis zu 1 Mio. € für die Dauer von insgesamt zehn Jahren zur Verfügung.

Auf die Ausschreibung des Projekts bewarben sich insgesamt 18 deutsche Universitäten, von denen mit den Universitäten Mannheim, Bonn und Frankfurt am Main drei in die engere Auswahl genommen wurden. Der Stiftungsrat folgte schließlich auf seiner Sitzung am 3. Juni 2004 der Empfehlung der mit der Beurteilung der Anträge beauftragten externen Gutachter, das Forschungsinstitut an der Universität Frankfurt am Main einzurichten.

2.1 Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS)

Auf Grundlage der Zusage der Stiftung wurde das Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS) als wissenschaftliches Zentrum der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main gegründet. Es wird dem neu errichteten „House of Finance“ angehören, in dem alle Aktivitäten der Universität auf dem Gebiet von Währung und Finanzen gebündelt werden. Durch die Einbeziehung dreier bereits bestehender Professuren – den Gründungsprofessuren –

seitens der Universität Frankfurt wurde eine raschere Integration der Stiftungsprofessuren in die Abläufe der Universität angestrebt. Nach der Besetzung der drei Stiftungslehrstühle konnte das IMFS am 2. November 2007 an der Universität Frankfurt feierlich eröffnet werden.

Aufgabe des IMFS ist die wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Forschung sowie die wirtschaftspolitische und rechtliche Beratung auf dem Gebiet des Geld-, Währungs- und Finanzwesens. Besonderes Anliegen ist die Förderung des wissenschaftlichen Meinungsaustauschs durch Veranstaltungen und Diskussionsforen mit nationaler und internationaler Beteiligung. Dabei soll insbesondere der Wissenstransfer in die Welt der Kreditinstitute und der Zentralbanken sowie der politischen Entscheidungsträger intensiviert werden. Damit einhergehend ist die akademische und praxisorientierte Nachwuchsförderung Ziel des IMFS. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit soll das Wirken des IMFS die Bedeutung stabilen Geldes stärken und fördern.

Die Arbeitsbereiche des Instituts konzentrieren sich im Themengebiet der monetären Ökonomie insbesondere auf die Frage der Bedeutung stabiler Preise, der Analyse unterschiedlicher stabilitätsorientierter Strategien der Geldpolitik, der Rolle von Erwartungen in der Geldpolitik sowie der Entwicklung und Implementierung makroökonomischer Modelle. Für den Bereich der Forschungen zur Finanzmarktökonomie und systemischen Finanzstabilität steht die Finanzregulierung und Finanzaufsicht sowie „Financial Stability“ im nationalen und internationalen Rahmen im Zentrum der Betrachtungen. Schließlich befasst sich die Forschung zum Geld-, Währungs- und Notenbankrecht insbesondere mit den Regelungen des Europäischen Systems der Zentralbanken, rechtswissenschaftlichen Analysen der Schnittstellen von Währungs- und Wirtschaftspolitik sowie der normativen Steuerung von Allfinanzaufsicht.

Von zentraler Bedeutung für die Stiftung ist ein auf interdisziplinäre Forschung ausgerichtetes Profil des Instituts. Die Forschungsgebiete der drei Stiftungsprofessuren sollen möglichst eng miteinander verflochten werden. Mit öffentlichen und zielgruppenorientierten Veranstaltungen soll – dem Stiftungszweck entsprechend –

das Bewusstsein für die Bedeutung stabilen Geldes, stabiler Finanzen und eines stabilen und stabilitätsfördernden institutionellen Umfelds gefördert werden.

Tragende Säulen des Projekts sind die drei Stiftungsprofessoren, die für die wissenschaftliche Arbeit des Instituts verantwortlich zeichnen:

- Stiftungsprofessur für Volkswirtschaftslehre: Prof. Dr. Stefan Gerlach. Ziel seiner Tätigkeit in Frankfurt wird es unter anderem sein, die unterschiedlichen stabilitätsorientierten Strategien der Geldpolitik bei Unsicherheit über wichtige makroökonomische Zusammenhänge zu analysieren und weiterzuentwickeln.
- Stiftungsprofessur für Volkswirtschaftslehre: Prof. Dr. Roman Inderst. Schwerpunkte seiner Tätigkeit sind die Themen Bankenregulierung und Wettbewerbspolitik.
- Stiftungsprofessur für Geld-, Währungs- und Notenbankrecht: Prof. Dr. Helmut Siekmann. Unter Federführung von Prof. Dr. Siekmann soll mit der finanziellen Unterstützung der Stiftung ein rechtswissenschaftlicher Kommentar zu den Vorschriften über die Europäische Währungsunion entstehen. Der Kommentar wird sowohl das primäre Gemeinschaftsrecht zur Schaffung und Erweiterung der Währungsunion erfassen, als auch das sekundäre Gemeinschaftsrecht, wie zum Beispiel die Vorschriften des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Aus Sicht der Stiftung ist das IMFS mit dem skizzierten Forschungsauftrag und der nunmehr komplettierten Besetzung gut positioniert, um die Ziele der Stiftung entscheidend weiter zu befördern. Die Stiftung kann und will sich allerdings nicht auf dieses zentrale Fördervorhaben beschränken und unterstützt deshalb neben diesem zentralen Projekt in Frankfurt eine Reihe weiterer Projekte, auf die im Folgenden kurz eingegangen werden soll.

2.2 Analyse systemischer Risiken für das Finanzsystem der deutschen Volkswirtschaft

Bereits im Jahr 2005 hat die Stiftung ein Projekt zur Analyse systemischer Risiken für das Finanz-

system in Deutschland auf Grundlage makroökonomischer Stresstests ausgeschrieben. Ausgangspunkt des Projekts ist der Wunsch, die Mechanismen besser zu verstehen, durch die systemische Schocks entstehen und durch die sie im Finanzsystem weiter verbreitet werden. Einerseits führt nicht jeder systemweite „Schock“ zu einer akuten Gefährdung des Finanzsystems, die das Eingreifen der Finanzaufsicht oder der Zentralbank erfordert. Andererseits können sich anfänglich scheinbar eher beschränkte Schocks über verschiedene Übertragungskanäle zu ernst, systemweiten Krisen ausweiten. Gemeinsam ist vielen systemweiten Schocks aber die destabilisierend wirkende Interaktion von Marktrisiko, Liquiditätsrisiko und Kreditrisiko, die zusammen genommen eine Systemkrise auslösen können. Dies bedeutet, dass eine separate Analyse jedes einzelnen Bereichs zu einem unvollständigen Bild über die Gefährdung des Finanzsystems führen würde. Von der Stiftung für notwendig erachtet wurde daher eine Gesamtbetrachtung der Teilbereiche Bankensystem, Finanzmärkte und Realökonomie unter Berücksichtigung aller wichtigen Interdependenzen.

Den Zuschlag für diese Untersuchung erhielt das Institut für Weltwirtschaft (IfW) an der Universität Kiel, das sich im Bewerbungsverfahren gegenüber den Anträgen namhafter Konkurrenten durchsetzen konnte. Das IfW führt die Untersuchungen in Kooperation mit den Universitäten Tübingen und Gent durch. Das mit 500 000 € dotierte Projekt ist auf drei Jahre angelegt und steht gegen Ende 2008 vor seinem Abschluss. Ergebnis des Projektes wird ein integriertes Mikro-/Makromodell zur Durchführung von Stresstests für das deutsche Finanzsystem sein. In dieses Modell werden die wichtigsten makroökonomischen Variablen (insbesondere BIP, Inflation, Zinsen) einbezogen, wobei vor allem die Entwicklungen in Krisenzeiten geeignet modelliert werden sollen. Das Projekt konzentriert sich auf makroökonomische Stresstests; es versucht, die gesamtwirtschaftlichen, systemischen Risiken von Makroschocks im Finanzsystem abzugreifen. Einzelwirtschaftliche Stresstests oder Sensibilitätsanalysen sind nicht Gegenstand der Untersuchung.

2.3 Doktorandenförderung

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat die Stiftung ein Stipendienprogramm für Promovierende in den Fächern Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften aufgelegt, die sich Fragen des Geld- und Währungswesens mit den Schwerpunkten „Monetäre Ökonomie“, „Finanzmarktökonomie“ sowie „Geld-, Währungs- und Notenbankrecht“ widmen. Die Stiftung unterstützt im Rahmen dieses Programms insbesondere Promotionsvorhaben, die einen unmittelbaren Bezug zur Geldwertstabilität aufweisen. Insgesamt stehen hierzu jährlich Stiftungsmittel in Höhe von bis zu 200 000 € zur Verfügung. Jedes einzelne Stipendium ist mit monatlich 1050 € dotiert und wird mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren vergeben. Ergänzt wird diese Leistung um eine monatliche Forschungskostenpauschale von 100 € sowie eine einmalige Tagungskostenpauschale von 1 000 €. Die administrative Abwicklung des Stipendienprogramms liegt in den Händen der Studienstiftung des Deutschen Volkes, an die Anträge unmittelbar unter Bezugnahme auf das Programm der Stiftung Geld und Währung gerichtet werden können.

2.4 Graduiertenkollege

Aktuell läuft die Ausschreibung zweier Graduiertenkollege/PhD-Programme „Geld und Währung“, die an zwei deutschen Universitäten eingerichtet werden sollen. Ziel des Projektes ist es, besonders qualifizierten Doktorandinnen und Doktoranden die Möglichkeit zu geben, ihre Dissertationen auf dem Gebiet des Geld- und Währungswesens in einem anspruchsvollen, von Zusammenarbeit geprägten Forschungsumfeld anzufertigen. Das Kolleg steht den Fachgebieten Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften offen. Es soll inhaltlich überbrückend in diesen Bereichen den Zweck der Stiftung abdecken. Wichtiges Ziel des Programms ist in diesem Zusammenhang die Förderung der internationalen Kooperation im Bereich der Promotionsförderung, insbesondere auch die Steigerung der Attraktivität deutscher Universitäten für ausländische Promovierende. Das Kolleg sollte nach den Vorstellungen der Stiftung vier

Semester Kursprogramm beinhalten und für den Abschluss der Promotion fakultativ um weitere zwei Semester verlängert werden können. Jedes der beiden Kollege wird mit jährlich bis zu 300 000 € unterstützt, die insbesondere für Stipendien, Gastwissenschaftler, Tagungen und Konferenzen sowie Forschungsaufenthalte der Kollegiaten zu verwenden sind.



3 Ausblick

Mit diesen zuvor skizzierten Projekten sind mittelfristig die Mittel der Stiftung weitgehend verplant. Die Stiftung wird aber wie schon in der Vergangenheit für kleinere Förderanfragen immer offen sein, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung von Tagungen und anderer wissenschaftlicher Veranstaltungen. Seit ihrer Errichtung im Jahr 2002 hat die Stiftung Universitäten und Forschungseinrichtungen bereits über 30 solcher Förderungen in einem finanziellen Rahmen von jeweils bis zu 30 000 € zugesprochen und damit auch eine relativ breite Wirkung entfaltet. Aufgrund der zeitlichen Beschränkung aller Fördermaßnahmen wird die Stiftung „Geld und Währung“ künftig fortlaufend in der Lage sein, neue erfolgversprechende Förderansätze zu verfolgen. Weitere Informationen über die Stiftung finden Sie auf der Homepage www.stiftung-geld-und-waehrung.de.



Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick	77
2	China	79
3	Indien	80
4	Korea	82
5	Russland	83
6	Ukraine	85
7	Argentinien	86
8	Brasilien	87
9	Mexiko	88
10	Türkei	89
11	Vereinigte Arabische Emirate	91

- China konnte 2007 das höchste Wirtschaftswachstum seit 13 Jahren erreichen.
- Das Wirtschaftswachstum war 2007 auch in Russland noch höher als in den Vorjahren.
- Lateinamerika wies 2007 eine weiterhin robuste wirtschaftliche Entwicklung auf.
- Aber: Finanzmarkturbulenzen hinterlassen auch in den Schwellenländern Spuren.

1 Überblick

Die Finanzmärkte der Schwellenländer hatten das von Turbulenzen geprägte Jahr 2007 in erstaunlicher Robustheit und einer überwiegend positiven Gesamtbilanz beendet. Sowohl die Marktturbulenzen des Sommers als auch die mit der US-Subprime-Krise einhergehende steigende Risikoaversion und Kapitalverknappung haben bis zum Ende des vergangenen Jahres zu keiner nachhaltigen Schwächung der Emerging Markets geführt. Der Januar 2008 brachte dann jedoch eine deutliche Verschlechterung des Marktklimas mit sich. Im Rahmen der weltweiten Finanzmarktkorrekturen in der vierten Januarwoche 2008 verzeichneten nahezu alle wichtigen Schwellenländer-Märkte teilweise starke Verluste. Ob diese Korrektur abgeschlossen ist oder Auftakt für länger anhaltende Turbulenzen, bleibt abzuwarten.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet trotz einer weltweiten Konjunkturabkühlung in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum in China von 10 %. Die gegenwärtige Finanzkrise, die auf dem US-Wohnimmobilienmarkt begonnen habe, breite sich aus und beeinträchtige nicht nur die Wirtschaft in den USA. Auswirkungen dürften daher auch in China zu spüren sein. China und Indien konnten im vergangenen Jahr weiterhin hohe Wachstumsraten verzeichnen. In Indien stellt der schlechte Zustand der Infrastruktur nach wie vor einen wesentlichen Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Hohe Investitionen in diesem Bereich zur Verbesserung von Energie- und Wasserversorgung, Straßen-, Eisenbahn- und Flugverbindungen sind wesentlich, um das von der Regierung angestrebte hohe Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren erreichen zu können. Für 2008 erwartet die Regierung ein Wachstum von rund 9 %.

Sowohl in Russland als auch in der Ukraine wurden durch Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen neue Weichen gestellt. In Russland deutet die Wahl des mit Unterstützung des bisherigen Präsidenten Putin angetretenen Dmitri Medwedew auf eine Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik. In der Ukraine scheinen sich die Konflikte um die außenpolitische Positionsbestimmung trotz der Neuwahlen fortzusetzen. Ungeachtet der unterschiedlichen innenpolitischen Voraussetzungen entwickelten sich die Volkswirtschaften beider Länder auch 2007 dynamisch mit Raten von 7,8 % in Russland und 7 % in der Ukraine. Allerdings ist die wachsende Inflation eine Herausforderung, mit der sich sowohl Russland als auch die Ukraine auseinandersetzen müssen.

Die Region Lateinamerika hat insgesamt betrachtet die Turbulenzen an den Finanzmärkten bis Februar 2008 gut überstanden. Nach den vorliegenden Ergebnissen dürfte das reale Wirtschaftswachstum Lateinamerikas in 2007 mit 5,5 % sogar noch leicht über dem des Jahres 2006 mit 5,3 % liegen. Dabei profitierten die meisten Länder der Region von der hohen Rohstoffnachfrage und den stark gestiegenen Rohstoffpreisen sowie der stetigen Erholung der Binnennachfrage. Auch die deutliche Zunahme der lateinamerikanischen Bestände an Währungsreserven – sie haben sich in den letzten drei Jahren auf mehr als 400 Mrd. US-Dollar fast verdoppelt – trägt dazu bei, dass die Verwundbarkeit der Region gegenüber externen Schocks weiter abgenommen hat.

Die Entwicklung der Türkei in den letzten Jahren verlief positiv mit relativ hohen Wachstumsraten, schätzungsweise 5 % in 2007, umfangreichen Strukturreformen, Haushaltskonsolidierung und zunehmenden Direktinvestitionen. Aufgrund des ausgeprägten Leistungsbilanzdefizits, der Abhängigkeit von ausländischen Kapitalzuflüssen, der weiterhin hohen öffentlichen Verschuldung und deutlichen Preisniveausteigerungen bestehen nicht zu unterschätzende Risiken für die weitere Entwicklung, denen die Regierung aber mit der Fortsetzung des Stabilitäts- und Reformkurses entgegentreten kann.

Die Vereinigten Arabischen Emirate verzeichnen seit mehreren Jahren hohe Wachstumsraten, in 2007 geschätzt 7,7 %. Der gegenwärtige

Boom basiert dabei zunehmend auf einer überlegten Diversifizierungsstrategie, die die Abhängigkeit vom Öl reduzieren soll. Auch der Ausblick ist eindeutig positiv. Hohe Inflationsraten und Währungsdruck stellen aber nicht zu vernachlässigende Risiken für die makroökonomische Stabilität dar.



2 China

In den vergangenen fünf Jahren ist die chinesische Wirtschaft jeweils um einen zweistelligen Prozentsatz gewachsen. 2007 lag das Wirtschaftswachstum nach offiziellen Angaben bei 11,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit war das Wachstum so hoch wie seit 13 Jahren nicht mehr. Das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg auf über 3 400 Mrd. US-Dollar.

Zu einem ernsthaften Problem hat sich in China die Preissituation entwickelt. Insgesamt im Jahresdurchschnitt stieg die Inflationsrate 2007 um 4,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, wobei bereits im November und Dezember die Veränderungsraten bei weit über 6 % lagen. Diese Tendenz setzte sich 2008 fort. Im Januar 2008 stieg die Inflationsrate um 7,1 %, dies war der höchste Anstieg seit elf Jahren. Hauptursache für diesen Anstieg waren die hohen Lebensmittel- und Ölpreise. Allein im Januar stiegen die Preise für Lebensmittel um über 18 % an. Um den Preisanstieg und das anhaltende Kreditwachstum einzudämmen, hatte die Zentralbank zuletzt die Mindestreserveanforderungen für Geschäftsbanken im Dezember 2007 um 100 Basispunkte und erneut im Januar 2008 um 50 Basispunkte auf nunmehr 15,0 % angehoben. Weitere Erhöhungen dürften in den kommenden Monaten folgen. In den letzten beiden Monaten des Jahres 2007 hatte die Zentralbank einen de facto Kreditstopp für die Geschäftsbanken verhängt (Kreditwachstum der Banken wurde für 2007 auf 15 % beschränkt) und für 2008 wurden quartalsweise Vorgaben für das erlaubte Kreditwachstum erteilt. Des Weiteren wurde für zahlreiche Güter ein Preisstopp verhängt. Die in 2007 vorgenommene sechsmalige Erhöhung der Zinsen und zehnmalige Anhebung der Mindestreserveverpflichtungen um insgesamt 450 Basispunkte hat offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Insbesondere verschärft sich das Problem der negativen Realzinsen für Spareinlagen.

Die von der Zentralbank gesteuerte Aufwertung der Landeswährung Yuan setzte sich 2007 weiter fort. Die Zentralbank hat die Geschwindigkeit, mit der der Yuan maximal aufwerten darf, von 5 % auf nunmehr 15 % pro Jahr erhöht. Der Wertzuwachs des Yuan gegenüber dem

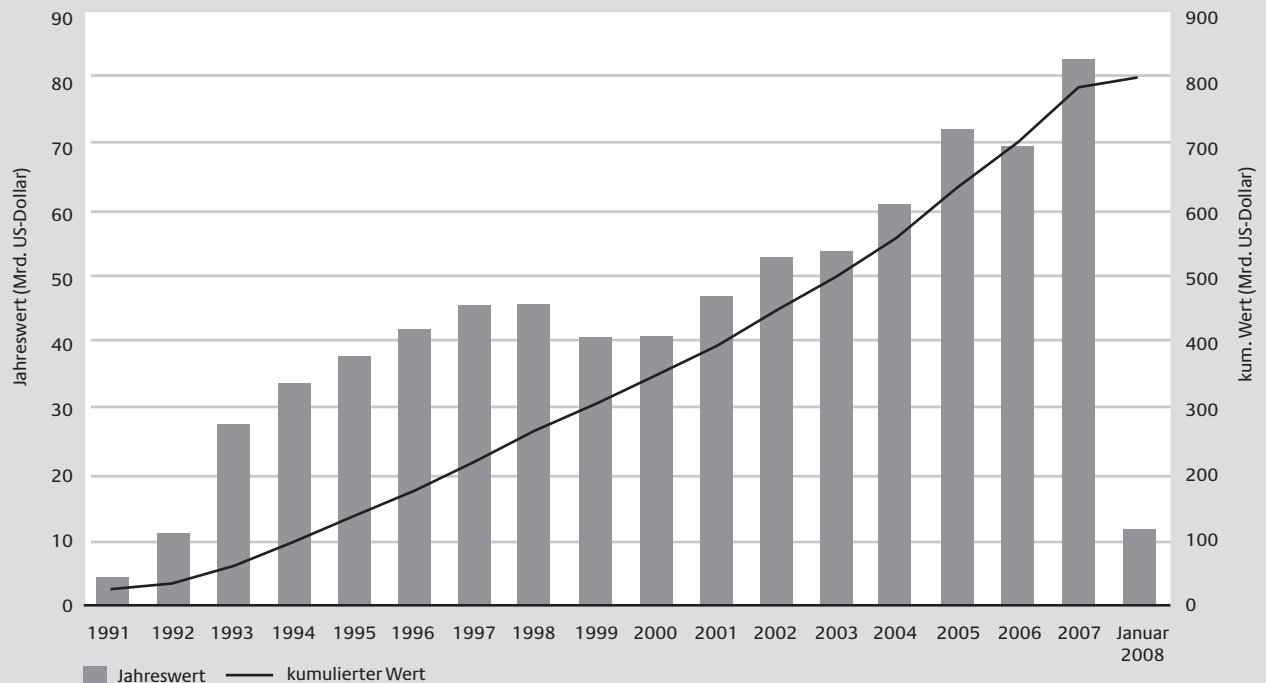
US-Dollar im Jahr 2007 betrug insgesamt knapp 7 %. Die als unterbewertet geltende Landeswährung und die Erwartung der Märkte, dass die chinesische Regierung in absehbarer Zeit nicht umhinkommen wird, den Yuan deutlicher aufzuwerten, lassen immer mehr spekulatives Kapital ins Land fließen. Dieses Kapital heizt die Inflation weiter an. Die chinesischen Währungsreserven sind 2007 um fast 462 Mrd. US-Dollar auf mittlerweile 1,53 Bio. US-Dollar angestiegen.

Im Außenhandel konnte China 2007 erneut einen Rekordüberschuss erreichen. Dieser stieg gegenüber dem Vorjahr um 48 % auf über 262 Mrd. US-Dollar an. Exporten von rund 1 218 Mrd. US-Dollar standen Importe von rund 956 Mrd. US-Dollar gegenüber. Das Handelsvolumen überstieg damit erstmals die Grenze von 2 000 Mrd. US-Dollar. Bemerkenswert ist die regionale Verteilung der chinesischen Exportzuwächse im vergangenen Jahr: Während die Exporte in die USA und Japan „nur“ um 14,4 % bzw. 11,4 % anstiegen, erhöhten sich die Ausfuhren in die EU um 29,2 % und die nach Südostasien um 32,1 %. Die EU ist mittlerweile mit einem Handelsvolumen von rund 356 Mrd. US-Dollar Chinas wichtigster Handelspartner. Auch in 2008 setzt sich die positive Tendenz im Außenhandel fort.

Die ausländischen Direktinvestitionen in China stiegen 2007 auf knapp 83 Mrd. US-Dollar (einschließlich Finanzsektor) an. Damit ist eine Steigerung von etwa 13,8 % gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Allein im Dezember flossen rund 13 Mrd. US-Dollar an Direktinvestitionen nach China, etwa 50 % mehr als im Vorjahr. Im Januar 2008 konnte ebenfalls ein hoher Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen (11,2 Mrd. US-Dollar) erreicht werden; der Wert überstieg den Vergleichswert des Vorjahreszeitraums um mehr als 100 %. Allerdings sind 2007 auch erhebliche chinesische Investitionen ins Ausland geflossen, rund 20 Mrd. US-Dollar – siebenmal soviel wie in 2002. Dabei sind insbesondere die hohen Beteiligungen der chinesischen Finanzinstitute im Ausland hervorzuheben. So hat sich die nach Marktkapitalisierung größte Bank Chinas (und der Welt), die Industrial and Commercial Bank of China, 20 % der Anteile an der südafrikanischen Standard Bank für rund 5,5 Mrd. US-Dollar gesichert.

Der chinesische Staatsfonds, China Investment Corporation (CIC), hat im vergangenen

Abbildung 1: Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in China seit 1991



Quelle: PRC National Bureau of Statistics; China Monthly Economic Indicators; Ministry of Commerce.

Jahr Kapitalspritzen im Umfang von mehr als 20 Mrd. US-Dollar für verschiedene Banken des Landes zur Verfügung gestellt, u.a. China Development Bank. Daneben erfolgten Investitionen im Ausland. Nach der Beteiligung an Blackstone im Mai vergangenen Jahres hat sich CIC im Dezember mit rund 5 Mrd. US-Dollar an der mit Rekordverlusten von circa 10 Mrd. US-Dollar kämpfenden US-Investmentbank Morgan Stanley beteiligt.

3 Indien

Trotz der starken Rupie, gestiegener Zinsen und eines Ölpreises auf Rekordniveau wuchs die indische Wirtschaft in den vergangenen Monaten weiter dynamisch. Das Wachstum sank nach dem Rekordjahr 2006/2007 (revidiert 9,6 % BIP-Wachstum) im Quartal Juli-September 2007 mit 8,9 % erstmals wieder unter die Marke von 9 %, liegt jedoch noch immer über dem Durchschnittswert der letzten vier Jahre (8,6 %). Für das Fiskaljahr 2007/2008 erwartet die indische Regierung ein Wirtschaftswachstum von rund 9 %. Das hohe Wirtschaftswachstum trug dazu bei, dass die Regierung das Haushaltsdefizit im Haushaltsjahr 2006/2007 auf 3,5 % des BIP senken konnte. Auch für das laufende Fiskaljahr geht die Regierung davon aus, dass das Ziel, das Haushaltsdefizit auf 3,3 % des BIP zu senken, erreicht wird. Um das angestrebte hohe Wirtschaftswachstum zu erreichen, sieht die indische Regierung insbesondere verstärkte Investitionen in den Infrastrukturbereich für notwendig an.

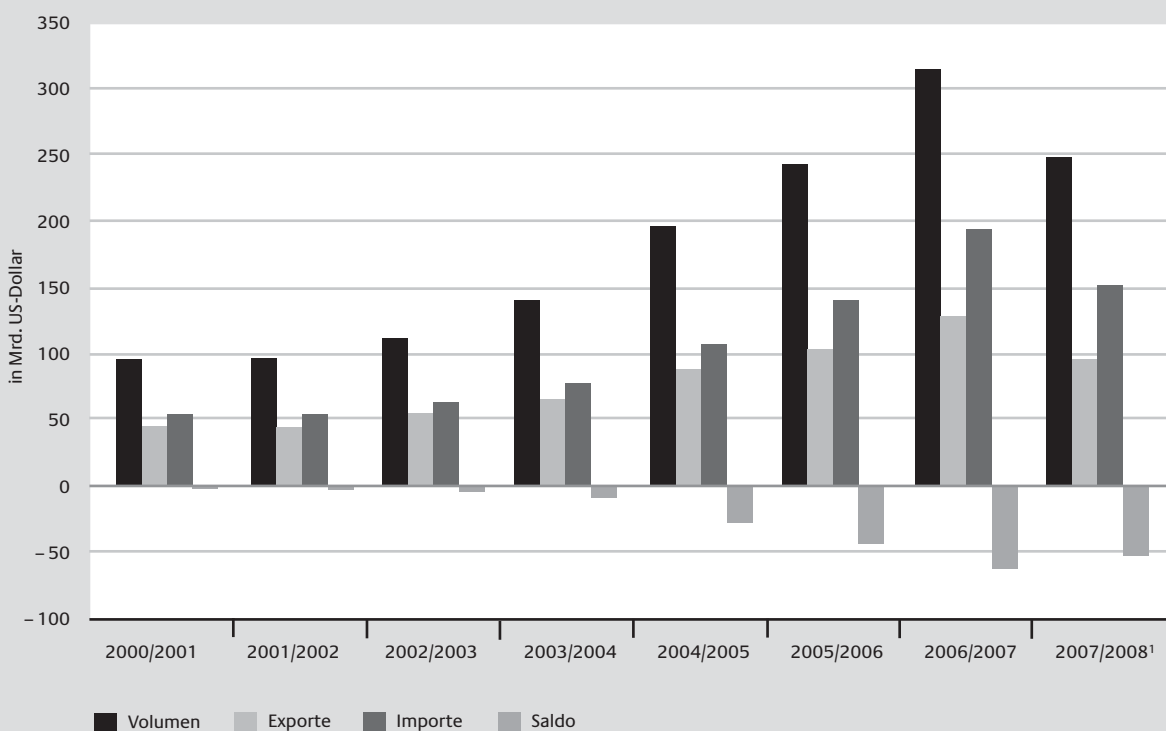
In den ersten acht Monaten des Fiskaljahres 2007/2008 flossen nach Angaben der Reserve Bank of India (RBI), der indischen Zentralbank, ausländische Direktinvestitionen in Höhe von rund 13,8 Mrd. US-Dollar (einschließlich reinvestierter Gewinne) nach Indien. Im gesamten Fiskaljahr 2006/2007 wurden ausländische Direktinvestitionen von etwa 22 Mrd. US-Dollar verzeichnet. Um das Land für ausländische Investoren attraktiver zu machen, hat die indische Regierung Ende Januar eine Reihe von Investitionsbeschränkungen aufgehoben bzw. gelockert. Diese betreffen vor allem die zivile Luftfahrt, die Öl- und Gasverarbeitung (Raffinerien), die Titanproduktion und -verarbeitung sowie das Bauwesen. In diesen Sektoren galt bislang eine Beteiligungsobergrenze von 26 %, die nunmehr auf 49 % angehoben wurde. Außerdem bedurften Projekte in diesen Sektoren bislang einer Genehmigung durch das Regierungskabinet. Künftig wird die Genehmigung durch den zuständigen Foreign Investment Promotion Board erteilt.

Die Rupie konnte im abgelaufenen Jahr einen Wertzuwachs von mehr als 12 % gegenüber der

US-Währung verbuchen. Um die Rupie von einer zu starken Aufwertung abzuhalten, hat die RBI in den vergangenen Monaten massiv am Devisenmarkt interveniert. Zentralbankgouverneur Reddy hat betont, die RBI werde auch weiterhin zur Sicherung der Stabilität der Rupie am Markt aktiv sein, halte aber gleichwohl an ihrem Ziel der schrittweisen Liberalisierung des Wechselkurses der Landeswährung fest. Indiens Währungsreserven erreichten nicht zuletzt auf Grund der Interventionen Ende Januar 2008 einen neuen Rekordwert von rund 292 Mrd. US-Dollar. Indien hält damit die viertgrößten Währungsreserven nach China, Japan und Russland.

Nachdem die Inflation in der 2. Jahreshälfte 2006 deutlich angestiegen war und im Januar 2007 einen Höchstwert von 6,7 % erreicht hatte, konnte sie dank des entschlossenen Handelns der RBI schnell wieder zurückgedrängt werden. Ende Dezember 2007 lag der maßgebliche Großhandelspreisindex bei 3,5 %. Im Januar 2008 erreichte die Inflationsrate 4,0 %, wobei vor allem steigende Lebensmittelpreise preistreibend wirkten (u.a. Verdopplung der Preise von Weizen

Abbildung 2: Entwicklung des indischen Außenhandels seit 2000/2001



¹ April bis November 2007

Quelle: Reserve Bank of India.

und Pflanzenöl). Zu berücksichtigen ist auch, dass in Indien, das 70 % seines Ölbedarfs importieren muss, die Inlandspreise für Brennstoffe massiv subventioniert und staatlich administriert werden. Ein schrittweiser Abbau dieser Subventionen ist erforderlich, weil sie bei weiter ansteigenden Ölpreisen zu einer Haushaltsbelastung zu werden drohen. Auch der starke Zufluss ausländischen Kapitals auf die indischen Kapitalmärkte bedarf der Steuerung durch die Zentralbank. Nach Schätzungen haben Ausländer im vergangenen Jahr für rund 16 Mrd. US-Dollar Unternehmensanteile an den indischen Börsen erworben. Mit Wirkung vom 11. November 2007 hat die RBI die Mindestreserveanforderungen an Geschäftsbanken um 50 Basispunkte auf 7,5 % erhöht, um Liquidität vom Markt zu nehmen.

In den ersten acht Monaten des Fiskaljahres 2007/2008 (April bis November) war der indische Außenhandel, wie in den vergangenen Jahren, weiter defizitär. Die Exporte stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 21,9 % auf mehr als 98 Mrd. US-Dollar während sich die Importe um 26,9 % auf gut 151 Mrd. US-Dollar erhöhten. Damit erreichte das Handelsdefizit einen neuen Höchststand mit über 52 Mrd. US-Dollar.

4 Korea

Die koreanische Wirtschaft konnte ihren Aufwärtstrend im 2. Halbjahr 2007 beibehalten. Getragen von soliden Exporten und einer steigenden inländischen Nachfrage konnte Korea im abgelaufenen Jahr ein Wirtschaftswachstum von rund 4,9 % (Vorjahr: 4,5 %) verbuchen. Für das kommende Jahr geht die koreanische Regierung von einem vergleichbaren Wachstumstempo aus. Risiken werden allerdings in der Nachfrageentwicklung in den USA und Europa gesehen. In seinem Wahlkampf hatte der am 19. Dezember 2007 gewählte (und am 25. Februar 2008 vereidigte) Präsident Lee Myung-bak versprochen, mit seiner Wirtschaftspolitik dafür zu sorgen, dass das Land durchschnittliche Wachstumsraten von 7 % pro Jahr erzielen, das Pro-Kopf-Einkommen sich in zehn Jahren auf 40 000 US-Dollar verdoppeln und Südkorea zu den zehn größten Volkswirtschaften der Welt gehören werde.

Die ausländischen Direktinvestitionen verzeichneten trotz eines Anstiegs im 2. Halbjahr 2007 im dritten Jahr in Folge einen Rückgang. Sie sanken um 6,5 % im Vergleich zum Jahr 2006 auf 10,5 Mrd. US-Dollar. Hauptgründe für die nachlassende Attraktivität Südkoreas als Investitionsstandort sind die im Vergleich zu anderen Standorten der Region steigenden Produktions- und Lohnkosten sowie die rigiden Arbeitsmarktregelungen.

2007 wuchsen die koreanischen Exporte um mehr als 14 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf das Rekordniveau von knapp 372 Mrd. US-Dollar an. Im gleichen Zeitraum stiegen die Importe um rund 15,6 % auf knapp 357 Mrd. US-Dollar. Bei einem Handelsvolumen von mehr als 728 Mrd. US-Dollar erreichte der Handelsüberschuss somit rund 15 Mrd. US-Dollar. Allerdings wurde im Dezember auf Grund der hohen Ölimportpreise ein leichtes Handelsdefizit von 0,9 Mrd. US-Dollar erwirtschaftet. Das Handelsdefizit ist im Januar 2008 auf rund 3,4 Mrd. US-Dollar angestiegen. Bei unverändert hohen Ölpreisen und einer nachlassenden US-Nachfrage kann eine Fortsetzung der defizitären Entwicklung des traditionell exportdominierten koreanischen Außenhandels nicht ausgeschlossen werden. Der Leistungsbilanzüberschuss betrug 2007 rund 6 Mrd. US-Dollar.

Der Wechselkurs der Landeswährung Won tendierte gegenüber dem US-Dollar bei gestiegener Volatilität seit August 2007 etwas schwächer als im 1. Halbjahr. Im Dezember wertete der Won um 1,2 % gegenüber dem US-Dollar ab. Im Vergleich zum Jahresbeginn war insgesamt eine geringe Abwertung um 0,7 % festzuhalten. Dieses etwas schwächere Niveau des Won dürfte der Regierung und der Zentralbank entgegenkommen. Die Zentralbank hatte in den vergangenen Jahren mit massiven Devisenmarktinterventionen versucht, den Won an einer weiteren Aufwertung zu hindern. Dementsprechend stiegen Südkoreas Währungsreserven 2007 um fast 10 % auf gut 262 Mrd. US-Dollar an.

Nachdem die Konsumentenpreise im Dezember um 3,6 %, ein Dreijahreshoch, gestiegen waren, ließ die Zentralbank die Leitzinsen trotz der Konjunkturrisiken im fünften Monat in Folge unverändert bei 5,0 %. Die Zentralbank geht davon aus, dass die Preissteigerung im Januar mit 3,9 % ihren Höhepunkt erreichen wird, für das 1. Quartal rechnet sie mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 3,7 %.



5 Russland

Nach den am 2. Dezember 2007 durchgeführten Parlamentsneuwahlen sind in der Staatsduma nunmehr vier Fraktionen vertreten. Dabei verfügt die Partei „Einiges Russland“ mit 315 von 450 Abgeordneten über eine deutliche Zweidrittelmehrheit. Anders als nach den Parlamentswahlen 2003 wurden in dieser Legislaturperiode aber auch die Fraktionen der Kommunistischen Partei (57 Abgeordnete), der Liberaldemokratischen Partei (40 Abgeordnete) und der Fraktion „Gerechtes Russland“ (38 Abgeordnete) bei der Besetzung von Leitungspositionen der Parlamentsausschüsse berücksichtigt.

Bei den Präsidentschaftswahlen am 2. März 2008 wurde der vom amtierenden Präsidenten und (u.a.) der Partei „Einiges Russland“ unterstützte Dmitri Medwedew mit einer Mehrheit von rd. 70 % der Wählerstimmen erwartungsgemäß zum Nachfolger Wladimir Putins gewählt. In der letzten Phase des, in den russischen Medien allerdings kaum spürbaren, Wahlkampfes hatten sich Putin und Medwedew explizit als politisches Tandem und Garanten einer Fortsetzung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der letzten Jahre unter „geteilter Verantwortung“ dargestellt. Damit spricht einiges dafür, dass auch Putin – dann als Vorsitzender der Regierung – weiterhin eine wesentliche Rolle in der russischen Politik spielen wird.

Wirtschaftspolitisch fällt die Bilanz der Präsidentschaft Putins positiv aus: Seit Überwindung der Finanzkrise 1998 konnte das russische BIP jährlich real um durchschnittlich 6,7 % gesteigert werden. Für 2007 wird das Wachstum vom russischen Finanzministerium mit 7,8 % beziffert. Dabei hat sich die traditionell überragende Bedeutung des russischen Handelsüberschusses („Petrodollars“) als Wachstumsträger auch 2007 weiter relativiert. Aktuelle Schätzungen der russischen Zentralbank zufolge gingen die Exportüberschüsse 2007 um 7,5 % auf 128,7 Mrd. US-Dollar zurück. Demgegenüber hat sich die anhaltend hohe Binnennachfrage zu einem stabilen Wachstumsfaktor entwickelt, allerdings durch hohe Importsteigerungen (27 % in 2007) auch wesentlich zur Reduzierung des Handelsüberschusses beitragen. Der IWF rechnet bereits für 2009 mit einer nahezu ausgeglichenen

Handelsbilanz. Eine große Herausforderung bleibt der Kampf gegen die tendenziell weiter zunehmende Inflation, nachdem das Inflationsziel für 2007 (8 %) mit 11,9 % deutlich überschritten wurde.

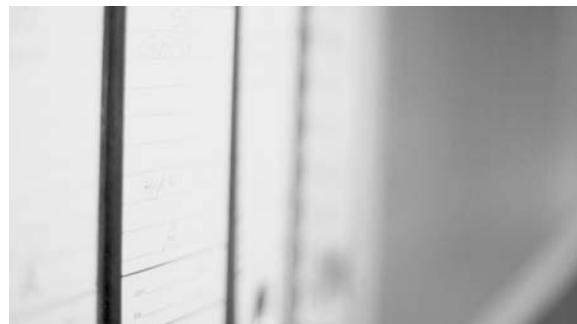
Die weltweiten Kurskorrekturen an den internationalen Finanzmärkten zu Jahresbeginn gingen auch am russischen Aktienmarkt nicht spurlos vorbei: Der russische Aktienindex RTS gab gegenüber dem Jahresbeginn um knapp 10 % nach (Stand Ende Februar), insgesamt hat er aber das im Laufe der letzten Jahre gewonnene hohe Niveau nicht verlassen. Mit rund 481 Mrd. US-Dollar (Stand Ende Februar 2008) verfügt Russland auch weiterhin über die dritthöchsten Währungsreserven weltweit.

Vorrangiges wirtschaftspolitisches Ziel auch der künftigen Regierung ist eine Verringerung der extremen Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von Energieexporten und damit die Diversifizierung und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Zu diesem Zweck sollen auch die Mittel des bisherigen Stabilisierungsfonds stärker mobilisiert werden als bisher. Seit seiner Gründung Anfang 2004 diene dieser aus staatlichen Erdölförderungs- und Exporterlösen gespeiste Fonds vorrangig der Absicherung des russischen Staatshaushalts im Falle sinkender Weltmarktpreise.

Zum 1. Februar 2008 wurden die Ressourcen des Stabilisierungsfonds (ca. 107 Mrd. €) zunächst in einen neuen Reservefonds übertragen, der die bisherige Sicherungsfunktion des Stabilisierungsfonds im Wesentlichen übernimmt. Die Mittel auch des Reservefonds sind entsprechend konservativ anzulegen. Soweit die gesetzlich festgelegte Sollgröße des Reservefonds von 10 % des für das jeweilige Haushaltsjahr erwarteten BIP erreicht ist, fließen „überschießende“ Mittel künftig in einen „Fonds des nationalen Wohlstands“. Die Erträge dieses Wohlstandsfonds sollen politisch vorrangigen gesellschaftlichen Projekten (u.a. Infrastruktur, Bildung, Gesundheit, Alterssicherung) zugute kommen. Zum 31. Januar 2008 standen ca. 22 Mrd. € zur Neueinrichtung dieses Fonds zur Verfügung.

Anders als beim Reservefonds sollen die Mittel des Wohlstandsfonds breiter diversifiziert und langfristiger angelegt werden (Zielrendite 6,5 % bis 7 %). Das Finanzministerium soll bis zum

1. Oktober 2008 entsprechende Investitionsmöglichkeiten vorschlagen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die konkreten Anlagestrategien des Wohlstandsfonds aber noch ebenso offen – und Gegenstand der innenpolitischen Diskussion – wie die Frage, welche gesellschaftlichen Projekte aus seinen Erträgen künftig prioritär gefördert werden.



6 Ukraine

Nach den Parlamentswahlen vom 30. September 2007 und einer schwierigen Phase der Regierungsbildung wurde Julija Tymoschenko am 18. Dezember 2007 vom ukrainischen Parlament, der Werchowna Rada, zur neuen Premierministerin gewählt. Zum neuen Finanzminister der Ukraine wurde der als Wirtschaftsreformer geltende Wiktor Pynsenyk berufen, der dieses Amt bereits von Februar bis September 2005 sowie in der anschließenden (lt. Präsident Juschtschenko) „entpolitisierten Koalition der Pragmatiker“ unter Premierminister Jechanurow von September 2005 bis August 2006 innehatte.

Die neue Regierung kann es als einen Erfolg verbuchen, dass die Welthandelsorganisation (WTO) am 6. Februar 2008 – nach einer Verhandlungsdauer von insgesamt fast fünfzehn Jahren – der Aufnahme der Ukraine zugestimmt hat. Der WTO-Beitritt wird dreißig Tage nach Ratifizierung des Beitrittsbeschlusses durch das ukrainische Parlament in Kraft treten. Wann es zu dieser Ratifizierung kommt, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings offen, nachdem die Werchowna Rada aufgrund der am 18. Januar 2008 von der Opposition durchgeführten – und bisher durchgehaltenen – Blockade der Rednertribüne des Parlaments nicht mehr getagt hat. Anlass der Blockade war eine von Präsident Juschtschenko, Premierministerin Tymoschenko und Außenminister Jazenjuk gezeichnete offizielle Bitte an die NATO um einen Anschluss an den Aktionsplan für einen Beitritt zum Bündnis.

Trotz dieser politischen Lähmung verläuft die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine weiterhin dynamisch: Nach Schätzungen des Wirtschaftsministeriums ist das BIP auch 2007 real um 7 % gewachsen, nachdem die Wachstumsraten bereits in den Jahren 2000 bis 2006 durchschnittlich 7,4 % betragen hatten. Quellen des Wachstums sind neben einer erhöhten Industrieproduktion auch die dynamische Entwicklung in den Sektoren Handel, Bau, Transport und Kommunikation. Für 2008 wird von der Regierung ein BIP-Zuwachs von 6,8 % erwartet; der IWF prognostizierte noch im November 2007 diesen Zuwachs mit lediglich 5,4 % allerdings etwas skeptischer.

Eine der schwierigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen an die neue Regierung liegt in der Bekämpfung der Inflation, die von 11,6 % (2006) auf 16,6 % (Ende 2007) nochmals deutlich anstieg. Nachdem offizielle Stellen trotz dieser Entwicklung zunächst lange am ursprünglichen Inflationsziel von 7,5 % festgehalten hatten, wurde das Verfehlen dieses Ziel von der Premierministerin inzwischen eingestanden – und politisch der alten Regierung angelastet.

Als wesentliche Quellen der hohen Inflation im vergangenen Jahr gelten gestiegene Gaspreise (im Dezember 2007 wurden die Abgabepreise für Industriekunden um 30 % erhöht) und deutlich erhöhte Lebensmittelpreise. Aber auch einige der im Parlamentswahlkampf versprochenen und zum Teil bereits durchgeführten Maßnahmen (wie die populistisch wirksame Kompensation von Einlageverlusten ukrainischer Sparer im Zuge der Umstellung von Rubel auf Hwryna) dürften die Inflationsentwicklung weiter anheizen. Die von der Regierung Tymoschenko inzwischen veröffentlichte Inflationsprognose für 2008 von 9,6 % gilt daher schon heute sowohl in der Ukraine selbst als auch unter internationalen Analysten als deutlich zu optimistisch.

7 Argentinien

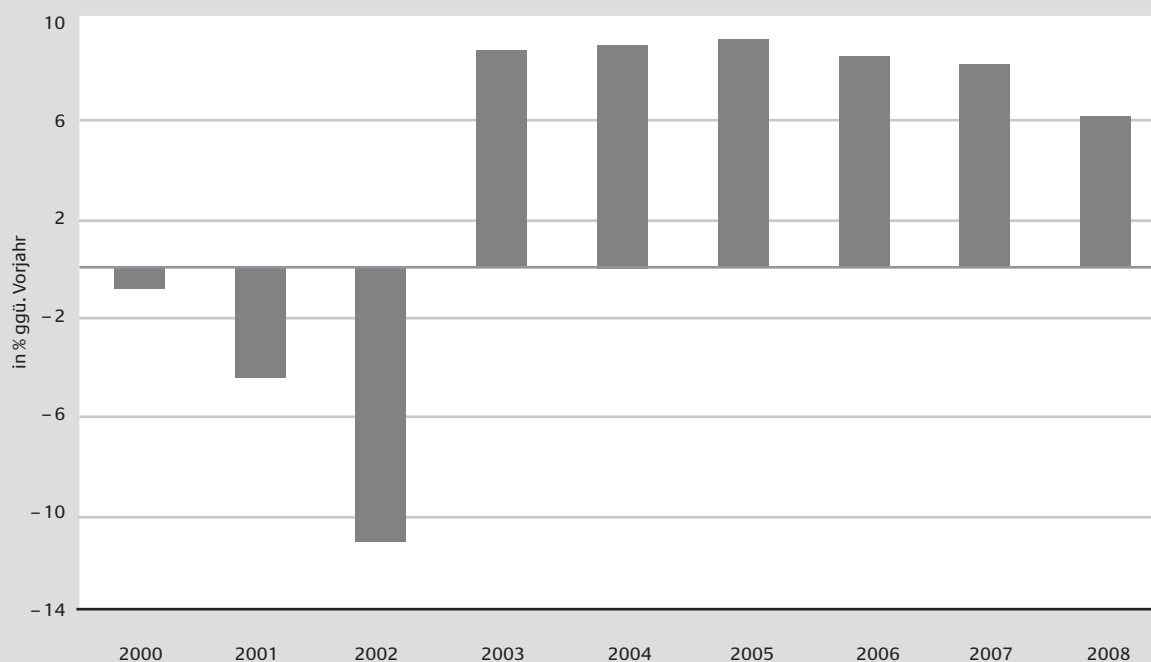
Am 28. Oktober 2007 hat die Senatorin Cristina Fernández de Kirchner, Gattin des zu diesem Zeitpunkt noch amtierenden Präsidenten Néstor Kirchner, die argentinischen Präsidentschaftswahlen im ersten Wahlgang gewonnen. Der Amtsantritt der neuen Präsidentin fand am 10. Dezember 2007 statt.

Im Jahr 2007 war die makroökonomische Situation in Argentinien durch ein weiterhin hohes Wirtschaftswachstum gekennzeichnet. Schätzungen zufolge könnte sich das reale Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr 2007 auf 8,7 % (IWF im World Economic Outlook (WEO), Oktober 2007: 7,5 %) nach 8,5 % in 2006 belaufen. Für 2008 wird zwar mit einem gewissen Rückgang des Wachstums auf 6,2 % gerechnet (IWF: 5,5 %; argentinische Notenbank: 7,2 %); es bleibt damit aber weiterhin auf hohem Niveau. Neben der kräftigen Inlandsnachfrage tragen vor allem die günstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur guten Konjunkturentwicklung bei. Die hohen Preise für

landwirtschaftliche Rohstoffe sowie die steigende ausländische Nachfrage, insbesondere aus China und Indien, stärken die Exportwirtschaft und schaffen zusätzliche Einkommen. Dabei sind jedoch auch die mittelfristig bestehenden Risiken für das Wirtschaftswachstum zu berücksichtigen, insbesondere zunehmende Kapazitätsengpässe, unter anderem in der Stromwirtschaft, sowie das aufgeheizte Inflationsklima.

Das hohe Wachstum wirkt sich günstig auf den argentinischen Staatshaushalt aus. Die Steuereinnahmen nahmen allein im Dezember 2007 um 39 % gegenüber dem Vorjahr zu. Im Jahr 2007 insgesamt wuchs das Steueraufkommen um 33 %. Der Primärüberschuss (Budgetsaldo vor Zinszahlungen) im öffentlichen Haushalt stieg von 23 Mrd. US-Dollar in 2006 auf 26 Mrd. US-Dollar in 2007 (3,2 % bzw. 3,5 % des BIP). Vor dem Hintergrund des weiterhin hohen Wirtschaftswachstums dürften die Steuereinnahmen auch in diesem Jahr zur Stabilisierung der öffentlichen Finanzen beitragen. Für 2008 sieht der Budgetplan einen Primärüberschuss von 3,2 % vor.

Abbildung 3: Entwicklung des reales Bruttoinlandsproduktes 2000 bis 2008 in Argentinien



Quelle: IWF (2007 und 2008 Schätzung).

Im Dezember 2007 lag die jährliche Inflationsrate bei 8 % nach 10 % im Dezember 2006. Die offiziellen Inflationsdaten werden jedoch von lokalen Beobachtern stark in Zweifel gezogen. Dem nationalen Statistikamt wird vorgeworfen, die Inflationsrate durch die Herausnahme wichtiger Segmente nicht korrekt zu berechnen. Schätzungen gehen derzeit von einem Anstieg der Konsumentenpreise von 15 % bis 20 % aus (Prognose DB-Research 2007: 17 %, 2008: 16 %). Zu der hohen Geldentwertung tragen vor allem Lohnerhöhungen von bis zu 25 % bei. Hinzu kommen der starke Binnenkonsum, mit dem die inländische Güterproduktion zum Teil nicht Schritt halten kann, die Anhebung administrativer Preise sowie eine expansive Fiskalpolitik in Kombination mit einer lockeren Geldpolitik.

Im vergangenen Jahr erreichte der Handelsbilanzüberschuss mit rund 11 Mrd. US-Dollar einen niedrigeren Wert als 2006 (rund 12 Mrd. US-Dollar). Ursache für den Rückgang ist, dass die Importe mit 31 % deutlich stärker zunahmen als die Exporte mit 20 %. Rund die Hälfte der Exporte entfällt auf landwirtschaftliche Produkte (vor allem Soja, Speiseöl). Hinzu kommen steigende Exportanteile bei Bergbauprodukten. Dagegen nimmt die Ausfuhr von Brennstoffen und Energie deutlich ab. Das hohe Importwachstum wird vor allem durch die starke Binnennachfrage nach importierten Konsumgütern verursacht.

Die Finanzkrise hat in Argentinien zur stärksten Zunahme des Risikoaufschlags der landeseigenen Staatsanleihen gegenüber US-amerikanischen Staatspapieren (Spread) unter den Schwellenländern geführt. Die Spreads argentinischer Staatsanleihen sind seit Jahresanfang 2008 um 85 Basispunkte gestiegen (Indexstand am 25. Februar 2008: + 477 Basispunkte). Darin kommen vor allem die schlechtere Bewertung der Wirtschaftspolitik des Landes durch die internationalen Kapitalmarktteilnehmer sowie die weiterhin ungelösten Probleme bei der Rückzahlung noch ausstehender internationaler Schulden zum Ausdruck. Ohne eine Begleichung dieser Rückstände dürfte eine Normalisierung der Beziehungen zu den internationalen Finanzmärkten und damit eine Verringerung der Risikoaufschläge für Argentinien nur schwer gelingen.

8 Brasilien

Im Jahr 2007 hat sich die brasilianische Wirtschaft sehr positiv entwickelt. Mit einem realen Wachstum von 5,4 % in 2007 wurde die Wachstumsrate von 3,7 % im Vorjahr deutlich übertroffen. Wie in 2006 wurde das Wirtschaftswachstum vor allem vom privaten Konsum und von den Investitionen getragen. Für das Jahr 2008 gehen die Schätzungen von einem leichten Rückgang der Wachstumsrate in Brasilien auf 5 % (IWF im WEO Oktober 2007: 4,2 %) aus.

Da die Importe schneller als die Exporte zugenommen haben, hat sich der Handelsbilanzüberschuss von 46 € Mrd. US-Dollar in 2006 auf 40 Mrd. US-Dollar im vergangenen Jahr verringert. Dagegen sind die ausländischen Direktinvestitionen im Vergleich zu 2006 um gut 80 % auf rund 37 Mrd. US-Dollar gestiegen. Die positive außenwirtschaftliche Entwicklung findet ihre Entsprechung auch in der deutlichen Erhöhung der Währungsreserven auf rund 180 Mrd. US-Dollar zum Jahresende 2007. Die brasilianische Währung Real wertete im Jahr 2007 um 21 % gegenüber dem US-Dollar auf. Dabei profitierte die Währung insbesondere auch von hohen Zuflüssen ausländischen Kapitals.

Der in den Vorjahren zu beobachtende Inflationsrückgang kam 2007 zum Stillstand. Die brasilianische Jahresrate der Inflation hat zum Jahresende 2006 noch bei 3,1 % gelegen. Im Dezember 2007 betrug sie bereits 4,5 % und entsprach damit exakt dem Mittelwert des Inflationsziels der brasilianischen Notenbank. Nachdem die Zentralbank den Leitzins seit September 2005 in mehreren Schritten um insgesamt 8,5 Prozentpunkte auf 11,25 % gesenkt hat, gehen Beobachter für 2008 wegen der anziehenden Preissteigerungsraten wieder von einer Verschärfung der Geldpolitik aus.

Die fiskalische Situation Brasiliens profitiert von der positiven konjunkturellen Entwicklung. Im Haushaltsjahr 2007 überstieg nach Angaben der brasilianischen Zentralbank der Primärüberschuss des gesamten öffentlichen Sektors mit 4 % des BIP das Vorjahresergebnis von 3,9 % des BIP. Das Haushaltsdefizit einschließlich Zinszahlungen sank von 3 % des BIP in 2006 auf 2,3 % im Jahr 2007.

Die brasilianische Aktienindex Bovespa hat im Jahresverlauf 2007 insgesamt um 43 % zugenommen. Damit zählte Brasilien im letzten Jahr, wenn auch mit deutlichem Abstand zum festlandchinesischen Markt, zu den weltweit erfolgreichsten Aktienmärkten. Bei den Risikoauflagen auf Staatsanleihen hatte Brasilien mit einer Zunahme um 30 auf 220 Basispunkte bis zum Jahresende 2007 sogar den geringsten Zuwachs im Vergleich zu den übrigen bedeutenden Schwellenländern zu verzeichnen.

Auch Brasiliens Kapitalmarkt konnte sich dem weltweiten Einbruch der Börsenkurse zu Beginn dieses Jahres nicht entziehen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass selbst die Tiefstände des brasilianischen Börsenindex zu Jahresbeginn 2008 immer noch deutlich über dem Stand zum Jahresende 2006 lagen. Darin drückt sich auch die geringere Krisenanfälligkeit Brasiliens aus. Im Bankensektor sind aufgrund der weniger stark entwickelten Hypothekenmärkte in lateinamerikanischen Ländern, wie Brasilien und Mexiko, in geringerem Umfang als in den USA Instabilitäten zu befürchten. Die außenwirtschaftliche Stabilität wird außerdem durch die stark gestiegenen Währungsreserven erhöht.



9 Mexiko

Die mexikanische Regierung unter Präsident Calderón hat seit ihrem Amtsantritt im Dezember 2006 wichtige Reformmaßnahmen auf den Weg gebracht. Dazu zählt insbesondere die Verabschiedung von Gesetzen zur Reform der Rentenversicherung der öffentlich Bediensteten im März 2007 und zur Steuerreform im Oktober 2007. Um die mittelfristig großen Herausforderungen aufgrund schwindender Ölreserven zu bewältigen, sind jedoch weitere Strukturreformen erforderlich. Dazu gehören unter anderem die Durchsetzung einer wirksamen Wettbewerbspolitik, der Abbau von Energiesubventionen sowie weitere Schritte zur Reduzierung der hohen Abhängigkeit des Staatshaushalts von den Öleinnahmen.

Im Jahr 2007 hat sich das reale Wirtschaftswachstum in Mexiko gegenüber dem Vorjahr zwar verringert, gleichwohl befindet sich Mexiko weiterhin in einem stabilen makroökonomischen Entwicklungsprozess. Nach vorliegenden Meldungen ist die mexikanische Wirtschaft in 2007 um 3,3 % gegenüber 4,8 % in 2006 gewachsen (IWF im WEO Oktober 2007: 2,9 %). Die niedrigere reale Wachstumsrate im vergangenen Jahr ist vor allem auf die konjunkturelle Abkühlung in den USA zurückzuführen. Für 2008 geht der IWF von einem realen Wirtschaftswachstum von 3,1 % aus.

Das Handelsbilanzdefizit ist im Gesamtjahr 2007 auf 11,2 Mrd. US-Dollar nach 6,1 Mrd. US-Dollar in 2006 gestiegen. Ursache ist vor allem, dass die Importe mit 10 ½ % schneller als die Exporte mit knapp 8 % zunahmen. Dabei stieg der Wert der Ölexporte wegen der höheren Ölpreise um 10 %, während die Ausfuhrmenge gegenüber dem Vorjahr um 6 % fiel. Die Leistungsbilanz rutschte vor diesem Hintergrund von – 0,3 % des BIP in 2006 auf – 1,0 % des BIP im Jahr 2007 weiter ins Defizit. Der unbeschränkt konvertible und frei floatende Peso ist stabil; sein Wert hat sich gegenüber dem US-Dollar im Jahr 2007 praktisch nicht verändert. Die Währungsreserven Mexikos haben von 76 Mrd. US-Dollar zum Jahresende 2006 auf 87 Mrd. US-Dollar zum Jahresende 2007 zugenommen und bilden damit ein gutes Polster gegen externe Schocks.

Nachdem die Inflationsrate auf Jahresbasis seit Herbst 2006 wiederholt den Zielkorridor der mexikanischen Zentralbank von 2 % bis 4 % nach oben durchbrochen hat, hob die Zentralbank im Jahresverlauf 2007 den Leitzins in zwei Schritten von 7,0 % auf 7,5 % an. Zum Jahresende hat sich die Inflationsentwicklung mit einem Rückgang der Inflationsrate auf 3,8 % wieder etwas entspannt. Zur Stabilisierung der Preise hat auch ein von der Regierung verhängter Preisstopp für Gas und elektrische Energie beigetragen. Es ist davon auszugehen, dass die Inflationsrate aufgrund hoher Nahrungsmittelpreise und Steueranhebungen auch zu Jahresbeginn 2008 hoch bleiben wird.

Der mexikanische Staatshaushalt ist wegen der gestiegenen Einnahmen aus der Erdölförderung, der in den letzten Jahren vergleichsweise konservativen Haushaltspolitik und der positiven Wirtschaftsentwicklung in einer guten Verfassung. Nach vorläufigen Berechnungen hat der mexikanische Haushalt im letzten Jahr nahezu ausgeglichen geschlossen. Die mexikanische Regierung strebt mit dem Ende letzten Jahres verabschiedeten Haushalt 2008 wiederum ein ausgeglichenes Budget an.

Wie in den anderen Schwellenländern durchlebten auch die mexikanischen Finanzmärkte ein sehr volatiles 2. Halbjahr 2007. Insgesamt ist der mexikanische Börsenindex im Jahr 2007 um knapp 12 % gestiegen. Damit hat sich der mexikanische Aktienmarkt gegenüber den übrigen Schwellenländern nur unterdurchschnittlich entwickelt. Der Risikoaufschlag gegenüber amerikanischen Staatsanleihen hat im Jahresverlauf 2007 um insgesamt 57 Basispunkte auf 172 Basispunkte zugenommen.

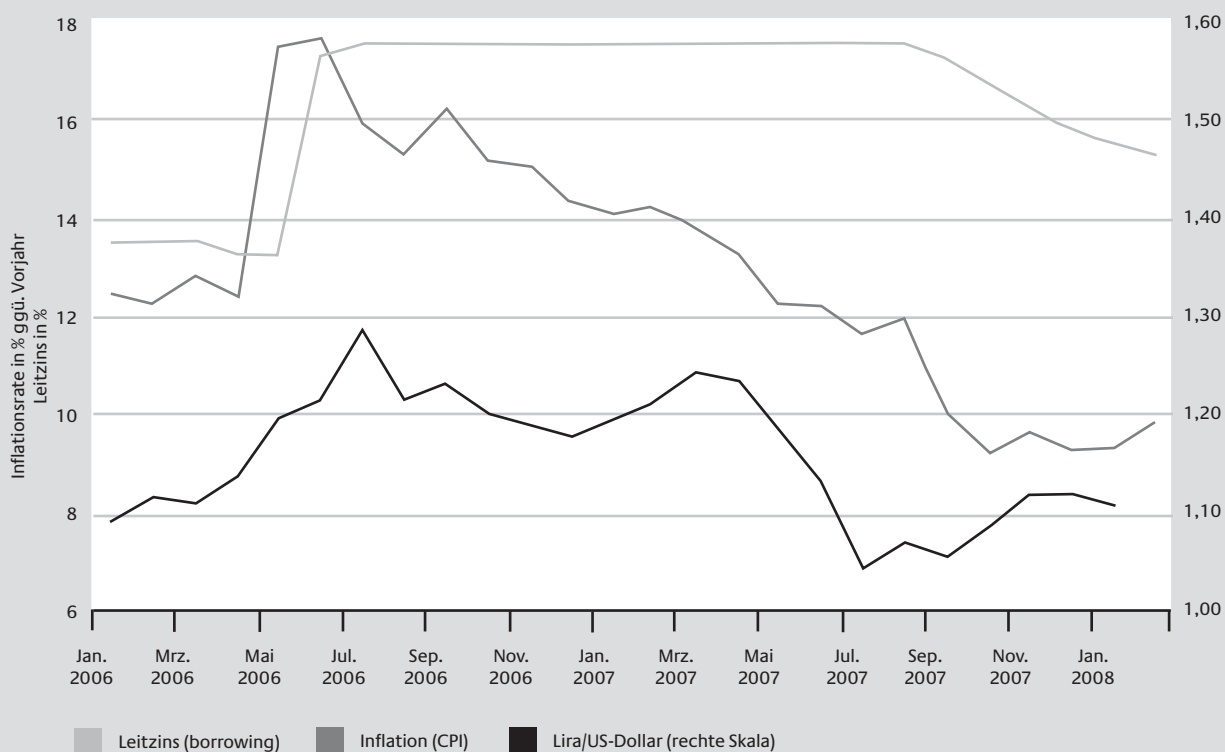
10 Türkei

Einige der ursächlichen Schwierigkeiten der Wirtschaftskrise 2001 hat die Türkei mittlerweile weitgehend überwunden. So wurde die öffentliche Verschuldung zurückgeführt, Institutionen wurden gestärkt, das Finanzsystem modernisiert und insgesamt größere makroökonomische und politische Stabilität erreicht. Es konnten nachhaltige Fortschritte bei der Belebung der Wirtschaftsaktivität erzielt werden mit durchgehend positiven Wachstumsraten des BIP (durchschnittlich rund 7,1 % p.a. in den letzten fünf Jahren). Die Inflation konnte von über 70 % in den 1990er Jahren auf einstellige Raten zurückgeführt werden. Zusammen mit umfangreichen Strukturreformen konnte so Vertrauen in die türkische Wirtschaft aufgebaut werden; die Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen konnten deutlich gesteigert und damit ein wichtiges Element für eine auch zukünftig positive Entwicklung gestärkt werden. Dabei ist bemerkenswert, dass mehr als die Hälfte der 17 400 multinationalen Unternehmen in der Türkei mittlerweile aus der EU kommen.

Schätzungen des IWF gehen für 2008 von einem BIP-Wachstum von 5,3 % aus. Es bleibt aber abzuwarten, wie stark die Türkei von den Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten und den Engpässen bei der Kreditvergabe getroffen wird und ob dies zu einer Abschwächung des Wachstums führt. Angesichts eines hohen Engagements ausländischer Investoren am türkischen Kapitalmarkt sind „Ansteckungsgefahren“ nicht auszuschließen. Die Regierung geht selbst nur noch von einem Wachstum von höchstens 4,5 % für das abgelaufene Jahr aus. Darüber hinaus trüben hohe Preissteigerungsraten, ein weiterhin ausgeprägtes Leistungsbilanzdefizit sowie die immer noch umfangreiche öffentliche Verschuldung den Ausblick für 2008.

Der Aktienmarkt der Türkei kann zwar auf eine Jahresbilanz 2007 von +42 % verweisen. Zu Beginn dieses Jahres verlor der Istanbul SE 100 Index dann aber im Rahmen der allgemeinen Marktkorrektur deutlich im Vergleich zum Jahresende 2007 (rund 24 % bis Anfang Februar 2008). Die Neue Türkische Lira behielt ihren Aufwertungskurs gegenüber dem US-Dollar bis zum

Abbildung 4: Türkei: Inflation, Leitzins und Wechselkurs seit 2006



Quellen: Türkische Zentralbank, Reuters.

Jahresende weiter bei. Dieser Trend scheint sich zu Beginn des laufenden Jahres aber abzuschwächen. Die Spreads stiegen zwar im allgemeinen Trend im 2. Halbjahr des vergangenen Jahres ebenfalls an, jedoch fiel der zusätzliche Risikoaufschlag für türkische Papiere deutlich niedriger aus als der allgemeine Schwellenländerindex. Zum Ende des Jahres betrugen die Spreads 239 Basispunkte. Die Währungsreserven des Landes stiegen innerhalb des vergangenen Jahres um etwa 11 Mrd. US-Dollar an und betrugen Ende Januar 2008 rund 73 Mrd. US-Dollar.

Die Haushaltskonsolidierung bleibt auch 2008 eine der größten Herausforderungen für die Regierung. Das Haushaltsdefizit ist im Wahljahr 2007 erwartungsgemäß angestiegen und belief sich nach Angaben der Regierung am Ende des Jahres auf 2,1 % des BIP. Im Dezember billigte das Parlament den Haushalt der Regierung Erdogan für das Haushaltsjahr 2008. Dabei wird von einem Primärüberschuss (Budgetsaldo vor Schuldzinszahlungen) von 5,3 % des BIP aus-

gegangen – unterhalb der Zielvorgabe des IWF (6,5 %). Beobachter sind sich einig darüber, dass das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 2008 wegen der hohen Energiepreise und der starken Lira weiter ansteigen wird. Insbesondere das Handelsbilanzdefizit erhöhte sich im Gesamtjahr 2007 um 16,3 % gegenüber 2006 auf 62,8 Mrd. US-Dollar. Die Leistungsbilanz schloss im vergangenen Jahr mit einem Defizit von 38 Mrd. US-Dollar, rund 18 % mehr als 2006.

Trotz der deutlich über das Zentralbankziel von 4 % gestiegenen Inflationsrate von rund 8 % hat die Zentralbank seit November ihren Leitzins mehrfach gesenkt. Angesichts der nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik zu Beginn dieses Jahres wurde der Leitzins ein weiteres Mal auf nunmehr 15,25 % (overnight borrowing) bzw. 19,25 % (overnight lending) gesenkt. Die Zentralbank geht davon aus, dass die Preissteigerungsraten in den kommenden Monaten wieder rückläufig sein werden. Gleichwohl werde sie insbesondere die Lebensmittel- und Energie-

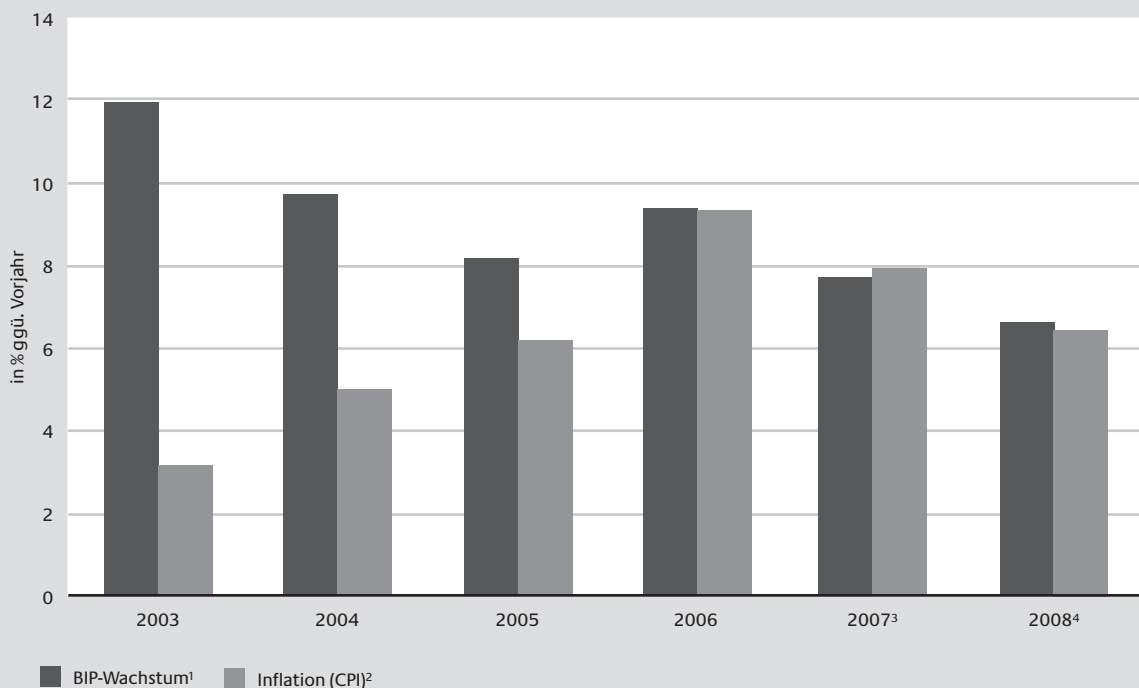
preise weiterhin aufmerksam beobachten. Negative Auswirkungen auf die Preisentwicklung dürften die Erhöhung der Elektrizitätspreise um 15 % für Privathaushalte und 10 % für Unternehmen, die zum Jahreswechsel in Kraft trat, sowie die von der Regierung beschlossene Anhebung der Mindestlöhne um 4 % im 1. Halbjahr und weitere 5 % im 2. Halbjahr 2008 haben.

Die Türkei und der IWF haben die 7. Überprüfung des laufenden, 10 Mrd. US-Dollar umfassenden Beistandsabkommens noch nicht beendet. Schlüssel für den erfolgreichen Abschluss wird neben den Reformen im Energiesektor die Verabschiedung und Umsetzung der lange geplanten Reform der Sozialversicherungssysteme werden. Die Regierung hat bereits angekündigt, diese Reformen in mehreren Schritten umsetzen zu wollen, was bis spätestens Mai 2008 erfolgt sein soll. Dann läuft auch das IWF-Abkommen offiziell aus.

11 Vereinigte Arabische Emirate

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE, mit den Emiraten Abu Dhabi, Dubai, Sharjah, Ajman, Ras al-Khaimah, Umm al-Quwain und Fujairah) lassen sich derzeit als eine der dynamischsten Volkswirtschaften weltweit charakterisieren. Das Wachstum des BIP belief sich 2006 auf 9,4 %. Die VAE sind damit zu der größten Volkswirtschaft in der arabischen Welt nach Saudi-Arabien aufgestiegen. Für 2007 und 2008 werden Wachstumsraten von 7,7 % bzw. 6,6 % (IWF-Schätzung) erwartet. Hauptmotor der wirtschaftlichen Entwicklung sind eine auf außenwirtschaftliche Expansion ausgerichtete Entwicklungsstrategie, ein günstiges Geschäftsklima und nachhaltig hohe Ölpreise. Allerdings machen sich zunehmend Kapazitätsgrenzen bemerkbar. Eine hohe Nachfrage und Engpässe beim Immobilienangebot haben zu einem merklich gestiegenen Preisniveau beigetragen (9,3 %

Abbildung 5: Vereinigte Arabische Emirate:
BIP-Wachstum und Inflation seit 2003



¹ Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen

² Konsumentenpreise als Jahresdurchschnittswert

³ IWF-Schätzung

⁴ IWF-Prognose

Quelle: IWF.

in 2006; IWF-Schätzung: 8,0 % für 2007 und 6,4 % für 2008).

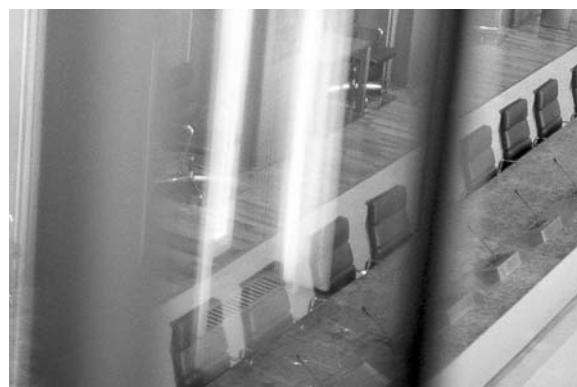
Gegenüber den jüngsten Finanzmarkturbulenzen zeigen sich die VAE relativ unempfindlich. Zwar mussten einige Banken Wertberichtigungen vornehmen, überwiegend aber sind die Portfolios entweder lokal begrenzt oder so langfristig ausgerichtet, dass die jüngsten Marktkorrekturen als vorübergehend angesehen werden können. Die Börsen Dubais und Abu Dhabis verzeichneten (nach Zuwächsen in 2007 um rund 36 % bzw. 50 %) Ende Januar 2008 nur geringe Abschlüsse und konnten diese mittlerweile fast wieder aufholen.

Der Energiesektor ist weiterhin das Rückgrat der Volkswirtschaft. Mit nachgewiesenen 98 Mrd. Barrel verfügt das Land über fast 8 % der Weltölreserven. Von den zurzeit geförderten 2,6 Mio. Barrel pro Tag gehen 80 % in den Export (überwiegend nach Asien). Auch die Erdgasreserven sind umfangreich, die fünftgrößten weltweit; mangels systematischer Erschließung und hohen Eigenverbrauchs werden diese bislang aber kaum exportiert. Bis 2015 planen die VAE, ihre Ölförderung um 60 % und auch die Gasförderung auszubauen.

Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung spiegelt sich auch in hohen Überschüssen der Haushalts- und Leistungsbilanz wider. Das föderale Budget, das neben dem Bundeshaushalt auch die Haushalte der einzelnen Emirate umfasst, wies 2006 einen Überschuss von 29 % und die Leistungsbilanz einen Überschuss von 22 % des BIP aus, was eine umfangreiche Akkumulation von Devisenreserven ermöglicht. Ein großer Teil dieser Überschüsse fließt dem Staatsfonds der VAE, der Abu Dhabi Investment Authority (ADIA), zu. Die ADIA ist die weltweit größte staatliche Investmentgesellschaft mit einem geschätzten Volumen von rund 900 Mrd. US-Dollar, deren Mittel auch für Beteiligungen an Unternehmen aus Industrieländern genutzt werden. Spätestens seit der im November 2007 verkündeten Beteiligung an der US-amerikanischen Citigroup mit 7,5 Mrd. US-Dollar sind die Aktivitäten dieses Fonds auch in das Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Politik gerückt.

Diese und andere Beteiligungen sind eingebettet in eine Diversifizierungsstrategie, die besonders Finanzdienstleistungen betont. Seit

Ende der 1990er Jahre gibt es drei wesentliche Börsenplätze: Die Börse in Abu Dhabi (Abu Dhabi Securities Market) und die Börsen im Emirat Dubai, den Dubai International Financial Exchange (DIFX) sowie den Dubai Financial Market (DFM). Vor allem Dubai entwickelt sich so zu einem weltweit anerkannten Finanzplatz. Die im August letzten Jahres eingegangene gegenseitige Beteiligung der DIFX und des DFM mit der US-amerikanischen Börse NASDAQ, ermöglicht Dubai die Nutzung technologischer und wirtschaftlicher Synergien und kann die Möglichkeiten für zukünftige Allianzen mit anderen regionalen Börsen erweitern.



Auch in anderen Bereichen sind Verbesserungen zur Verbreiterung der Wirtschaftsbasis zu erkennen. Im Energiesektor plant die Regierung, durch massive Investitionen sowie alternative Energietechnologien einen höheren Wertschöpfungsanteil im Land zu halten und Kompetenz in Forschung und Entwicklung aufzubauen. Im Verarbeitungsbereich sollen die Standortvorteile (niedrige Energiekosten, verfügbares Kapital und Land, kaum Steuern) zur Ansiedlung industrieller Cluster (Stahl, Aluminium) genutzt werden. Wie bereits in Dubai wird jetzt auch in Abu Dhabi der Tourismus massiv gefördert. Die Emirate werden kontinuierlich zum bedeutenden Drehkreuz im weltweiten Flugverkehr ausgebaut. Die breitere Spezialisierung verringert die Abhängigkeit von Energieressourcen. So macht der Öl- und Gassektor heute nur noch 35 % der Wirtschaft aus, in den 1980er-Jahren waren es noch 60 %.

Schattenseite des Booms in den VAE ist die Situation der überwiegend aus Südasien stammenden Arbeitnehmer, die insbesondere im Bausektor unter schwierigen Arbeitsbedingungen eingesetzt werden. Die Regierung ist sich

der Problematik bewusst und versucht ihr durch Reform bzw. bessere Implementierung der Arbeitsgesetze (Einrichtung von Arbeitsgerichten, höhere Anzahl von Inspektoren, Pflicht-Krankenversicherung) entgegenzuwirken.

Auch die regionale Verflechtung schreitet voran. Im Januar 2008 trat der Gemeinsame Markt des Gulf Cooperation Council (GCC mit den Mitgliedern VAE, Bahrain, Kuwait, Oman, Katar und Saudi-Arabien) in Kraft, der sich positiv auf die Handelsströme innerhalb der Region auswirken dürfte. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Liberalisierung sind auch die in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen, insbesondere das zwischen dem GCC und der EU.

Der emiratische Dirham ist seit Jahren mit fester Parität an den US-Dollar gekoppelt. Entsprechend eng sind die geldpolitischen Grenzen der Zentralbank der VAE. Die Kehrseite dieser „geldpolitischen Berechenbarkeit“ haben die VAE seit Anfang 2007 in Form eines stark unterbewerteten Dirham zu spüren bekommen, der maßgeblich für die hohen Preissteigerungen verantwortlich ist. Um den festen Dollarkurs zu halten, musste die Zentralbank der VAE zudem – entgegen aller konjunkturpolitischen Logik – den jüngsten Zinssenkungen der US-Notenbank folgen und damit die Preisentwicklung weiter verschärfen. Es mehren sich daher die Forderungen nach einer Aufgabe der strikten Dollarbindung bzw. zum Übergang zu einer Bindung an einen Währungskorb. Ungewiss ist in diesem Zusammenhang auch das Schicksal der 2002 mit dem Zieldatum 2010 beschlossenen GCC-Währungsunion.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	98
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	122
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	126

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	98
1 Kreditmarktmittel	98
2 Gewährleistungen	99
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011	99
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011	100
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007	102
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008	106
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006	108
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	110
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	111
10 Entwicklung der Staatsquote	112
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	113
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	114
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	115
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	116
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	117
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	118
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	119
18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008	120
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	122
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007	122
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2007	122
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2007	123
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2007	124
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	126
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	126
2 Preisentwicklung	126
3 Außenwirtschaft	127
4 Einkommensverteilung	127
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	128
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	129
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	130
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	131
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	132
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	133

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. Januar 2008	Zunahme	Abnahme	Stand: 29. Februar 2008
	Mio. €			
Anleihen	585 218	6 000	0	591 218
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	15 000	0	0	15 000
Bundessobligationen	180 000	0	14 000	166 000
Bundesschatzbriefe	10 094	100	34	10 161
Bundesschatzanweisungen	115 000	0	0	115 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 482	5 890	5 877	35 495
Finanzierungsschätze	2 388	140	212	2 316
Schuldscheindarlehen	15 186	0	284	14 902
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kreditmarktmittel insgesamt	958 573			950 297

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Januar 2008	Stand: 29. Februar 2008
	Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	179 360	165 236
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	315 559	315 454
langfristig (mehr als 4 Jahre)	463 654	469 607
Kreditmarktmittel insgesamt	958 573	950 297

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2007	Belegung am 31. Dezember 2007	Belegung am 31. Dezember 2006
		in Mrd. €	
Ausfuhr	117,0	98,6	100,2
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,3	27,8	28,6
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	60,4	61,8

3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Ist	Ist	Soll	Finanzplanung		
	Mrd. €					
1. Ausgaben	261,0	270,4	283,2	285,5	288,5	289,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 3,6	+ 4,7	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,4
2. Einnahmen¹	232,8	255,7	271,1	274,8	282,3	289,5
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,9	+ 9,8	+ 6,0	+ 1,4	+ 2,7	+ 2,6
darunter:						
Steuereinnahmen	203,9	230,0	238,0	247,9	252,6	260,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 7,2	+ 12,8	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,9	+ 3,1
3. Finanzierungssaldo	- 28,2	- 14,7	- 12,1	- 10,7	- 6,2	- 0,2
in % der Ausgaben	10,8	5,4	4,3	3,7	2,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (-)	240,5	222,1	233,0	226,1	221,1	220,0
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	1,6	8,4	0,1	-	-	-
6. Tilgungen (+)	195,9	216,2	221,2	215,6	215,1	220,0
7. Nettokreditaufnahme	- 27,9	- 14,3	- 11,9	- 10,5	- 6,0	0,0
8. Münzeinnahmen	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,7	26,2	24,7	24,1	24,1	23,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 4,4	+ 15,4	- 5,9	- 2,4	0,0	- 1,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	2,9	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Gem. BHO § 13 Satz 4. 2 ohne Münzeinnahmen.

² Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.
Stand: Januar 2008.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	Ist	Ist	Soll	Finanzplanung		
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 110	26 038	26 762	26 756	26 764	27 159
Aktivitätsbezüge	19 730	19 662	20 276	20 195	20 121	20 462
Ziviler Bereich	8 547	8 498	9 199	9 194	9 224	9 725
Militärischer Bereich	11 182	11 164	11 077	11 001	10 897	10 737
Versorgung	6 380	6 376	6 486	6 561	6 643	6 697
Ziviler Bereich	2 372	2 334	2 308	2 307	2 300	2 285
Militärischer Bereich	4 008	4 041	4 178	4 255	4 343	4 412
Laufender Sachaufwand	18 349	18 757	19 778	19 900	20 229	20 588
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 450	1 365	1 473	1 425	1 426	1 434
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 517	8 908	9 581	9 775	10 162	10 527
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 382	8 484	8 723	8 700	8 641	8 627
Zinsausgaben	37 469	38 721	41 818	43 094	44 899	45 378
an andere Bereiche	37 469	38 721	41 818	43 094	44 899	45 378
Sonstige	37 469	38 721	41 818	43 094	44 899	45 378
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 425	38 677	41 774	43 050	44 855	45 337
an Ausland	3	3	3	3	3	–
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	156 016	160 352	169 769	171 062	172 211	172 577
an Verwaltungen	13 937	14 003	14 463	14 427	13 983	13 845
Länder	8 538	8 698	8 890	8 332	7 898	7 745
Gemeinden	38	38	23	22	20	18
Sondervermögen	5 361	5 267	5 549	6 073	6 065	6 081
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	142 079	146 349	155 307	156 635	158 228	158 732
Unternehmen	14 275	15 399	23 740	23 890	23 600	23 278
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	32 256	29 123	28 276	26 135	25 006	23 975
an Sozialversicherung	91 707	97 712	98 521	101 879	104 809	106 649
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	812	869	964	927	920	910
an Ausland	3 024	3 240	3 801	3 799	3 891	3 918
an Sonstige	5	5	5	5	1	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	237 944	243 868	258 128	260 812	264 104	265 702
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	7 112	6 903	7 273	6 915	6 780	6 771
Baumaßnahmen	5 634	5 478	5 783	5 570	5 427	5 437
Erwerb von beweglichen Sachen	943	909	1 010	884	889	875
Grunderwerb	536	516	480	461	464	459
Vermögensübertragungen	13 302	16 947	14 306	13 460	13 495	13 301
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 916	16 580	13 924	13 109	13 156	12 969
an Verwaltungen	5 755	8 234	5 416	4 990	4 941	4 865
Länder	5 700	6 030	5 342	4 921	4 858	4 777
Gemeinden und Gemeindeverbände	55	54	68	62	76	82
Sondervermögen	–	2 150	6	6	6	6
an andere Bereiche	7 161	8 345	8 509	8 120	8 216	8 103
Sonstige – Inland	4 999	6 099	6 082	5 614	5 691	5 565
Ausland	2 162	2 247	2 427	2 505	2 525	2 538
Sonstige Vermögensübertragungen	387	367	382	351	338	332
an andere Bereiche	387	367	382	351	338	332
Sonstige – Inland	172	162	164	151	143	142
Ausland	215	205	218	200	195	190

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011

Ausgabeart	2006 Ist	2007 Ist	2008 Soll	2009 Finanzplanung	2010 Finanzplanung	2011
	Mio. €					
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 687	2 732	3 461	4 045	4 139	3 938
Darlehensgewährung	2 109	2 100	2 717	3 105	3 303	3 206
an Verwaltungen	32	1	1	1	1	1
Länder	32	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 078	2 100	2 716	3 104	3 302	3 205
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 020	900	1 308	1 784	1 821	1 649
Ausland	1 058	1 199	1 407	1 319	1 480	1 556
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	578	632	744	940	837	732
Inland	0	28	26	13	13	13
Ausland	578	604	718	927	824	719
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	23 102	26 582	25 040	24 421	24 414	24 010
¹ Darunter: Investive Ausgaben	22 715	26 215	24 658	24 070	24 076	23 678
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	–	32	267	–18	–12
Ausgaben zusammen	261 046	270 450	283 200	285 500	288 500	289 700

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
0 Allgemeine Dienste	49 353	44 246	23 521	14 720	-	6 005
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 930	7 242	3 687	1 161	-	2 395
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 506	2 996	446	154	-	2 396
03 Verteidigung	28 540	28 153	15 205	12 170	-	777
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 952	2 610	1 811	731	-	68
05 Rechtsschutz	331	320	221	84	-	15
06 Finanzverwaltung	3 093	2 925	2 151	420	-	354
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	12 837	9 072	473	655	-	7 945
13 Hochschulen	2 129	1 173	7	4	-	1 162
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 510	1 510	-	-	-	1 510
15 Sonstiges Bildungswesen	462	398	9	63	-	326
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 146	5 533	456	583	-	4 494
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 590	457	1	4	-	453
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	139 751	136 790	197	622	-	135 972
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	91 540	91 540	38	0	-	91 502
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	5 130	5 130	-	-	-	5 130
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 294	3 086	-	132	-	2 954
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	36 302	36 165	43	430	-	35 692
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	148	148	-	-	-	148
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	3 338	721	116	59	-	546
3 Gesundheit und Sport	853	679	237	233	-	209
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	326	310	131	137	-	42
312 Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	326	310	131	137	-	42
32 Sport	110	86	-	2	-	85
33 Umwelt- und Naturschutz	188	155	72	44	-	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	229	128	34	51	-	43
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 743	704	2	2	-	700
41 Wohnungswesen	1 225	701	-	1	-	700
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	14	2	2	-	-	-
44 Städtebauförderung	503	-	-	-	-	-
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	914	473	27	119	-	326
52 Verbesserung der Agrarstruktur	612	203	-	1	-	202
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	120	120	-	51	-	69
533 Gasölverbilligung	0	0	-	-	-	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	120	120	-	51	-	69
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	182	151	27	67	-	56

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
0 Allgemeine Dienste	968	2 218	1 921	5 107	5 079
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	287	401	–	688	688
02 Auswärtige Angelegenheiten	61	1 646	1 803	3 510	3 507
03 Verteidigung	248	74	64	387	361
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	246	97	–	343	343
05 Rechtsschutz	12	–	–	12	12
06 Finanzverwaltung	114	0	54	168	168
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	104	3 661	–	3 765	3 762
13 Hochschulen	1	955	–	956	956
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	63	–	63	63
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	98	1 514	–	1 612	1 610
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	4	1 129	–	1 133	1 133
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	10	2 950	1	2 961	2 624
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	–	–	–	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	0	207	1	208	2
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	131	–	137	6
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	2 613	–	2 616	2 616
3 Gesundheit und Sport	120	55	–	174	174
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	11	5	–	16	16
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	11	5	–	16	16
32 Sport	–	24	–	24	24
33 Umwelt- und Naturschutz	9	24	–	33	33
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	100	1	–	102	102
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 037	2	1 039	1 039
41 Wohnungswesen	–	521	2	524	524
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	12	–	12	12
44 Städtebauförderung	–	503	–	503	503
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	10	431	1	441	441
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	409	0	410	410
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	10	22	0	31	31

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 691	3 007	48	316	–	2 642
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	402	384	–	167	–	218
621 Kernenergie	216	216	–	–	–	216
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	–	0	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	185	168	–	166	–	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 016	1 998	–	4	–	1 994
64 Handel	88	88	–	50	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 023	66	–	8	–	58
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 163	470	48	87	–	335
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 802	3 449	962	1 856	–	631
72 Straßen	7 215	913	–	800	–	113
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 492	813	476	274	–	63
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	298	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	175	175	40	14	–	121
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 622	1 547	446	768	–	333
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 904	5 885	–	15	–	5 870
81 Wirtschaftsunternehmen	4 634	621	–	15	–	605
832 Eisenbahnen	3 965	80	–	2	–	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	669	540	–	13	–	527
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 271	5 265	–	–	–	5 265
873 Sondervermögen	5 263	5 263	–	–	–	5 263
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	8	2	–	–	–	2
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	39 601	39 563	571	219	38 721	51
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	89	51	–	–	–	51
92 Schulden	38 748	38 748	–	27	38 721	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	764	764	571	192	–	1
Summe aller Hauptfunktionen	270 450	243 868	26 038	18 757	38 721	160 352

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Ist 2007

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	37	956	691	1 685	1 685
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	17	0	17	17
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	17	–	17	17
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	18	–	18	18
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	35	921	–	956	956
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	691	693	693
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 633	1 720	–	7 353	7 353
72 Straßen	4 887	1 416	–	6 302	6 302
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	679	–	–	679	679
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	297	–	297	297
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	67	8	–	75	75
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	22	3 881	116	4 019	4 019
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	16	3 881	116	4 013	4 013
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 797	88	3 885	3 885
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16	84	28	129	129
873 Sondervermögen	6	–	–	6	6
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 903	16 947	2 732	26 582	26 215

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1998	1999
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	233,6	246,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	3,4	5,7
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	204,7	220,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	5,8	7,8
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 28,9	- 26,2
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,7	27,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,4	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,1	16,1
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	28,7	41,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	5,2	43,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,3	16,6
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	42,1	58,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	29,2	28,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	1,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,5	11,6
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,5	35,7
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	174,6	192,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,1	10,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,7	77,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	85,3	87,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,0	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 28,9	- 26,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	12,4	10,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	98,8	91,2
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	88,6	82,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1153,4	1183,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	488,0	708,3

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.³ Stand Finanzplanungsrat November 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
		Ist-Ergebnisse								Soll
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	283,2
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,7
Einnahmen	Mrd.€	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	271,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	6,0
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 12,1
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	26,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	2,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,7	15,8	15,6	15,7	15,5	15,5	14,8	14,9	15,0
Zinsausgaben	Mrd.€	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	41,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	8,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,8
Investive Ausgaben	Mrd.€	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	- 5,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,7
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,0	34,1	32,9	35,6	34,2	34,8	34,2	36,7	36,1
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	238,0
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	3,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,0
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	87,8
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	42,7	42,8
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,2
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	48,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	62,0	57,6	126,4	101,2	101,7	59,6	71,7	77,5	103,5
nachrichtlich: Schuldenstand³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1198,2	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1480,6	1497 1/2	1512 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	902,1	915	928

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2007; 2005 bis 2006 vorläufiges Ist, 2007 und 2008 = Schätzung.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ²	2006 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	599,1	604,3	611,3	619,6	614,6	625,8	635,7
Einnahmen	565,1	557,7	554,6	551,7	549,0	573,3	596,2
Finanzierungssaldo	- 34,0	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,3	- 38,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0
Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8
Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2
Länder							
Ausgaben	250,7	255,5	257,7	259,7	257,1	259,2	258,7
Einnahmen	240,4	230,9	228,5	229,2	233,5	235,7	248,7
Finanzierungssaldo	- 10,4	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 23,5	- 10,0
Gemeinden							
Ausgaben	146,1	148,3	150,0	149,9	150,1	153,3	155,7
Einnahmen	148,0	144,2	146,3	141,5	146,2	151,1	158,6
Finanzierungssaldo	1,9	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,3	0,9	1,2	1,4	- 0,8	1,8	1,6
Einnahmen	- 0,9	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,4	4,0
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5
Einnahmen	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9
Länder							
Ausgaben	1,8	1,9	0,9	0,7	- 1,0	0,8	- 0,2
Einnahmen	0,9	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,0	5,5
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,2	1,6
Einnahmen	1,4	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006

	2000	2001	2002	2003	2004	2005 ²	2006 ²
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,6	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7
darunter:							
Bund	- 1,2	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2
Länder	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4
Gemeinden	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 5,7	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,7	- 8,4	- 6,1
darunter:							
Bund	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8
Länder	- 4,1	- 9,6	- 11,4	- 11,7	- 9,1	- 9,1	- 3,9
Gemeinden	1,3	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,4	1,9
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	29,0	28,6	28,5	28,6	27,8	27,9	27,4
darunter:							
Bund	11,9	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2
Länder	12,2	12,1	12,0	12,0	11,6	11,5	11,1
Gemeinden	7,1	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,7	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: September 2007.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €			%	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007 ²	538,9	271,4	267,5	50,4	49,6
2008 ²	555,6	280,4	275,2	50,5	49,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 6. bis 7. November 2007.

Stand: November 2007.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrags-einnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 ³	22,3	40,5	20,6	37,7
2003 ³	22,3	40,6	20,4	37,7
2004 ³	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 ³	22,0	39,6	20,1	36,7
2006 ³	22,8	40,1	21,0	37,3
2007 ³	23,7	40,3	22,2	37,7

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2008.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 ⁵	48,1	26,4	21,7
2003 ⁵	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,9	26,1	20,8
2006 ⁵	45,4	25,3	20,1
2007 ⁵	43,9	24,6	19,2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Ergebnis der VGR; Stand: Februar 2008.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
	Schulden in Mio. € ¹					
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 203 887	1 253 195	1 325 733	1 394 955	1 447 505	1 480 625
Bund ²	697 290	719 397	760 453	802 994	872 653	902 054
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
Länder	357 684	384 773	414 952	442 922	468 214	479 489
Gemeinden	82 669	82 662	84 069	84 258	83 804	81 877
Zweckverbände	7 160	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649
nachrichtlich:						
Bund + SR	756 374	778 607	819 283	860 244	888 020	916 610
Länder + Gemeinden	440 353	467 435	499 021	527 180	552 018	561 366
nachrichtlich:						
Länder (West) ³	299 759	322 899	348 111	372 352	394 148	404 917
Länder (Ost)	57 925	61 874	66 841	70 570	74 066	74 572
Gemeinden (West)	67 041	67 155	68 726	68 981	69 030	68 387
Gemeinden (Ost)	15 628	15 507	15 343	15 277	14 774	13 489
Länder und Gemeinden (West)	366 800	390 054	416 837	441 333	463 178	473 304
Länder und Gemeinden (Ost)	73 553	77 381	82 184	85 847	88 840	88 061
nachrichtlich:						
Sonderrechnungen Bund	59 084	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556
ERP	19 161	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357
Fonds Deutsche Einheit	39 638	39 441	39 099	38 650	–	–
Entschädigungsfonds	285	369	469	400	300	199
	Anteil der Schulden am BIP (in %)					
Öffentlicher Gesamthaushalt	57,0	58,5	61,3	63,1	64,5	63,8
Bund ²	33,0	33,6	35,1	36,3	38,9	38,8
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6
Länder	16,9	18,0	19,2	20,0	20,9	20,6
Gemeinden	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5
nachrichtlich:						
Bund + SR	35,8	36,3	37,9	38,9	39,6	39,5
Länder + Gemeinden	20,8	21,8	23,1	23,8	24,6	24,2
nachrichtlich:						
Länder (West) ³	14,2	15,1	16,1	16,8	17,6	17,4
Länder (Ost)	2,7	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2
Gemeinden (West)	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	2,9
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Länder und Gemeinden (West)	17,4	18,2	19,3	20,0	20,6	20,4
Länder und Gemeinden (Ost)	3,5	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8
nachrichtlich:						
Maastricht-Schuldenstand ⁴	58,8	60,3	63,8	65,6	67,8	67,5
	Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	14 622	15 195	16 066	16 909	17 559	17 987
je Erwerbstätigen	30 621	32 054	34 234	35 878	37 263	37 879
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 113,2	2 143,2	2 163,8	2 211,2	2 244,6	2 322,2
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,335	82,475	82,518	82,498	82,438	82,315
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,316	39,096	38,726	38,880	38,846	39,088

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.² Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen, ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.³ West- und Ost-Berlin.⁴ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0		
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002 ⁵	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 ⁵	- 87,3	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
2004 ⁵	- 83,6	- 82,2	- 1,3	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 ⁵	- 75,6	- 71,5	- 4,0	- 3,4	- 3,2	- 0,2	- 52,3	- 2,3
2006 ⁵	- 37,3	- 40,8	3,5	- 1,6	- 1,8	0,2	- 38,9	- 1,7
2007 ⁵	0,2	- 8,9	9,1	0,0	- 0,4	0,4	- 0,2	- 0,0

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2008.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,8	- 3,4	- 1,6	0,1	- 0,1	0,2
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,4
Griechenland	-	-	-14,3	- 9,3	- 3,7	- 5,6	- 7,3	- 5,1	- 2,5	- 2,9	- 1,8	- 1,8
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,1	- 0,2	- 0,3	1,0	1,8	1,8	1,2	0,6
Frankreich	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 2,9	- 2,5	- 2,6	- 2,6	- 2,7
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,7	0,4	1,3	1,2	2,9	0,9	- 0,2	- 0,6
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 4,4	- 2,3	- 2,3	- 2,3
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,5	- 4,1	- 2,4	- 1,2	- 1,0	- 0,8	- 0,6
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,5	- 1,2	- 0,1	0,7	1,2	1,0	1,4
Malta	-	-	-	-	- 6,2	- 9,8	- 4,9	- 3,1	- 2,5	- 1,8	- 1,6	- 1,0
Niederlande	- 4,0	- 3,5	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,7	- 0,3	0,6	- 0,4	0,5	1,3
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,6	- 1,9	- 1,6	- 1,2	- 1,6	- 1,4	- 0,8	- 0,7	- 0,4
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 3,4	- 6,1	- 3,9	- 3,0	- 2,6	- 2,4
Slowenien	-	-	-	- 8,6	- 3,8	- 2,7	- 2,3	- 1,5	- 1,2	- 0,7	- 1,0	- 0,8
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,5	2,3	2,7	3,8	4,6	4,2	4,0
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5	- 0,8	- 0,9	- 0,8
Bulgarien	-	-	-	-3,4	- 0,5	0,0	2,3	2,0	3,2	3,0	3,1	3,1
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	2,3	- 0,1	1,9	4,6	4,6	4,0	3,0	2,5
Estland	-	-	-	0,4	- 0,2	1,8	1,8	1,9	3,6	3,0	1,9	1,0
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,4	- 0,3	0,9	0,8	0,5
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,6	- 0,9	- 1,4	- 0,8
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,8	- 2,7	- 3,2	- 3,1
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,5	- 1,4	- 1,9	- 2,7	- 3,2	- 3,9
Schweden	-	-	-	- 7,5	3,8	- 0,9	0,8	2,4	2,5	3,0	2,8	3,0
Slowakei	-	-	-	- 3,4	-12,2	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,7	- 2,7	- 2,3	- 2,4
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 3,0	- 3,5	- 2,9	- 3,4	- 2,8	- 2,7
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 6,4	- 4,2	- 3,8
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,8	- 5,9	1,2	- 3,3	- 3,4	- 3,3	- 2,7	- 2,8	- 3,0	- 2,8
EU-27	-	-	-	-	-	- 3,1	- 2,8	- 2,4	- 1,6	- 1,1	- 1,2	- 1,1
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,4	- 3,6	- 2,6	- 2,7	- 3,2	- 3,4
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,4	- 4,6	- 4,0	- 4,2	- 4,7

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für die Jahre 2003 bis 2009: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Alle Angaben ohne UMTS-Erlöse.

Stand: November 2007.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	63,8	65,6	67,8	67,5	64,7	62,6	60,3
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	98,6	94,2	92,2	88,2	84,6	81,7	79,0
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	97,9	98,6	98,0	95,3	93,7	91,1	88,8
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,0	39,7	36,3	34,6	33,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,1	56,7	62,9	64,9	66,7	64,2	64,3	64,1	64,1
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	31,1	29,5	27,4	25,1	25,2	26,9	28,5
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	106,2	106,8	104,3	102,9	101,2
Zypern	–	–	–	–	58,8	68,9	70,2	69,1	65,2	60,5	53,3	49,6
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,4	6,2	6,6	6,6	6,0	5,4
Malta	–	–	–	–	55,9	69,3	72,7	70,8	64,7	63,1	61,3	59,2
Niederlande	45,8	70,1	76,8	76,1	53,8	52,0	52,4	52,3	47,9	46,8	44,8	41,7
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,4	61,7	60,0	58,4	57,2
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,9	58,3	63,7	64,8	64,4	64,7	64,5
Slowenien	–	–	–	–	27,2	27,9	27,6	27,4	27,1	25,6	24,5	23,8
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,4	39,2	35,7	32,4	29,8
Euroraum	33,5	50,3	56,6	72,3	69,2	69,1	69,6	70,3	68,6	66,5	65,0	63,4
Bulgarien	–	–	–	–	73,6	45,9	37,9	29,2	22,8	19,3	15,9	12,9
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	44,0	36,3	30,3	25,0	20,9	17,5
Estland	–	–	–	8,8	5,2	5,5	5,1	4,4	4,0	2,8	2,3	2,0
Lettland	–	–	–	–	12,3	14,4	14,5	12,5	10,6	10,2	7,8	6,4
Litauen	–	–	–	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	17,7	17,2	16,1
Polen	–	–	–	–	35,9	47,1	45,7	47,1	47,6	46,8	47,1	47,1
Rumänien	–	–	–	–	23,9	21,5	18,8	15,8	12,4	12,5	12,8	13,5
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	53,5	52,4	52,2	47,0	41,1	35,7	30,5
Slowakei	–	–	–	22,0	50,2	42,4	41,4	34,2	30,4	30,8	30,7	30,6
Tschechien	–	–	–	14,6	18,5	30,1	30,4	30,2	30,1	30,2	30,3	30,5
Ungarn	–	–	–	–	54,3	58,0	59,4	61,6	65,6	66,1	66,3	65,9
Vereinigtes Königreich	52,3	51,7	33,3	50,7	40,9	38,7	40,4	42,1	43,2	43,6	44,8	45,6
EU-27	–	–	–	–	61,6	61,8	62,1	62,7	61,4	59,5	58,3	57,0
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,3	62,3	62,6	62,1	60,6	62,0	63,2
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,6	160,3	167,3	172,1	176,3	179,5	182,4	184,6

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Stand: November 2007.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
Deutschland^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,7	20,9	22,0
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,8	31,5	31,1
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	49,2	48,0
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,8	32,0	31,4
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,3	27,8	28,1
Griechenland	12,2	12,6	15,9	17,0	20,5	17,4	17,7	17,4
Irland	26,1	26,6	28,2	27,3	27,5	25,8	26,1	27,1
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,6	28,4	29,9
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	16,4	17,3	18,0
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,6	28,4	28,5
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,0	27,8	26,2
Niederlande	23,0	26,9	26,9	24,1	24,2	23,6	25,8	25,1
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	33,9	34,8	34,9
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,3	27,6	27,5
Polen	–	–	–	25,2	22,4	20,0	20,7	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	22,7	22,7	24,0
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	36,2	37,2	37,3
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,6	23,0
Slowakei	–	–	–	–	19,8	18,4	18,8	17,7
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,6	23,7	24,6
Tschechien	–	–	–	22,0	19,7	22,1	21,6	20,4
Ungarn	–	–	–	26,6	26,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,1	28,5	30,9	28,9	29,6	30,6
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,2	20,6	21,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
Deutschland^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	34,8	35,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	45,4	44,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,3	50,3	49,0
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,4	44,0	43,5
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,5	44,1	44,5
Griechenland	17,4	18,8	22,8	25,2	29,7	27,1	27,3	27,4
Irland	28,4	31,0	33,1	32,0	31,7	30,2	30,6	31,7
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,1	41,0	42,7
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	26,3	27,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,4	33,4
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,9	38,6	36,3
Niederlande	35,4	43,4	42,9	41,5	39,7	37,4	39,1	39,5
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,3	43,7	43,6
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,8	42,1	41,9
Polen	–	–	–	36,2	31,6	33,4	34,3	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	33,8	34,8	35,4
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	52,6	49,9	50,7	50,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,1	29,7	30,1
Slowakei	–	–	–	–	32,9	31,6	31,6	29,6
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,7	35,8	36,7
Tschechien	–	–	–	37,5	35,3	38,3	37,8	36,7
Ungarn	–	–	–	41,3	38,0	37,6	37,2	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,3	34,7	37,3	35,6	36,5	37,4
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,0	27,3	28,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Deutschland¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	48,5	47,1	46,8	45,7	44,3	43,7
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,1	49,2	52,2	49,1	48,7	48,5
Griechenland	–	–	50,2	51,0	51,1	49,4	49,9	47,1	45,8	45,4	45,2
Spanien	–	–	–	44,4	39,0	38,2	38,7	38,2	38,4	38,3	38,5
Frankreich	45,6	51,1	49,6	54,5	51,6	53,3	53,2	53,6	53,5	53,2	52,7
Irland	–	53,2	42,8	41,0	31,6	33,5	34,1	34,4	34,1	35,1	35,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,3	47,7	48,2	50,1	48,1	48,3
Luxemburg			37,7	39,7	37,6	42,0	43,2	42,8	40,4	39,0	38,0
Niederlande	55,4	57,1	54,4	51,6	44,2	47,1	46,3	45,4	46,6	47,0	46,2
Österreich	50,2	53,7	51,5	55,9	51,3	50,9	50,2	49,8	49,1	48,3	47,9
Portugal	33,5	38,8	40,0	42,8	43,1	45,4	46,4	47,5	46,1	45,8	45,5
Slowenien	–	–	–	–	48,2	48,0	47,4	47,0	46,3	45,4	44,4
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	49,9	50,0	50,3	48,5	47,7	47,3
Euroraum	–	–	–	50,7	46,3	48,2	47,6	47,6	47,4	46,5	46,2
Bulgarien	–	–	–	–	–	40,9	39,3	39,5	36,6	37,3	37,6
Dänemark	52,7	55,5	55,9	59,2	53,5	55,0	54,7	52,6	50,9	50,1	49,6
Estland	–	–	–	42,4	36,5	35,3	34,2	33,2	33,2	32,4	32,4
Lettland	–	–	31,6	38,8	37,3	34,8	35,8	35,5	37,0	37,3	36,4
Litauen	–	–	–	35,7	39,1	33,2	33,4	33,6	33,6	34,8	36,0
Malta	–	–	–	–	41,0	48,6	46,8	46,0	45,2	44,3	43,4
Polen	–	–	–	47,7	41,1	44,6	42,6	43,4	43,3	42,4	41,4
Rumänien	–	–	–	–	48,4	33,6	32,6	33,7	32,0	33,6	34,2
Schweden	–	–	–	67,2	57,1	58,0	56,6	56,3	55,3	53,0	52,5
Slowakei	–	–	–	47,0	51,7	40,0	37,7	38,1	37,3	36,0	35,6
Tschechien	–	–	–	54,5	41,8	47,3	44,4	44,0	42,5	43,1	43,0
Ungarn	–	–	–	–	46,5	49,1	48,9	50,0	52,9	50,9	49,0
Vereinigtes Königreich	47,3	48,8	41,5	44,3	36,8	42,4	42,7	43,7	44,1	44,2	44,3
Zypern	–	–	–	–	37,0	45,1	42,9	43,6	43,9	44,0	43,9
EU-27 ²	–	–	–	50,5	45,0	47,4	46,8	46,9	46,7	46,0	45,7
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,5	34,8	34,5	35,0	35,3
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	50,6	50,0	48,5	50,0	39,6	39,2	39,0

¹ 1990: nur alte Bundesländer.

² 1995 und 2000: EU-15.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2007.

18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

1	EU-Haushalt 2007 ¹				EU-Haushalt 2008 ²			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Rubrik	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	54 854,3 500,0	43,4	43 590,1	38,3	57 963,9 500,0	44,9 0,4	50 324,2 0,0	41,8 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	55 850,2	44,2	54 210,4	47,6	55 041,1	42,6	53 177,3	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 443,6	1,1	1 270,1	1,1	1 342,9	1,0	1 241,4	1,0
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	6 812,5 234,5	5,4 0,2	7 352,7	6,5 0,0	7 311,0 239,2	5,7 0,2	8 112,7 0,0	6,7 0,0
5. Verwaltung	6 977,9	5,5	6 977,8	6,1	7 283,9	5,6	7 284,4	6,1
6. Ausgleichszahlungen	444,6	0,4	444,6	0,4	206,6	0,2	206,6	0,2
Gesamtbetrag	126 383,2	100,0	113 845,8	100,0	129 149,7	100,6	120 346,8	100,0

¹ = EU-Haushalt 2007 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne 1-7/2007).

² = EU-Haushalt 2008 (endg. Feststellung vom 18.12.2007).

18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	10	11
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	5,7 0,0	15,4 –	3 109,6 0,0	6 734,1 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	–1,4	–1,9	–809,1	–1 033,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	–7,0	–2,3	–100,8	–28,7
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	7,3 2,0	10,3 –	498,8 4,7	760,0 0,0
5. Verwaltung	4,4	4,4	306,0	306,7
6. Ausgleichszahlungen	–53,5	–53,5	–238,0	–238,0
Gesamtbetrag	2,2	5,7	2 766,5	6 500,9

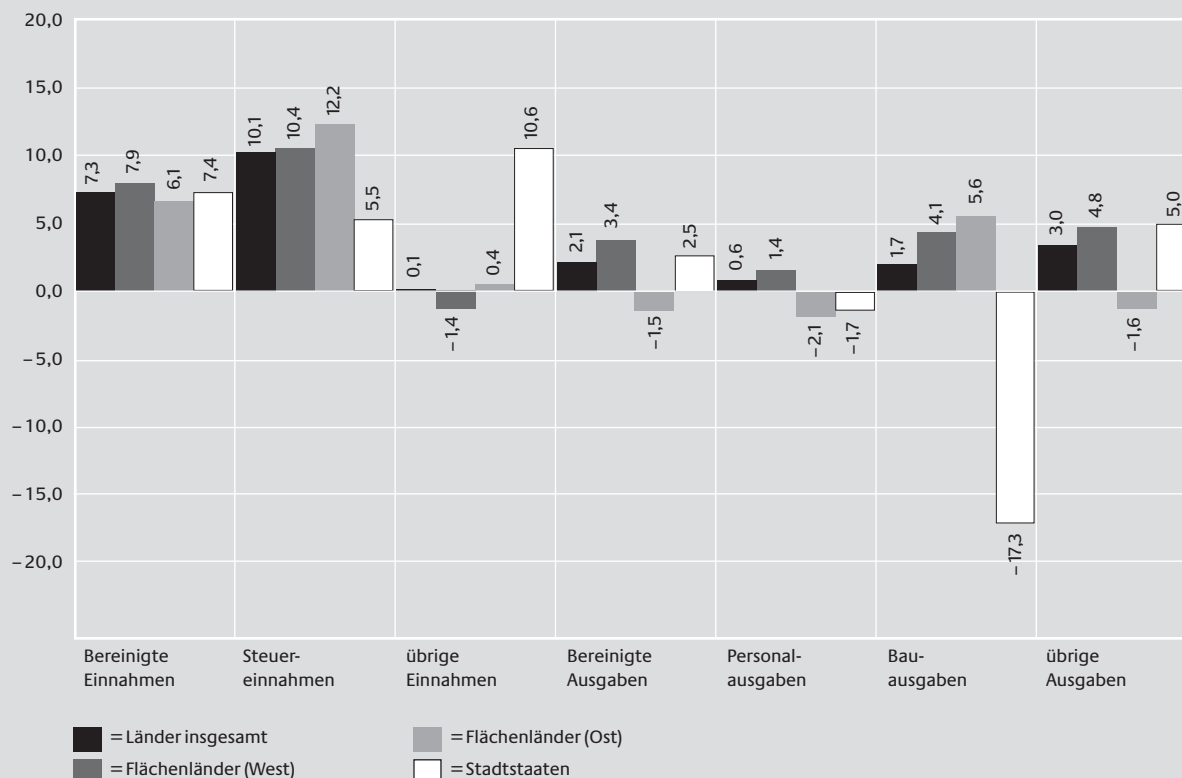
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2007 im Vergleich zum Jahressoll 2007

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
Bereinigte Einnahmen	179 656	185 732	50 863	54 055	32 272	33 838	256 701	267 022
darunter:								
Steuereinnahmen	145 400	149 505	25 761	27 856	19 844	20 586	191 004	197 947
übrige Einnahmen	34 257	36 227	25 102	26 199	12 429	13 251	65 697	69 074
Bereinigte Ausgaben	186 070	184 965	52 382	50 930	34 322	34 813	266 684	264 104
darunter:								
Personalausgaben	72 705	72 173	12 422	12 184	10 889	10 687	96 016	95 044
Bauausgaben	2 348	2 328	1 659	1 545	673	480	4 680	4 353
übrige Ausgaben	111 017	110 463	38 301	37 201	22 759	23 647	165 987	164 708
Finanzierungssaldo	- 6 411	767	- 1 519	3 125	- 2 052	- 975	- 9 982	2 917

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2007

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2007

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Dezember 2006			November 2007			Dezember 2007		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	232 806	248 804	464 069	220 129	230 984	435 183	255 718	267 022	504 848
111	darunter: Steuereinnahmen	203 903	179 772	383 675	196 715	172 908	369 623	230 043	197 947	427 990
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	238 898 ³	72 318	311 216	206 445 ³	57 448	263 893	226 887 ³	62 987	289 874
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	261 046	258 723	502 228	247 824	238 487	470 380	270 450	264 104	516 662
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	26 110	94 496	120 606	23 013	89 456	112 468	26 038	95 044	121 081
122	Bauausgaben	5 634	4 280	9 914	4 532	3 431	7 964	5 478	4 353	9 831
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–45	–45	–	–4	–4	–	164	164
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	211 140	63 933	275 073	193 329	61 305	254 633	213 390	65 919	279 309
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 28 240	– 9 919	– 38 158	– 27 695	– 7 502	– 35 198	– 14 732	2 917	– 11 814
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	0	–	0	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	0	–	0	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	0	–	0	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	28 240	7 546	35 786	14 201	–4 211	9 990	14 732	–6 458	8 274
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	0	–	0	–	535	535	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	0	–180	–180	–	154	154	–	511	511
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	0	7 939	7 939	7 055	11 289	18 343	–2 453	12 532	10 079
32	Vorschüsse	0	15 701	15 701	–	13 317	13 317	–	19 254	19 254
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	0	6 495	6 495	–	9 503	9 503	–	9 962	9 962
34	Saldo (31–32+33)	0	–1 267	–1 267	7 055	7 475	14 530	–2 453	3 239	786
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	0	–3 820	–3 820	–6 440	–3 549	–9 989	–2 453	209	–2 244
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0	2 268	2 268	6 440	2 546	8 986	2 453	2 316	4 769
52	Schatzwechsel	0	–	0	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	0	–	0	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	0	–	0	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	0	–	0	–	925	925	–	–	–
56	Zusammen	0	2 268	2 268	6 440	3 471	9 911	2 453	2 316	4 769
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–1 552	–1 552	0	–78	–78	0	2 525	2 525
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	1 285	1 285	–	1 016	1 016	–	782	782
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	2 318	2 318	–	3 132	3 132	–	2 641	2 641

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2007

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	34 359,5	38 459,7	10 303,1	20 462,1	7 094,8	22 763,9	47 981,9	11 814,1	2 896,0
111	darunter: Steuereinnahmen	26 941,4	31 054,0	5 477,3	17 099,0	3 534,6	16 689,8	40 522,9 ⁶	8 800,0	2 277,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	670,8	–	525,8	299,2	–	380,9	135,5
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	6 487,0	2 407,4	2 175,5	3 141,0	732,1	6 053,7	17 210,4	6 288,6	1 152,8
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	32 860,8	35 892,0	9 842,7	20 987,4	6 707,0	23 417,6	48 993,8	12 177,9	3 265,3
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	12 813,7	15 339,6	2 034,2	7 078,8	1 539,5	8 709,3 ³	19 365,5 ³	4 630,2	1 237,0
122	Bausubstanz	370,8	994,3	191,6	393,3	214,7	112,0	231,0	44,8	52,6
123	Länderfinanzausgleich ¹	2 134,7	2 329,0	–	3 164,2	–	–	100,7	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 489,6	2 713,3	2 899,2	4 236,5	1 556,4	6 054,5	16 338,2	5 689,6	957,5
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	1 498,7	2 567,6	460,4	– 525,4	387,8	– 653,7	– 1 012,0	– 363,9	– 369,3
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	– 783,3	– 113,2	– 461,4	– 925,2	– 830,5	– 58,0	823,3	56,8	191,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	356,3	153,9	–	0,3	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 480,5	2 048,8	818,0	621,7	70,1	754,1	100,4	1 570,1	184,3
32	Vorschüsse	4 415,8	8 180,3	764,2	304,5	0,6	545,3	29,8	1 513,5	– 29,9
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	306,9	3 523,2	–	895,4	200,9	1 143,4	447,6	0,8	7,6
34	Saldo (31–32+33)	– 1 628,4	– 2 608,3	53,8	1 212,6	270,4	1 352,2	518,2	57,4	221,8
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 556,7	0,0	52,8	– 237,7	– 172,3	640,5	329,6	– 249,6	43,9
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	481,0	79,5	–	612,0	250,0	80,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	–	481,0	79,5	–	612,0	250,0	80,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁴	– 556,7	0,0	52,8	243,3	– 92,8	640,5	941,6	0,4	124,5
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	781,8	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 143,4	417,8	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne Januar-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 755,018 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Februar 2008.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2007

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
in Mio. €									
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	17 460,3	9 932,2	7 956,7	9 264,5	20 757,5	3 319,5	10 163,1	267 021,5
111	darunter: Steuereinnahmen	8 917,8	5 037,6	6 120,6	4 888,5	10 028,0	2 095,1	8 463,3	197 947,2
112	Länderfinanzausgleich ¹	1 195,6	644,2	146,6	662,8	2 889,7	416,3	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 407,3	4 426,5	3 645,2	1 793,7	4 698,9	2 027,7	– 660,8	62 987,0
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	15 508,3	9 816,0	8 332,0	9 055,6	20 714,6	4 028,7	10 471,6	264 103,9
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	3 983,3	2 214,7	2 999,3	2 411,9	6 235,1	1 265,8	3 185,6	95 043,5
122	Bauausgaben	728,0	182,4	129,4	228,4	134,5	77,2	267,9	4 352,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	402,3	163,5
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 486,7	4 426,5	3 358,1	1 796,4	7 175,6	1 741,0	–	65 919,1
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	1 952,0	116,2	– 375,3	208,9	42,9	– 709,2	– 308,5	2 917,2
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	– 1 269,8	– 98,8	283,1	– 7,4	– 2 444,3	261,4	– 1 082,2	– 6 458,1
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	510,5
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	297,2	692,0	0,0	– 46,8	1 561,7	508,4	871,1	12 531,6
32	Vorschüsse	3 146,6	815,7	0,0	207,6	–	– 21,1	– 618,5	19 254,4
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 101,1	59,7	0,0	2,2	346,1	225,4	701,4	9 961,7
34	Saldo (31–32+33)	– 748,3	– 64,0	0,0 ⁵	– 252,2	1 907,8	754,9	2 191,0	3 238,9
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 66,1	– 46,6	– 92,2	– 50,7	– 493,6	307,0	800,3	208,6
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	62,5	507,0	210,6	33,0	2 316,2
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	–	62,5	507,0	210,6	33,0	2 316,2
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	– 66,1	– 46,6	– 92,2	11,8	13,4	517,6	833,3	2 524,8
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁷	–	–	–	–	–	–	–	781,8
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	346,1	32,3	701,4	2 641,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne Januar-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ NW – Darin enthalten 755,018 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. ⁷ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: Februar 2008.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	50,0	3,1	7,5	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 0,9	51,6	3,9	9,2	– 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,1	0,7	0,5	17,5
2005	38,8	– 0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,3	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	2,9	2,2	2,4	18,0
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,8	0,8	18,5
2002/1997	38,6	0,9	51,0	3,5	8,3	1,7	0,8	1,7	20,5
2007/2002	39,1	0,3	52,1	4,0	9,3	1,4	1,1	1,2	17,9

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2008.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucherpreisindex (2000=100)	Lohnstückkosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,8	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,8	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,4	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	1,0	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	1,9	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,5	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,1	- 0,4	1,3	1,6	1,7	- 0,4
2005	1,5	0,7	- 1,3	1,2	1,6	1,5	- 0,7
2006	3,5	0,6	- 1,5	1,1	1,4	1,6	- 1,1
2007	4,4	1,8	0,7	1,6	1,7	2,3	0,1
2002/1997	2,3	0,6	- 0,2	0,7	0,9	1,3	0,5
2007/2002	2,5	1,1	- 0,3	1,3	1,6	1,6	- 0,3

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Februar 2008.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	9,9	7,5	111,03	98,51	38,3	33,3	5,0	4,5
2005	8,3	9,2	113,33	105,76	40,9	35,8	5,0	4,7
2006	14,0	14,3	126,38	121,80	45,1	39,6	5,4	5,2
2007	8,3	4,6	170,85	167,59	46,7	39,7	7,0	6,9
2002/1997	7,8	5,9	35,9	- 4,6	31,6	29,8	1,7	- 0,3
2007/2002	8,2	7,6	117,5	97,4	40,4	35,2	5,2	4,3

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: Februar 2008.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	- 0,1
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	- 0,7
2004	4,2	13,4	0,4	68,2	69,6	0,6	0,8
2005	1,4	5,9	- 0,6	66,8	68,4	0,3	- 1,2
2006	3,6	7,2	1,7	65,6	67,2	0,9	- 1,5
2007	4,2	6,9	2,8	64,7	66,3	1,5	- 0,8
2002/1997	1,8	0,9	2,2	71,2	72,1	1,4	0,9
2007/2002	3,0	7,5	0,9	68,0	69,3	0,9	- 0,7

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: Februar 2008.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	- 0,2	1,1	0,8	2,9	2,5	2,1	2,2
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,7	2,8	2,7	2,1	2,2
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	5,0	4,6	3,4	4,3	4,1	3,8	3,7
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,1	3,3	3,6	3,9	3,8	3,0	2,3
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,1	2,5	1,7	2,0	1,9	2,0	1,8
Irland	3,1	7,6	9,8	9,0	4,3	4,3	5,9	5,7	4,9	3,5	3,8
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,2	0,1	1,9	1,9	1,4	1,6
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,8	4,2	3,9	3,8	3,8	3,9	3,9
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	2,1	4,9	5,0	6,1	5,2	4,7	4,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 0,3	0,1	3,1	3,2	3,1	2,8	2,9
Niederlande	2,7	4,2	3,1	3,9	0,3	2,2	1,5	3,0	2,7	2,6	2,5
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,2	2,3	2,0	3,3	3,3	2,7	2,4
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,7	1,5	0,5	1,3	1,8	2,0	2,1
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,8	4,4	4,1	5,7	6,0	4,6	4,0
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,9	5,0	4,3	3,4	2,8
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,8	0,8	2,0	1,5	2,8	2,6	2,2	2,1
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,1	6,3	6,0	6,2
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,1	3,1	3,5	1,9	1,3	1,4
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	8,3	10,2	11,2	7,8	6,4	6,2
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	11,9	10,5	7,2	6,2
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,9	7,7	8,5	7,5	6,3
Polen	-	-	7,0	4,3	3,9	5,3	3,6	6,1	6,5	5,6	5,2
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,1	7,7	6,0	5,9	5,8
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	1,7	4,1	2,9	4,2	3,4	3,1	2,4
Slowakei	-	-	5,8	0,7	4,2	5,4	6,0	8,3	8,7	7,0	6,2
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,5	6,4	6,4	5,8	5,0	4,9
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,2	4,8	4,1	3,9	2,0	2,6	3,4
Vereinigtes Königreich	3,5	0,8	2,9	3,8	2,8	3,3	1,8	2,8	3,1	2,2	2,5
EU-27	-	-	2,6	3,8	1,3	2,5	1,8	3,0	2,9	2,4	2,4
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,2	1,9	1,9	2,3
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,6	3,1	2,9	2,1	1,7	2,6

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Stand: November 2007.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	1,0	1,8	1,9	1,8	2,2	2,0	1,8
Belgien	1,5	1,9	2,5	2,3	1,7	2,1	1,8
Griechenland	3,4	3,0	3,5	3,3	2,8	3,1	3,1
Spanien	3,1	3,1	3,4	3,6	2,6	2,9	2,7
Frankreich	2,2	2,3	1,9	1,9	1,5	1,7	1,6
Irland	4,0	2,3	2,2	2,7	2,8	2,2	2,0
Italien	2,8	2,3	2,2	2,2	1,9	2,0	1,9
Zypern	4,0	1,9	2,0	2,2	2,0	2,3	2,1
Luxemburg	2,5	3,2	3,8	3,0	2,5	2,8	2,3
Malta	1,9	2,7	2,5	2,6	0,8	2,5	2,2
Niederlande	2,2	1,4	1,5	1,7	1,6	2,3	2,7
Österreich	1,3	2,0	2,1	1,7	1,9	1,9	1,8
Portugal	3,3	2,5	2,1	3,0	2,4	2,4	2,3
Slowenien	5,7	3,7	2,5	2,5	3,5	3,7	2,9
Finnland	1,3	0,1	0,8	1,3	1,5	2,4	2,1
Euroraum	2,1	2,2	2,2	2,2	2,0	2,1	2,0
Bulgarien	2,3	6,1	6,0	7,4	7,1	7,3	5,8
Dänemark	2,0	0,9	1,7	1,9	1,7	2,4	2,4
Estland	1,4	3,0	4,1	4,4	6,3	7,3	4,8
Lettland	2,9	6,2	6,9	6,6	9,6	9,8	6,0
Litauen	– 1,1	1,2	2,7	3,8	5,6	6,5	5,2
Polen	0,7	3,6	2,2	1,3	2,5	2,8	2,9
Schweden	2,3	1,0	0,8	1,5	1,6	2,0	2,0
Slowakei	8,4	7,5	2,8	4,3	1,7	2,5	3,0
Tschechien	– 0,1	2,6	1,6	2,1	3,0	3,8	3,2
Ungarn	4,7	6,8	3,5	4,0	7,7	4,9	2,8
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	2,1	2,3	2,4	2,2	2,0
EU-27	2,1	2,3	2,3	2,3	2,3	2,4	2,2
Japan	– 0,3	0,0	– 0,3	0,2	0,0	0,2	0,5
USA	2,3	2,7	3,4	3,2	2,7	1,9	1,5

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.
Stand: November 2007.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	9,3	9,7	10,7	9,8	8,1	7,7	7,6
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,5	7,2	6,9
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,4	7,9	7,5
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,5	8,1	8,5	9,1
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	9,5	9,6	9,7	9,5	8,6	8,2	8,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	5,3	5,5
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	5,9	5,7	5,5
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,6	4,3	4,1	3,9
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,7	4,5	4,2
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,3	6,8	6,6	6,5
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,1	2,7	2,4
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,7	4,3	4,2	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	6,3	6,7	7,6	7,7	8,0	8,0	7,7
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	4,9	4,7	4,6
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	6,7	6,4	6,3
Euroraum	9,3	7,6	10,4	8,3	8,7	8,9	8,9	8,3	7,3	7,1	7,1
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	7,5	6,8	6,0
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,0	2,7	2,7
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	4,9	4,8	4,9
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	5,8	5,5	5,6
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,2	4,2	4,4
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	9,4	7,3	6,4
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,3	7,1	7,0	6,9
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,1	6,1	5,8	5,7
Slowakei	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	11,2	9,7	9,0
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	5,9	5,4	5,0
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,3	7,0	6,9
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,3	4,9	4,7	4,8	5,3	5,3	5,4	5,3
EU-27	–	–	–	8,7	9,0	9,1	8,9	8,2	7,1	6,8	6,6
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	4,0
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,3	5,4

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2007.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2007.

Stand: November 2007.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹	2005	2006	2007 ¹	2008 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	6,6	7,7	7,8	7,0↓	12,1	9,4	8,9	8,3	8,8	7,6	4,3↓	1,8↓
darunter												
Russische Föderation	6,4	6,7	7,0	6,8	12,7	9,7	8,1 ↑	7,5	11,1	9,7	5,4↓	1,8↓
Ukraine	2,7	7,1	6,7	5,4↓	13,5	9,0	11,5	10,8	2,9	− 1,5	− 3,5↓	− 6,2 ↑
Asien	8,6	9,2	9,3 ↑	8,5↓	3,5	3,7	4,7 ↑	4,2 ↑	4,5	5,8	6,6	6,7↓
darunter												
China	10,4	11,1	11,5	10,2↓	1,8	1,5	4,3 ↑	3,9 ↑	7,2	9,4	11,7↓	12,6↓
Indien	9,0	9,7	8,9↓	8,4	4,2	6,1	6,1 ↑	4,2 ↑	− 1,0	− 1,1	− 1,9↓	− 2,3↓
Indonesien	5,7	5,5	6,2 ↑	6,3	10,5	13,1	6,3 ↑	6,2 ↑	0,1	2,7	1,8 ↑	1,5 ↑
Korea	4,2	5,0	4,8	4,8↓	2,8	2,2	2,5	2,5	1,9	0,7	0,2 ↑	− 0,3
Thailand	4,5	5,0	4,0	4,5	4,5	4,6	2,3	2,0	− 4,5	1,6	1,9	1,1
Lateinamerika	4,6	5,5	5,0	4,3↓	6,3	5,4	5,2	5,4	1,4	1,5	0,3	− 0,5
darunter												
Argentinien	9,2	8,5	7,5	5,5	9,6	10,9	9,5	12,6	1,9	2,4	0,9	0,2 ↑
Brasilien	2,9	3,7	4,4	4,2	6,9	4,2	3,6 ↑	3,9 ↑	1,6	1,2	0,7↓	0,0 ↑
Chile	5,7	4,0	5,9 ↑	5,2↓	3,1	3,4	3,4 ↑	3,1 ↑	1,1	3,6	3,7↓	2,6 ↑
Mexiko	2,8	4,8	2,9↓	3,1↓	4,0	3,6	3,8	3,5 ↑	− 0,6	− 0,3↓	− 1,3↓	− 1,7↓
Venezuela	10,3	10,3	8,0 ↑	5,0 ↑	16,0	13,7	18,0↓	19,0↓	17,8	15,0	6,9 ↑	2,1↓
Sonstige												
Türkei	7,4	6,1	5,0	5,5↓	8,2	9,6	8,2↓	4,2	− 6,2	− 7,9	− 7,5↓	− 7,0↓
Südafrika	5,1	5,0	4,7↓	4,3↓	3,4	4,7	6,3	5,9	− 4,0	− 6,5	− 6,7↓	− 6,2↓

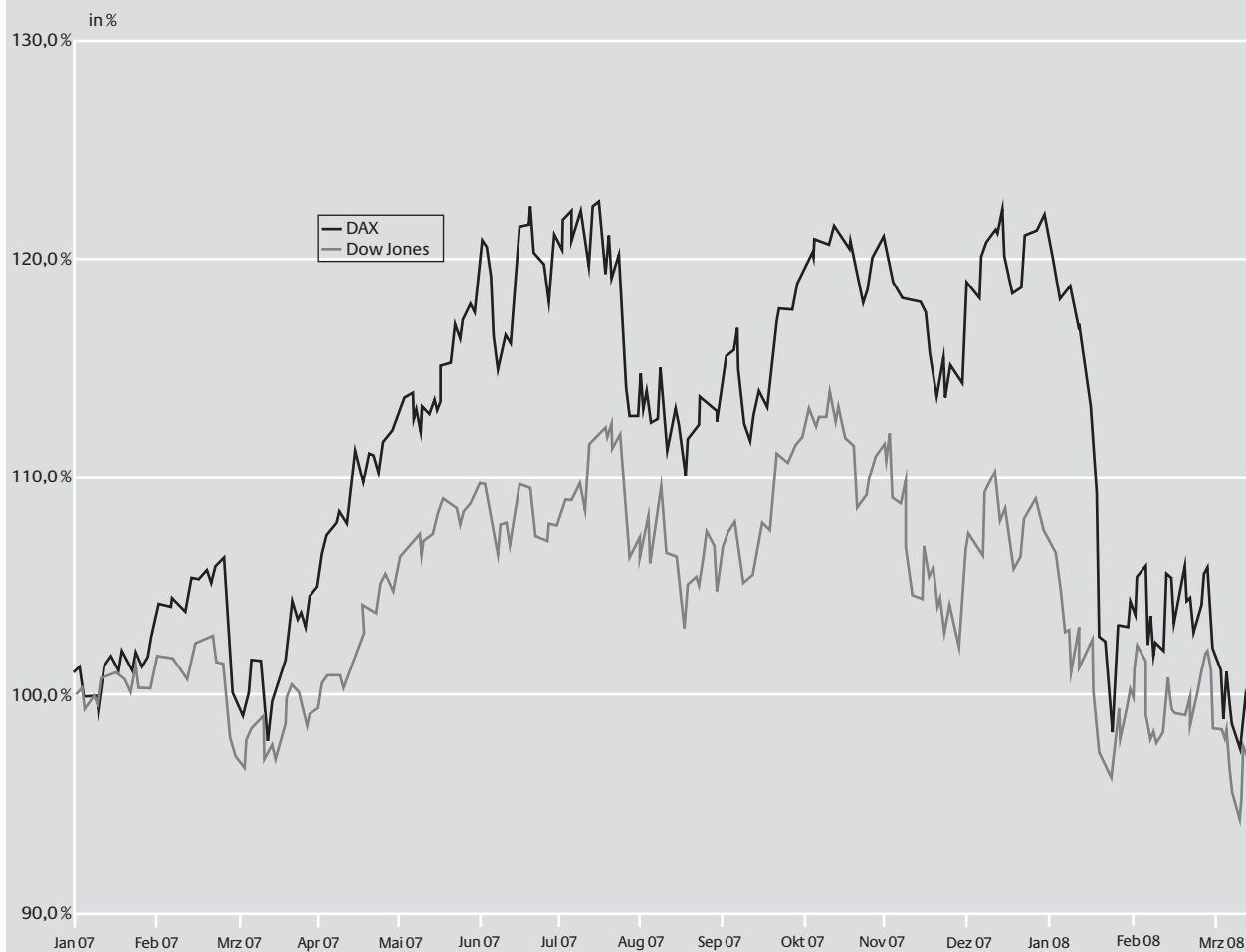
¹ Prognosen des IWF (↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (September 2006) angehoben/gesenkt).

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2007, II. Update vom 5. Oktober 2007.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2007 = 100 %

(2. Januar 2007 bis 14. März 2008)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 13.3.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2007	Hoch 2007
Dow Jones	12 146	13 265	– 8,44	12 050	14 165
Eurostoxx 50	3 056	3 684	– 17,05	3 505	3 999
Dax	6 501	8 067	– 19,42	6 448	8 106
CAC 40	4 630	5 614	– 17,53	5 265	6 168
Nikkei	12 433	15 308	– 18,78	14 838	18 262

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 13.3.2008	Ende 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2007	Hoch 2007
			in %		
USA	3,53	4,03	–	3,84	5,29
Bund	3,75	4,36	0,21	3,88	4,68
Japan	1,29	1,50	– 2,24	1,41	1,97
Brasilien	12,94	12,35	9,41	12,57	16,91

Währungen

	Aktuell 13.3.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2007	Hoch 2007
Dollar/Euro	1,56	1,46	7,19	1,29	1,49
Yen/Dollar	100,52	111,00	– 9,75	107,00	124,00
Yen/Euro	157,19	162,00	– 3,26	151,00	169,00
Pfund/Euro	0,77	0,74	4,62	0,66	0,74



HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, MÄRZ 2008

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES

BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90¹

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ JEWEILS 0,12 €/MIN. AUS DEM FESTNETZ DER T-COM, ABWEICHENDE
PREISE AUS ANDEREN NETZEN MÖGLICH.

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.